Mittwoch, 25. April 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 97 - 17. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

POLITIK

Reagan-Reise: Die USA und China könnten durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Sicherheitspolitik „für den Frieden arbeiten und sich der Aggression des Expansionismus entgegenstellen", erklärt US-Präsident Reagan zu seinem bevorstehenden Besuch ab Donnerstag in der Volksrepublik China. (S. 2 und 10)

Wahlkampf: Griechenland ist vom Wahlfieber der Europa-Wahl am 17. Juni gepackt. Das „milde politische Klima" der Ära Karamanlis ist zu Ende. Schlägereien von fanatisierten Anhängern der beiden Großparteien gehören mittlerweile zur Tagesordnung. (S. 10)

Kämpfe in Afghanistan: Die sowjetischen Truppen in Afghanistan haben nach Angaben amerikanischer Regierungskreise mit einer Frühjahrsoffensive gegen afghanische Widerstandskämpfer im strategisch wichtigen Panschir-Tal, nördlich von Kabul, begonnen. Schwere Waffen und Flugzeuge werden eingesetzt.

Nicaragua: Mit scharfer Kritik hat die nicaraguanische Regierung gestern auf einen Hirtenbrief der katholischen Bischöfe reagiert, in dem die Regierung unter anderem zu einem Dialog mit den gegen sie kämpfenden rechtsgerichteten Untergrundkämpfern aufgefordert worden war.

Tschad: Die Truppen des libyschen Staatschefs Khadhafi bauen ihre Positionen im nördlichen Teil des Tschad trotz französischer Hilfe für Habré weiter aus. (S. 5)

Kritik an Späth: Ungewöhnlich scharf hat die FDP den Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth zurückgewiesen, die Tarifsenkung in der geplanten Steuerreform zu verschieben. Späth stehe damit an der Seite des SPD-Fraktionschefs Vogel.

Heute: Staatsminister Mertes tritt Pazifik-Reise an. – UN-Generalsekretär Perez de Cuellar zu Gesprächen in Madrid.

WELT-Report Geschäftsreisen

Auf 40 Seiten gibt die WELT heute Tips für alle, die beruflich unterwegs sein müssen. Dazu gehören auch Anregungen, wie sich bei Geschäftsreisen das Angenehme mit dem Nötigen verbinden läßt.

Ein Farb-Report

WIRTSCHAFT

Japan: Tokio hat nach Informationen der Zeitung „Nihon Keizai" Maßnahmen zur Öffnung des Marktes für Einfuhren beschlossen, darunter Zollsenkungen für mehr als 100 Erzeugnisse. (S. 11)

Kreditnachfrage: Die Kreditgewährung der Banken an Unternehmen und Privatpersonen war im März 1984 unvermindert kräftig. Wie die Bundesbank mitteilte, wurden die Bankkredite an den privaten Sektor um 8,9 Mrd. auf 1,38 Billionen Mark ausgeweitet.

Docker-Streik: In Japan sind rund 60 000 Hafenarbeiter in einen unbefristeten Streik getreten. Die Aktion betrifft vor allem die Abfertigung von Exportcontainern.

Börse: An den Aktienmärkten herrschte wegen Auftragsmangel noch nachösterliche Ruhe. Der Rentenmarkt war unter Druck. WELT-Aktienindex 149,5 (149,7). Dollarmittelkurs 2,6757 (2,6491) Mark. Goldpreis pro Feinunze 383,25 (384,90) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Wer heute streikt, streikt gegen die Arbeitslosen"

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff in Tokio zum Streit um die 35-Stunden-Woche in der Bundesrepublik Deutschland FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Adams: Der amerikanische Fotograf Ansel Adams ist 82jährig in Carmel, Kalifornien, gestorben. Von ihm stammt das Foto „Moonrise, Hernandez, Mexico", das 1981 wegen des Preises von 71 000 Dollar Schlagzeilen machte – Krönung der Arbeit des Landschaftsfotografen aus fünf Jahrzehnten.

Polnisches Theater: Allein die Tatsache, daß die Warschauer Bühne als einzige des Landes den verhaßten Mrozek, der ja längst im westlichen Exil lebt, spielen darf, wird in der polnischen Hauptstadt als Sensation empfunden – Eine Zensurpolitik aus Zuckerbrot und Peitsche. (S. 17)

SPORT

Olympia: Peter Ueberroth, der Präsident des olympischen Organisationskomitees von Los Angeles, hat den amerikanischen Boykott der Sommerspiele 1980 in Moskau kritisiert. Der Boykott hat die UdSSR zu ihrer sehr kritischen Haltung gegenüber Los Angeles herausgefordert.

Fußball: Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) wird heute abend in der Zeit von 22 bis 22.45 Uhr in Ausschnitten von den Halbfinal-Rückspielen im Europapokal berichten. Geplant sind Berichte von den Spielen Rom gegen Dundee und Turin gegen Manchester. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Walt Disney: In Hollywood verdichteten sich Spekulationen, daß das Walt Disney-Unternehmen, das seit 1980 30 Prozent an Umsatz verloren hat, seinen Besitzer wechselt. Fieberhafte Börsenaktivität um das drei Milliarden-Dollar-Imperium deutet darauf hin. Die Firmenleitung dementiert allerdings dieser Tage alle Übernahmegerüchte. (S. 18)

Aids: Der Erreger der im Volksmund als Homosexuellen-Krankheit bezeichneten Immunschwäche „Aids" scheint gefunden. Es handele sich um eine Variante des bekannten Krebsvirus HTLV, erklärte US-Gesundheitsministerin Heckler.

Wetter: Sonnig und trocken; Temperaturen unverändert.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

IG Druck stellt Vorbedingung für Gespräch mit Arbeitgebern

Soll das geplante Spitzengespräch am 2. Mai torpediert werden?

GÜNTHER BADING, Bonn

Die zentrale Streikleitung der IG Druck und Papier hat sich gestern in Stuttgart zwar für die Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern ausgesprochen, gleichzeitig aber eine für den Bundesverband Druck nach bisheriger Lage der Dinge kaum annehmbare Vorbedingung gestellt. Die Arbeitgeber müßten ihre Haltung zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden ändern, verlangte die Gewerkschaft. Der Bundesverband Druck hatte zusammen mit dem Angebot, am 2. Mai erneut zu verhandeln, nur seine Bereitschaft erklärt, Abweichungen von der Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden in bestimmten personell oder betrieblich bedingten Ausnahmefällen zuzulassen. Ob am 2. Mai wieder verhandelt wird, hänge nun, so die IG Druck, von der Antwort der Arbeitgeber auf den gestern übersandten Brief der IG-Druck-Streikleitung ab.

Kritik an der Arbeitskampf-Strategie der IG Druck und Papier hat der Deutsche Journalistenverband (DJV) geübt. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Fritz Raff, spricht in einem Brief an den stellvertretenden Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, von „erheblichem Unbehagen" der DJV-Mitglieder über das Vorgehen der Druckergewerkschaft, die man eigentlich unterstützen wolle. Die Kritik konzentriere sich darauf, „daß nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen nicht generell eine Urabstimmung durchgeführt wurde". Die IG Druck und Papier hatte

SEITE: 3
IG Metall rüstet zum Streik

nur in ausgewählten Betrieben, teilweise nur Betriebszweigen, Urabstimmungen durchführen lassen. Raff spricht davon, daß eine bundesweite Urabstimmung einer „ehrlichen gewerkschaftlichen Strategie entsprochen hätte". Weiterhin halte es der Verband „nicht nur aus optischen Gründen" für problematisch, daß die „Urabstimmungen" in den Betrieben während der dort laufenden Arbeitsniederlegungen abgehalten würden.

Hensche versuchte in seinem Antwortbrief durch Hinweis auf die kurze Dauer der bisherigen Streiks im Druckereigewerbe die Entbehrlichkeit von Urabstimmungen zu begründen. Im übrigen würden regelrechte Streiks nur nach Befragung der Gewerkschaftsmitglieder durchgeführt. Das Argument, daß eine bundesweite Urabstimmung ein ehrlicheres Bild von der Streikbereitschaft der Arbeitnehmer gegeben hätte als das willkürlich-selektive Verfahren der Gewerkschaftsführung, sucht Hensche damit zu entkräften, daß die geplanten „punktuellen Streiks" auch entsprechende Urabstimmungen forderten.

Die IG Metall führt die vom DJV-Geschäftsführer geforderte „ehrliche" Urabstimmung in der Fläche durch. Anders als die IG Druck zählt sie auch nicht nur den Prozentsatz der abgegebenen Stimmen, sondern verlangt 75 Prozent Zustimmung zum Streik aller stimmberechtigten Mitglieder. Der IG-Metall-Vorstand, dem auch die Bezirksleiter aus allen Tarifgebieten angehören, wird heute entscheiden, welche Anträge auf Urabstimmung genehmigt werden sollen. Die Großen Tarifkommissionen aus allen Bezirken haben diese Anträge gestellt. Nach der Urabstimmung setzt der Gewerkschaftsvorstand dann den eventuellen Streikbeginn fest.

Harte Strafen für Ausreisewillige

„DDR" will mit „Doppel-Strategie" der Antragsflut Herr werden / Theologe verurteilt

hrk./DW. Berlin

Mit einer Verhaftungswelle unter Ausreisewilligen, die „harte" politische Begründungen für ihren Wunsch vorbrachten, und mit drakonischen Strafen versucht die „DDR"-Führung der anhaltenden Flut von Ausreiseanträgen Herr zu werden. In einer Art „Doppel-Strategie" verbreitet die SED dabei zur psychologischen Beeinflussung negative Stimmen von Übersiedlern über das Leben in der Bundesrepublik und läßt zugleich abschreckende Urteile gegen „Unbelehrbare" fällen.

Das jüngste Beispiel für dieses kombinierte Vorgehen liefert eine Haftstrafe von 14 Monaten, die jetzt das Stadtbezirksgericht Pankow in Ost-Berlin gegen den 30jährigen Theologen Wolf Quasdorf verhängte. Er erhielt diese Strafe wegen angeblicher „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme". Damit ahndeten die Behörden offenbar einen Besuch von Quasdorf in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, den Quasdorf am 14. März unternahm. Am nächsten Tag nahm ihn der Staatssicherheitsdienst fest.

Das Urteil gegen den Geistlichen, der sich in einer Ostberliner Gemeinde stark in der Friedensarbeit engagierte, ist die erste bekanntgewordene Verurteilung eines „DDR"-Bürgers wegen eines Besuchs in der Vertretung und dürfte zu Bonner Protesten bei den zuständigen Behörden in Ost-Berlin führen. Denn der Urteilsspruch stempelt die Ständige Vertretung aus „DDR"-Sicht zu einer „quasi-kriminellen" Einrichtung, deren Besuch für Mitteldeutsche mit Strafe bedroht wäre.

Damit verstößt die „DDR" eklatant und offensichtlich gegen die von Außenminister Oskar Fischer im September 1983 unterschriebenen Vereinbarungen der KSZE-Folgekonferenz von Madrid. Diese sehen den freien und ungehinderten Zugang zu sämtlichen diplomatischen Missionen und die Nichtdiskriminierung von Besuchern durch die Behörden des eigenen Landes vor.

Wegen der verstärkten Abschirmung der Vertretung im Ostberliner Bezirk Mitte war die Bundesrepublik bereits vor Wochen in Ost-Berlin vorstellig geworden. Der gegen Quasdorf angewandte §219 des „DDR"-Strafgesetzbuches stellt die Ständige Vertretung praktisch in eine Reihe mit gegen die „DDR" gerichteten Einrichtungen.

Absatz 1 lautet: „Wer zu Organisationen, Einrichtungen oder Personen, die sich eine gegen die staatliche Ordnung der DDR gerichtete Tätigkeit zum Ziel setzen, in Kenntnis dieser Ziele und Tätigkeiten in Verbindung tritt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, Verurteilung auf Bewährung oder mit Geldstrafe bestraft." Diese Bestimmungen waren erst 1979 gleichzeitig mit verschlechterten Arbeitsbedingungen für westliche Journalisten in Kraft getreten.

Das „DDR"-Reisebüro „Jugendtourist" will das geplante Reiseprogramm von „DDR"-Jugendlichen in die Bundesrepublik Deutschland offensichtlich nicht wie vorgesehen abwickeln. Die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN meldete, Grund sei der Bonner Verfassungsschutzbericht von 1983. Darin werde die Entsendung von Jugendgruppen aus der „DDR" in die Bundesrepublik „als subversive Aktivität" diffamiert.

Belagerte Libyer sind zerstritten

Einige Insassen wollen das „Volksbüro" in London vor Ablauf des Ultimatums verlassen

FRITZ WIRTH, London

Am Beginn der zweiten Woche der Belagerung der libyschen Botschaft in London haben sich die Anzeichen dafür verstärkt, daß es unter den 20 bis 30 Insassen in diesem sogenannten „Volksbüro" Konflikte und Meinungsverschiedenheiten gibt. Während die Insassen am Ostermontag noch verkündeten, daß sie fest entschlossen seien, bis zum Ablauf des Ultimatums in der Botschaft auszuharren, wurde gestern bekannt, daß einige Libyer das Gebäude früher zu verlassen wünschen.

Das britische Ultimatum läuft am kommenden Sonntag ab, wenn Großbritannien offiziell die diplomatischen Beziehungen zu Libyen beendet und das „Volksbüro" in London keinen diplomatischen Status mehr genießt. Der britischen Polizei stünde es dann frei, notfalls mit Gewalt in das Gebäude einzudringen, ohne die Wiener Konvention zu verletzen.

Es war seit Tagen bekannt, daß es zwischen den „Falken" im „Volksbüro", in der Mehrzahl „revolutionäre Studenten", und den gemäßigteren sogenannten „Diplomaten" im Gebäude Konflikte gibt. Der Anführer dieser revolutionären Studenten, der 26jährige Saleh Mabruk, befand sich während der Schießerei vor einer Woche, bei der eine britische Polizistin getötet wurde, nicht im „Volksbüro".

SEITE 5
Keiner vor Khadhafi sicher

Er wurde am Wochenende von der britischen Polizei verhaftet und ist inzwischen nach Libyen abgeschoben worden.

Zwangsweise in ein libysches Verkehrsflugzeug abgeschoben wurde auch der persönliche Repräsentant Khadhafis, Abdul Ghadir Baghdadi. Innenminister Leon Britan hatte selbst die Ausweisungsverfügung unterzeichnet. Baghdadi, der dem vierköpfigen „Revolutionären Komiteé" vorstand, soll keinen diplomatischen Status haben.

Inzwischen hat die libysche Regierung London darüber informiert, daß ihre Polizisten unverzüglich die britische Botschaft in Tripolis besetzen würden, sobald britische Polizei in das Gebäude des libyschen „Volksbüros" in London eindringen würde. Außerdem hat sie angekündigt, daß alle britischen Diplomaten beim Verlassen Libyens nach Waffen durchsucht werden, wenn libysche Diplomaten in London der gleichen Prozedur unterzogen würden. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen wird die italienische Regierung die britischen Interessen in Libyen vertreten.

Der britische Innenminister Leon Brittan, in dessen Händen bisher das Krisen-Management lag, hatte am Dienstag ein halbstündiges Gespräch mit Premierministerin Margaret Thatcher. Dabei wurde vor allem die Marschroute der Regierung in der bevorstehenden Unterhausdebatte zu dieser Krise abgestimmt, die heute nachmittag im Unterhaus stattfindet.

FDP-Initiativen zur Deutschlandpolitik

Thesenpapier vorgelegt / Berlin wird „hervorragende Rolle" eingeräumt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten wollen der Deutschlandpolitik einen höheren Stellenwert geben. Sie sind der Auffassung, daß die gegenwärtige Situation für neue Initiativen auf diesem Feld „günstig" ist. Das geht aus einem Elf-Seiten-Papier mit dem Titel „Deutschlandpolitik als Friedenspolitik" hervor. Es wurde unter Leitung der deutschlandpolitischen Experten der Bundestagsfraktion, Uwe Ronneburger und Helmut Schäfer, sowie in Abstimmung mit FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher erarbeitet und soll demnächst auch in der Partei zur Diskussion gestellt werden. Grundsätzlich gilt für die FDP weiter als „oberstes Ziel liberaler Deutschlandpolitik" das Hinwirken auf einen Zustand des Friedens in Europa, „in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Für die praktische Politik wollen die Liberalen vier aktuelle Tätigkeitsfelder stärker in den Vordergrund rücken:

- Die Verbindung von Deutschlandpolitik und Sicherheitspolitik. Dazu sollen unter anderem regelmäßige politische Konsultationen „auf allen Ebenen" ausgebaut werden.
- Eine breit angelegte Bildungspolitik für Jugendliche und Erwachsene. Mit einer Art „Nationalpädagogik" soll zu einer vertieften Bewußtseinsbildung für die deutsche Nation und das Verständnis nationaler Identität trotz Spaltung beigetragen werden. Dies soll durch eine Verdeutlichung zum Beispiel der geschichtlichen, sprachlichen, kulturellen, familiären und wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit erreicht werden.
- Für die Lösung der deutschen Frage soll vor allem bei den westlichen Partnern geworben werden. Dabei soll die europäische Dimension der deutschen Politik in „vertieften Diskussionen der deutschen Frage in Bonner Vierer-Runden und in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit" klargestellt werden.
- Die Vertragspolitik mit der „DDR" soll im Interesse der Menschen in beiden Teilen Deutschlands forgesetzt werden. Im Vordergrund soll dabei die Förderung von Begegnungen und Beziehungen stehen.

Ausdrücklich wird in dem Papier nach WELT-Informationen betont, daß in all diesen Fragen Berlin „mit seinen besonderen Problemen und Chancen eine hervorragende Rolle spielen" und weiter in Vertragssyste-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Knautschzone

PETER GILLIES

Vom Grafen Lambsdorff ist bekannt, daß ihm kein Winkel des Erdenballes weit genug entfernt ist, um nicht ein paar treffliche Bemerkungen zur deutschen Innenpolitik in die Heimat zu übermitteln. Diesmal sind Ort und Thema jedoch aufs Aktuellste miteinander verwoben: Auf der deutschen Leistungsschau in Tokio warnt der Bundeswirtschaftsminister vor einem Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche.

Sicherlich sehen es die Japaner, die schon heute jährlich rund vierhundert Stunden länger als ihre deutschen Kollegen arbeiten, mit verschmitztem Wohlgefallen, wie sich die Deutschen in einen Arbeitskampf verstricken. Dürfen sie doch weitere Wettbewerbsvorteile für japanische Produkte erwarten, wenn die Deutschen für mehr Lohn weniger arbeiten. So wird ein Arbeitskampf nicht nur Wachstums-, sondern auch Arbeitsplatzverluste bringen. Der Hinweis, daß wir eigentlich beides nicht brauchen können, ist deshalb von überallher geboten – aus Tokio vielleicht am sinnfälligsten.

Unsere Gewerkschaften rüsten zum Kampf gegen wirtschaftliche Vernunft. Sie machen aber auch gegen die Interessen der Arbeitnehmer mobil, wie sich nicht nur aus Umfragen ergibt. Ist Tarifpolitik nur jene Kunst, Probleme zu schaffen, mit deren Lösung man die Mitgliedschaft dann für einige Wochen in Atem hält? Eigentlich darf doch auch gefragt werden, was die Arbeitnehmer selbst für nützlich empfinden und womit den Arbeitslosen gedient wäre.

Wenn sich die deutsche Wirtschaft auf die 35-Stunden-Woche einließe, begäbe sie sich auf eine „mit Schmierseife befettete Rutschbahn", meinte Graf Lambsdorff in Tokio, die Stärke der japanischen Industrie unmittelbar vor Augen. Leider ist zu befürchten, daß Mahnungen wie diese derzeit auf taube Ohren stoßen. Im Verteilungskampf gehört aber nicht die Phase der Erhitzung zur tarifpolitischen Kunst – wenngleich auch hier einige Gewerkschaften schon Probleme haben –, die Bewegung auf den Kompromiß hin ist das Virtuose. Er ist nur auf dem schmalen Grat zwischen beharrlichem Grundsatz und weitblickender Beweglichkeit zu finden. Die Vokabel vom angeblich faulen Kompromiß verkennt den Zusammenhang dieses Kräftespiels.

Trotz der zur Schau getragenen Verbissenheit gibt es sowohl bei Forderung wie bei Angebot eine Knautschzone. Ein gutes Automobil zeichnet sich dadurch aus, daß es über eine solche Knautschzone verfügt. Ein verantwortungsvoller Fahrer vermeidet jedoch, sie auszuprobieren.

Lambsdorff rät im Tarifstreit zur Vernunft

dpa, Tokio

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat Arbeitnehmer und Gewerkschaften in der Bundesrepublik von Tokio aus erneut zu „wirtschaftlicher Vernunft" aufgerufen. Nach Eröffnung der Deutschen Leistungsschau in Japan vertrat er gestern die Überzeugung, daß die Arbeitgeberseite einen Kompromiß im gegenwärtigen Tarifkonflikt anstrebe und Streiks im Interesse der sich gerade erholenden Konjunktur verhindern wolle.

„Wer heute streikt, streikt gegen die Arbeitslosen" sagte Lambsdorff. Es sei abwegig, Beschäftigungslosigkeit durch Verteuerung der Arbeitskosten bekämpfen zu wollen. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich werde dazu führen, daß zusätzliche Arbeitsplätze unter dem internationalen Wettbewerbsdruck auf der Strecke bleiben und Wirtschaft und Bundesregierung daran gehindert würden, neue zu schaffen.

Lambsdorff betonte, der unmittelbare Einblick in die Stärke der japanischen Konkurrenz habe ihm und den nach Japan gereisten deutschen Industriellen abermals klargemacht, „daß wir uns auf eine mit Schmierseife befettete Rutsche begeben, wenn wir uns unter den heutigen Wettbewerbsbedingungen auf den Einstieg in die 35-Stunden-Woche einlassen". Deutliche Kritik übte der Minister an der Haltung der SPD, der er wirtschaftspolitische Vernunft absprach. Seine Gespräche mit der Regierung in Tokio und den Start der deutschen Industrieschau nannte der Minister „durchaus zufriedenstellend".

Genscher verschiebt Libyen-Reise

BERNT CONRAD, Bonn

In Bonn wird nicht mehr damit gerechnet, daß Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am kommenden Montag, wie ursprünglich in Aussicht genommen, zu einem Besuch nach Libyen fliegen wird. Die Krise um die belagerte libysche Botschaft in London, vor allem der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Libyen, dürfte dazu führen, daß Genschers Reise erst zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt stattfinden wird.

Offiziell war der ins Auge gefaßte Termin 30. April und 1. Mai noch nicht bekanntgegeben worden, als am Dienstag vergangener Woche eine britische Polizistin durch Schüsse aus einem Fenster der libyschen Botschaft getötet wurde. Deshalb braucht der Termin auch nicht öffentlich abgesagt zu werden. Tatsächlich hatten jedoch in Bonn sofort nach den blutigen Zwischenfällen in London Überlegungen über die Zweckmäßigkeit eines Besuches bei Staatschef Muammar Khadhafi zu diesem Zeitpunkt eingesetzt.

Klar war von Anfang an, daß Genscher nichts tun würde, was von der befreundeten britischen Regierung als Affront empfunden werden könnte. Zwar bemüht sich die italienische Regierung gegenwärtig noch um eine Vermittlung zwischen London und Tripolis. Diplomatische Beobachter glauben aber nicht daran, daß daraus eine grundlegende Entspannung resultieren könnte, die dem Bundesaußenminister doch noch den Besuch in Libyen in der nächsten Woche ermöglichen würde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Frühwahlkämpfer

Von Peter Gillies

Der Variationen, Geld auszugeben, das man noch nicht hat, sind Legion. Auf überaus anmutige Weise unterhalten Politiker die Bürger seit Monaten über ein Projekt, das sie kühn „Steuerreform" nennen. Die meisten Debattenbeiträge gipfeln in der Mahnung, jetzt endlich mit den losen Reden Schluß zu machen, um – wie Ministerpräsident Späth es formulierte – eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

Da die Reden noch Monate, vielleicht Jahre munter weiterfließen werden, ist eine Erinnerung an jene Meßdaten angezeigt, die sich diese Regierung wirtschafts- und finanzpolitisch vorgegeben hat und um derentwillen sie das Wählervotum erhielt. Dabei ragen zwei Ziele – in dieser Reihenfolge – heraus: Rückkehr zur Vollbeschäftigung und Sanierung der Staatsfinanzen. Die Einführung eines Erziehungs- oder Mutterschaftsgeldes sowie Zuwendungen an bestimmte Gruppen rangieren weit hinten, gefährden aus heutiger Sicht die Hauptziele sogar.

Allein die Debatte über den Zeitpunkt und die vorschnell fixierten Milliardensummen belegt, daß man sich von der fast ehrwürdigen, aber immer falschen Tradition des Stimmenkaufs vermittels Wohltaten nicht befreit hat. Sobald das Geld im Kasten klingt, die Stimme in die Urne springt – die Rechnung dürfte 1987 sowenig aufgehen wie zuvor. Vielmehr wird im Frühjahr 1987 in die Regierung gewählt, wer die Arbeitslosenzahlen deutlich verringert und die Staatsfinanzen in ein glaubhaftes Lot gebracht hat.

Wenn die Steuerentlastung diesen Zielen dient, ist sie so früh und so umfangreich wie nur möglich zu verwirklichen. Sie muß jene begünstigen, die schon bisher hohe Beiträge für die Etatsanierung aufgebracht haben, und jene zur Leistung ermutigen, von denen neue und rentable Arbeitsplätze erwartet werden. Die bürgerlich-liberale Koalition muß dazu zwar ein breites Spektrum von Meinungen synchronisieren, aber die jüngsten Schärfen zwischen CDU/CSU und FDP sowie innerhalb der Union sind entbehrlich.

Die Eckwerte für die wenigstens teilweise Rückgabe der „heimlichen" Steuererhöhungen sollten schließlich auch die Psychologie des steuerzahlenden Normalbürgers berücksichtigen. Vielleicht ist er auch hier mündiger, als die Politiker vermuten.

Haus auf Staatsknete?

Von Enno v. Loewenstern

Wenn der Berliner Bürgermeister in den Wahlkampf zieht, ist er in einer beneidenswerten Lage. Für seine Rede braucht er keine fünf Minuten: Als die CDU die Regierung übernahm, kann er sagen, waren mehr als zweihundert Häuser besetzt. Wir hatten Gewalt auf den Straßen, die viele Unternehmer verunsicherte. Heute sind die Häuser geräumt und mit der Wirtschaft – und also mit Berlin – geht es wieder aufwärts. Soll es so bleiben, oder wollt ihr wieder die Regierung, die den Hausbesetzern freie Bahn gab?

Der Beifall wäre ihm gewiß, und eine klare Mehrheit dazu, spräche er so. Sein Gegenkandidat Hans Apel sucht ebendiese Mehrheit zu erreichen mit der Beteuerung, er werde nie mit den Alternativen kungeln. Angesichts der traurigen Erfahrungen, die man mit so scheinbar aufrechten Rechtsstaatlern wie Vogel und Börner gemacht hat, hätte er einen schweren Stand, nähme die Stadtregierung da eine unmißverständliche Haltung ein. Es müßte ihr nicht einmal schaden, daß immer noch Häuser in Berlin besetzt sind; das läßt sich mit der „Berliner Linie" erklären. Nun wird aber von bestimmter Seite im Senat der Plan betrieben, Hausbesetzern ein Haus zur Verfügung zu stellen, auf Staatskosten für eine Million Mark renoviert.

Die Hausbesetzer und Gewaltdemonstranten haben die Steuerzahler in vier Jahren 250 Millionen Mark gekostet. Eine Viertelmilliarde für kriminelle Spielereien – mit dem Geld hätte man eine Menge hungernder Kinder in der Dritten Welt retten können. Aber danach fragt niemand; nur Aufwendungen für die Sicherheit dürfen hier kritisiert werden.

Das heißt jedoch nicht, daß die schweigende Mehrheit sich darüber keine Gedanken macht. Pläne, den inneren Frieden mit Spielwiese-Geschenken durch – man kann es kaum anders nennen – Veruntreuung von Steuergeldern zu erkaufen, gab es immer wieder. Bisher konnten sie von den Vernünftigen im Senat blockiert werden. Manche mögen beschwichtigend sagen: es ist doch nur ein Haus. Aber es gibt auch nur einen Respekt. Entweder die Regierung genießt ihn allerseits, oder sie setzt ihn aufs Spiel.

Blutiger Weg

Von Günter Friedländer

Sprengstoffattentate der Guerrilleros des „Leuchtenden Weges" (Sendero luminoso) hüllten während der Karwoche abermals Stadtteile Limas in Dunkelheit.

Die von einem Lehrer organisierten Senderistas behaupten, den Kampf der Armen gegen die Reichen zu führen. Wenn dem so wäre, müßten sie ihn längst gewonnen haben, denn fünf Prozent der Peruaner gehören 80 Prozent der Güter des Landes. Keine Macht der Erde könnte die fünf Prozent gegen die 95 Prozent verteidigen. In Wahrheit ist Terrorismus natürlich nichts als ein Kampfmittel gegen die Demokratien der Erde seitens gewisser Länder, deren Führer sehr gut wissen, daß Spielereien einiger Intellektueller und Persönlichkeitsprobleme asozialer Elemente die Reihen der Guerrilla auffüllen.

Als vor fünfzehn Monaten Indios – die Ärmsten der Armen – in Uchuraccay acht Journalisten töteten, weil sie sie für Senderistas hielten, und die Senderistas dann 70 Menschen der Gegend ermordeten, meinte Amnesty International, der Kampf der Regierung und des Heeres gegen die Guerrilla koste unzulässig viele Menschenleben. Der wütende Präsident Belaunde, ein Demokrat ohne Fehl und Tadel, nannte Amnesty „Kommunisten, die dem Kommunismus dienen".

In vier Jahren fielen dem senderistischen Terror und seiner Bekämpfung mehr als 1800 Menschenleben zum Opfer. Das Ziel der Terroristen ist hier wie überall in Lateinamerika, die Demokratie durch die Zerstörung der Wirtschaft zu besiegen. Daher die Angriffe gegen die Infrastrukturen: Elektrizitätswerke, Brücken, Verkehrsmittel usw.

Die „New York Times" zitierte jüngst die Überlegung: „Terroristen können alles angreifen, Regierungen, aber nicht jedes denkbare Ziel der Angriffe gegen jede Angriffsmöglichkeit schützen." Das stimmt, aber die nur defensive Ausgangsstellung ist falsch. Richtiger erscheint der Ansatz der Regierung Reagan, die soeben eine neue „Strategie der Offensive" gegen den internationalen Terrorismus ankündigte, zu der Präventivangriffe ebenso wie Vergeltungsmaßnahmen gehören.



Katze aus dem Sack ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Reagans Peking-Oper

Von Herbert Kremp

Die Annäherung zwischen Peking und Washington, die 1971 mit einer geheimen Mission Henry Kissingers begann, gilt immer noch als der sensationellste Schachzug in der jüngeren Geschichte der Diplomatie. Er veränderte die Weltgewichte. Vorher, seit dem Bruch mit Moskau 1960 und während der Phase des ruchlosen maoistischen Experiments, hatte sich China wie ein riesiger Planet bewegt, der aus dem Sonnensystem ausgebrochen war. Niemand kannte seinen Weg, niemand vermochte seine inneren Gesetze zu begreifen. Heute kommt der amerikanische Präsident – der dritte, der China besucht – in ein Land, das wieder ins System zurückgekehrt ist. Die gewaltige Anziehungskraft, die das bewirken konnte, ist die moderne technische Welt, an die China endlich Anschluß finden muß.

Es ist eine Rückkehr zu den Tatsachen, zu deren Entwicklung und Zukunftsperspektiven der Westen, voran die Vereinigten Staaten und Japan, ungleich mehr beizutragen haben als die Sowjetunion, deren technologische und technische Spitzenleistungen auf die Rüstung eingeengt sind. Die dritte Generation der Computer muß sie kaufen oder erschmuggeln. Von Moskau hat China nichts zu erwarten außer massiver Bedrohung und der vagen Aussicht, über geduldige, gleichsam rituelle Verhandlungsrunden die Distanz des Schreckens in eine Distanz der Gleichgültigkeit zu verwandeln. Peking verhält sich dabei so realistisch und so zäh in seinen Forderungen, daß von „Annäherung" nicht die Rede sein kann. Annäherung vollzieht sich hingegen Schritt um Schritt gegenüber dem Westen.

Der Cinemascope-Auftritt Ronald Reagans im Land der Mitte setzt diese Tatsache ins Bild. Mit eintausend Begleitern und Berichterstattern, mit eigenen Hubschraubern und Staatskarossen tritt der Präsident wie ein Kaiser auf. Die Chinesen, dem Zeremoniell seit jeher zugeneigt, antworten mit einer Inszenierung, wie sie ein Staatsgast der kommunistischen Volksrepublik noch nie erlebte. Mit dem gewaltigen Aufwand, der dort stets politisch motiviert ist, will Peking sich leistungsfähig, aufnahmebereit und aufgeschlossen zeigen. Man weiß natürlich, daß ein Wahlkämpfer vor das Tor des himmlischen Friedens tritt. Aber man setzt, bei allem Spektakel, auf einen Präsidenten, der wiedergewählt wird und der in seiner zweiten Amtsperiode der pazifischen Region konzentrierte Aufmerksamkeit schenken wird.

Ob das vorbereitete Nuklearabkommen für die Errichtung von einem Dutzend Atomkraftwerke unterzeichnet wird oder noch nicht, ob die Amerikaner Awacs-Frühwarnflugzeuge liefern können und die Chinesen sie wirklich beziehen wollen, wird die insgesamt zehnstündigen Gespräche zwischen den Chefs nicht sonderlich bewegen. Spekulationen über Milliardengeschäfte gehören zu jedem Elefanten-Treffen. Für die Chinesen, besonders für ihren Prinzipal Deng Xiaoping, ist es viel wichtiger, die weltpolitische Lageeinschätzung und die politischen Maßstäbe eines amerikanischen Präsidenten kennenzulernen, der wie keiner seiner unmittelbaren Vorgänger das eigene Land, den Kontrahenten Sowjetunion, die Europäer und den Rest der Welt bewegt – kontrovers, aber nachhaltig und machtbewußt.

Die Chinesen benutzen die umschweifigen, Details meidenden, Gespräche auf hoher Ebene, um nach gemeinsamen Interessen zu sondieren. Beide Mächte wollen den sowjetischen Einfluß in Fernost gering halten und in Südostasien, wo Moskau sich auf die Legionen und Seehäfen Vietnams stützen kann, eindämmen – soweit es geht. Ob die Chinesen dabei die Formel Caspar Weinbergers akzeptieren, im Falle der Bedrohung gemeinsamer Interessen „nebeneinander und abgestimmt" zu handeln, ist nicht sicher. Sie haben Ähnliches zu Zeiten Carters und seines Verteidigungsministers Brown schon einmal gehört (im Zusammenhang mit Afghanistan und Pakistan). Grundsätzlich halten sie nichts von Formulierungen, die den Geruch von Bündnispolitik ausströmen. Dagegen halten sie als Praktiker viel von amerikanischen Waffenlieferungen an Thailand, die gegen den „feindseligen Nachbarn, Vietnam" (Weinberger) gerichtet sind.



Des Meeres und der Annäherung Wellen: Reagan erholt sich vor der China-Reise FOTO: AP

Das zweite gemeinsame Interesse, mit dem ersten verbunden, betrifft den systematischen wirtschaftlichen Aufbau Chinas. Dieses Interesse überwölbt die Kontroverse wegen Taiwan, in die Washington Motive der Treue, Peking Motive des nationalen Selbstverständnisses investiert haben, jeweils hohe Beträge, die man nicht streichen kann. Kenner der chinesischen Politik haben aber stets davor gewarnt, das empfindliche Thema allzu hoch zu bewerten. Die Führer in Peking sind unbeugsame Realisten. Sie vergessen nicht, aber sie verstehen es, ein Thema zu vertagen, wenn andere Themen auf die Agenda drängen. Spitzenrang nimmt für Peking heute die Frage ein, wie es dem Land mit seiner oligarchischen Führungs- und Leistungsstruktur gelingen könnte, den Anschluß an die technische Modernität zu gewinnen. Das ist die Jahrhundertfrage Chinas.

Zwingende Voraussetzung dafür ist das politische Vertrauen der amerikanischen Führungsschicht, die das kommunistische Lösungsmodell für unfruchtbar und greisenhaft hält – für einen Marasmus. Deshalb war es für Reagan und die Chinesen in den letzten Jahren so schwierig, überhaupt ins Gespräch zu kommen. Das Fieber der Ideologie ist in derselben Zeit in China merklich zurückgegangen, man beginnt sich geschäftsmäßig zu verhalten. Für die Amerikaner rückt die Investition in China in die Perspektive des Auftragsbuches. Das Land verfügt über viel Rohstoffe, Begabungen und Konsumenten. Im übrigen ist es für die Weltmacht USA interessant, mit einem Nachbarn der anderen Weltmacht verbunden zu sein, der weder überredet noch unterjocht werden kann. Dazu ist China zu groß.

IM GESPRÄCH Arthit Kamlang-Ek

Zwanzig Hände

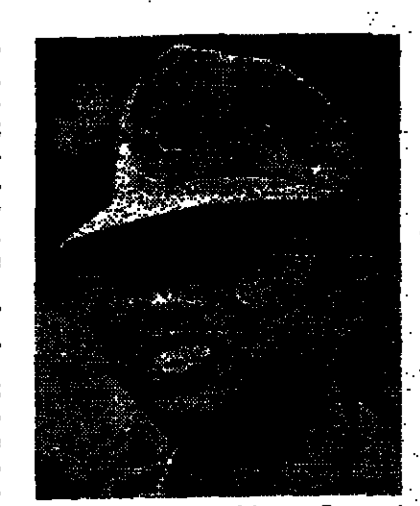
Von Christel Pilz

Wenn es darum geht, politische Prominenz mit Beinamen zu beschreiben, sind die Thais um Einfälle nie verlegen. Im Fall von Arthit Kamlang-Ek, dem energischen Heereschef und Oberkommandierenden der königlich-thailändischen Streitkräfte, brauchten sie nur mit seinem Namen zu spielen. Je nach Vorsilbe heißt Arthit „Sonntag" oder „Sonne". Klar also, wer gemeint ist, wenn der Volksmund von der „aufgehenden Sonne" spricht.

Kamlang-Ek wiederum bedeutet „einzige und wirkliche Macht". Diesem Namen jedenfalls hat Arthit alle Ehre gemacht. Er ist heute der mächtigste Mann im ganzen Land mit soviel Ämtern und Funktionen, daß ihn die Presse mitunter auch „Thotsakan" nennt, in Anspielung auf den Dämonenkönig im National-Epos Ramakien, der zehn Köpfe und zwanzig Hände hatte. Arthit scheint überall zugleich zu sein: in Bangkok, in den Provinzen, an den umkämpften Grenzen.

Mit einem in Thailand ungewohnten Tempo ist er dabei, die Streitkräfte zu modernisieren und zu restrukturieren, neue Divisionen aufzubauen, Elitetruppen auszubilden, Soldaten und Offiziere zur Einheit zusammenzuschmieden. Zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert scheint es in den Streitkräften keine Putschgruppen mehr zu geben. Arthit ist ein Mann schneller Entschlüsse, aber auch wohlgesetzter Worte. Als Gastredner bei Veranstaltungen aller Art redet er seinen Landsleuten ins Gewissen, gute Thais zu sein, einander zu helfen, zusammenzustehen und für die Soldaten im Feld zu spenden, die in der Bangkoker High-Society allzulange vergessen waren.

Arthit greift auch ein, wenn Protestaktionen die Ordnung zu stören drohen. Er hört sich allerdings die Anliegen der Demonstranten an. Bisher ist es ihm noch stets gelungen, mit Kompromißangeboten den sozialen Frieden zu wahren. Wenn seine



Thailands starker Mann: General Arthit FOTO: DIE WELT

Soldaten an den Grenzen zu Laos, Kambodscha und Birma unter Feuer geraten, fliegt er hin, um sich bei und mit ihnen solidarisch zu zeigen.

General Arthit wurde 1979 Kommandeur der für Bangkok wichtigen 1. Division. 1980 ging er in den Nordosten zurück als stellvertretender Regionskommandeur. Von hier hat er im April 1981 einen Putschversuch junger Offiziere zerschlagen und die Regierung Prem gerettet. Sein entschiedenes Durchgreifen hat ihm den Dank des Königshauses eingetragen. Seine Karriere ging kometenhaft in die Höhe. 1982 war er schon Heereschef, im vorigen Jahr erhielt er dazu den Posten des Oberkommandierenden der Streitkräfte.

Arthit ist 58 Jahre alt, noch zwei Jahre bis zur Pensionierung. Plant er eine Zukunft in der Politik? Er habe gar keine Zeit, so weit vorauszudenken, erklärte er der WELT, er arbeite achtzehn Stunden am Tag. Seine Aufgabe sei die Erhaltung und Stärkung der nationalen Sicherheit, was immer ihr diene, werde er tun. Es gehe nicht um seine Zukunft, es gehe um die Zukunft von Thailand. Wie gesagt, er weiß sich auch in wohlgesetzten Worten auszudrücken.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE RHEINPFALZ

Zur Arbeitszeitverkürzung meint das Ludwigshafener Blatt:

Wir leben in einer Zeit der Konfrontationen. Nicht nur im Ost-West-Bereich, sondern leider auch bei uns selbst. Wer zum Teufel kann es für angemessen, ja, für gut halten, zu diesem Zeitpunkt die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich per Streik durchziehen zu wollen? Wir beißen uns ja wahrhaftig in den eigenen Hintern, in einer vorgeblichen Sorge um den Arbeitsmarkt eine Wirtschaftsbelastung anzusteuern, die unverkraftbare betriebliche Kostenexplosionen mit sich bringt.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zu den Ostermärschen heißt es hier:

Wie jedermann weiß, verweigert die Sowjetunion eine Fortsetzung der Genfer Abrüstungsverhandlungen im Mittelstreckenbereich. Es wäre nun sehr eindrucksvoll gewesen, wenn bei den Ostermärschen laut der Ruf an den Kreml erschallt wäre, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Indessen war davon keine Rede. Die Ostermärsche sind zu einem Ritual erstarrt, mit linker Schlagseite, antiamerikanischen Spitzen und vorsätzlicher Abkehr von den Realitäten der Bedrohung Europas.

KRONENZEITUNG

Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen Großbritanniens zu Libyen schreibt das Wiener Blatt:

England verhält sich so, wie die zivilisierten Staaten auf die Aktivitäten der Terrorzentrale in Tripolis schon längst hätten reagieren sollen. Immer wieder führten die Spuren internationaler Terrorkommandos nach Libyen. Dazu kam noch der hausgemachte Terror von Khadhafis Berufskillern. Entsprechend der Khadhafi-Doktrin, daß Oppositionelle überall „bestraft" werden müßten, egal in welchem Land sie sich befinden, schwärmten seine Mörder aus und übten in Italien, in England, in den USA, in der Bundesrepublik usw. Rachejustiz an Regimegegnern. Wegen des libyschen Öls und hoher Investitionen in dem Wüstenstaat waren die westlichen Regierungen jedoch nicht bereit, die Konsequenzen zu ziehen und Khadhafi international zu isolieren. Frau Thatcher führt nun vor, wie man sich ihm gegenüber zu verhalten hat.

TAGESANZEIGER

Die Schweizer Zeitung kommentiert die Unwirksamkeit der Vertrauensabstimmung in Frankreich:

Der augenblickliche Rückfall der KP in die Protesthaltung illustrierte frappant, daß die Vertrauensabstimmung ein Schlag ins Wasser war. Die Sozialisten hatten dies übrigens bereits im Parlament bemerkt, als klar wurde, daß die KP ihr Vertrauensvotum als leere Geste auffaßte. So bemerkte der sozialistische Fraktionschef Joxe während einer Sitzungspause, die Erklärungen Hermiers seien unannehmbar, und sie bekundeten weder Vertrauen noch Solidarität. Es herrscht daher nach dieser Parlamentsprozedur ein Unbehagen. Am Sonntag gab Georges Fillioud, Staatssekretär für Kommunikation, in einem Radiogespräch zu, daß „ein politisches Problem ungelöst" sei, da die KP-Vertreter nach der Abstimmung gleich wieder die Regierungspolitik angefochten hätten.

Erlaubt Südafrika demnächst die gemischte Liebe?

Lockerung im Inneren, Disengagement nach außen / Von Monika Germani

Südafrikas Bild hat sich stark gewandelt. Das begann mit dem Beschluß, sowohl den 2,5 Millionen Kapmischlingen als auch den rund 800 000 Indern im Lande die Teilnahme an der Regierung zu gewähren. Viele rechnen schon mit dem Ende der Verwoerd'schen Politik der „getrennten Entwicklung", der Apartheid.

Kapmischlinge, Inder und auch die weiße Progressive Partei fordern die Abschaffung dreier Grundpfeiler der bisherigen Politik: Das Gesetz gegen die „gemischte Liebe" („Immorality Act") zwischen Weißen und Andersfarbigen und das Verbot gemischter Ehen (zwischen Weißen und Nichtweißen) soll aufgehoben werden, ferner soll freie Wohnwahl gewährt werden, so daß Inder und Kap-Farbige in die weißen Wohngebiete ziehen können.

Die Regierung soll nach vertraulichen Informationen zu alledem bereit sein, auch gegen den Sturm, den diese Entscheidungen vermutlich auslösen werden. Weiße Nachwahlen in den ländlichen Bezirken der nächsten Zeit werden mehr Aufschluß über die Stimmung der Farmer bringen.

Die zweite entscheidende Änderung zeigte sich mit der Unterzeichnung des „Vertrages von Nkomati" mit Moçambique im März. Einer, dessen Teilnahme stark beachtet wurde, war der Präsident der Anglo American Group, Harry Oppenheimer. Bereits Ende Oktober letzten Jahres ist er in London mit Moçambiques Präsident Samora Machel zusammengetroffen. Derzeit weilt David Rockefeller auf Einladung der Anglo American in Südafrika zu Besuch. Dort will er u. a. den Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrates, Bischof Tutu, treffen, einen engagierten Gegner der Regierung. Außerdem verhandelt er in Maputo über Investitionen in Moçambique. Die Lage dort bleibt unverändert katastrophal, auch wenn die Südafrikaner offiziell jede Hilfe für die antikommunistische Widerstandsbewegung Renamo eingestellt haben und Moçambique im Gegenzug dem kommunistischen ANC keine militärische Hilfe gegen Südafrika mehr gewährt.

Im politischen System Moçambiques hat sich nichts geändert; die Berater aus dem Ostblock wurden nicht abgezogen. Beobachter fragen, ob der geplante Touristenverkehr aus Südafrika oder sogar Europa überhaupt Wirklichkeit werden kann. Renamo hat jüngst erst wieder Züge zwischen Malawi, Zimbabwe und Moçambique überfallen und ausgeplündert. Südafrika hat über Stromlieferungen aus dem moçambiquanischen Stauwerk Cabora Bassa verhandelt, auch hier aber wird die Rechnung wohl ohne die Renamo gemacht.

Auch ist der Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Südangola offensichtlich nicht planmäßig verlaufen. Ende Januar sollte er noch binnen dreißig Tagen beendet sein. Heute stehen Südafrikas Soldaten erst in Evale. Zwei US-Beobachter sind bei einem Bombenanschlag in Ovamboland getötet worden. Dafür hat die antikommunistische Unita in Huambo eine Bombe explodieren lassen, die Dutzende Toter und Verletzter gefordert hat.

Seit Beginn der Tätigkeit der gemeinsamen Überwachungskommission zwischen Angola und Südafrika wurden 135 Swapo-Terroristen in Südwest getötet. Aber mit einem Abzug der Kubaner aus Angola wird nicht gerechnet, und das Angebot des Unita-Führers Dr. Jonas Savimbi, eine Koalition mit Teilen der MPLA-Regierung in Luanda zu bilden, wird kaum Erfolg haben. Auf der Havana-Konferenz ist dem kubanischen Staatschef Dos Santos klargemacht worden, daß für den Fall seiner Abweichung von der Sowjetlinie sowohl Parteisekretär Lucio Lara als auch der General der Luftwaffe Iko de Carreia bereit stünden, die Führung zu übernehmen.

Präsident dos Santos hatte die Sowjets um Stundung der Zinszahlungen für die Waffenlieferungen der letzten Jahre gebeten. Inzwischen sind bereits weitere sechzehn Flugzeuge vom Typ MiG 23, die von Kubanern geflogen werden, ferner „Gun Ships" (Hubschrauber) vom Typ MI 25, wie sie in Afghanistan eingesetzt werden, und neue T 62 Panzer in Angola eingetroffen. Ihre Aufgabe ist die Vernichtung Savimbis.

Hat Moskau, mit Angola und Moçambique im Vordergrund, das große Spiel der Stillhalteverträge mit Südafrika nur riskiert, um ungestört die beiden Widerstandsbewegungen Unita und Renamo zerschlagen und dann wieder den revolutionären Krieg gegen Südafrika aufnehmen zu können? War Pretoria sich dessen bewußt? Mag sein, daß alle Seiten auf Zeit spielen. Savimbi jedenfalls ist auf der Suche nach neuen Freunden; sein Besuch bei Hassan von Marokko beweist es. Und das Chaos in Moçambique läßt dort militärische Unternehmungen von einigem Umfang noch lange kaum durchführbar erscheinen.

IG Metall rüstet zum Streik, doch zieht die Basis mit?

Der Vorstand der IG Metall entscheidet heute über die Anträge aus allen 16 Tarifgebieten auf Urabstimmung. Nach dieser Befragung aller aktiven Mitglieder werde ein Streik nicht mehr lange auf sich warten lassen, hat der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr gewarnt.

Von GÜNTHER BADING

Ein *First-Class-Hotel* in einer deutschen Großstadt: Herren mittleren und vorgerückten Alters, dezent gekleidet, eilen mit Aktenkoffern oder Taschen in einen Konferenzraum. Eine Geschäftsbesprechung, ein „meeting" des mittleren bis gehobenen Managements einer großen Firma? So könnte man denken, wären da nicht die grellen Scheinwerfer und das Surren der Fernsehkameras, das Klicken der Fotoapparate, die hastigen Fragen der Reporter. „Was erwarten Sie von den Verhandlungen?" – „Wird es Streik geben?" – „Sehen Sie Kompromißmöglichkeiten?" Ein Schwenk der TV-Kameras über den Verhandlungstisch. Türen zu. Der Tarifpoker hat begonnen.

Mehr als 70mal hat sich diese Szene seit Jahresbeginn überall in der Republik wiederholt. Ergebnisse lassen aber noch immer auf sich warten. Auch zwei „Spitzengespräche" der Vorstände der mit 2,5 Millionen Mitgliedern immer noch stolz als größte Einzelgewerkschaft der Welt firmierenden IG Metall und des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall haben keine Annäherung gebracht. Die IG-Metall-Führung wird „streiken lassen", erwartet man.

Diesem Ziel dienen die Anträge der Großen Tarifkommissionen auf Urabstimmung. Wird ihnen entsprochen, dann werden alle Gewerkschaftsmitglieder des Tarifgebiets, in dem ge*streikt werden soll, befragt – in geheimer* Abstimmung, versteht sich. Sprechen sich 75 Prozent aller Stimmberechtigten für den Streik aus, kann der IG-Metall-Vorstand den Streiktermin festsetzen. Da anders als etwa bei der IG Druck und Papier, die nur den Prozentsatz der abgegebenen Stimmen zählt, nicht abgegebene Stimmen als „Nein" zählen, betreiben die Gewerkschaftsfunktionäre eine intensive Propaganda nach dem Motto: Es kommt auf jede Stimme an. „Mund-zu-Mund-Beatmung" nennen die Funktionäre das.

Dennoch ist man sich der Zustimmung von drei Vierteln der eingeschriebenen Mitglieder nicht sicher – jedenfalls nicht in allen Tarifgebieten. Die IG-Metall-Führung, Vorstand mit Bezirksleitern, wird deshalb heute voraussichtlich zeitversetzte Abstimmungen genehmigen. Zunächst dürfte in einem oder *zwei* Tarifgebieten eine Urabstimmung schon in der ersten Maiwoche stattfinden. In der zweiten Woche des Wonnemonats, der seinen Namen für die Tarif-Front *sicher nicht verdienen* wird, soll sich der Gewerkschaftsvorstand noch einmal zusammensetzen, um die Ergebnisse zu beraten.

Am sichersten scheinen sich die Funktionäre der Zustimmung im früheren „Steinkühler-Land" Baden-Württemberg. Die drei Tarifgebiete dort, die vom damaligen Bezirksleiter und heutigen zweiten Vorsitzenden Franz Steinkühler vor sechs Jahren zum Streik um Arbeitsbedingungen geführt worden waren, gelten noch heute als der wohl disziplinierteste Bereich. Kampflustig geben sich auch die Hessen und die Metaller im Norden, rund um Hamburg.

Wo wirklich gestreikt, ob es gar zu bundesweiten Arbeitsniederlegungen *kommen wird, wie es IG-Metall-*Vorsitzender Mayr nicht ausschließen will, ist noch offen. In jedem Fall wird der Streik für die Gewerkschaft eine teure Angelegenheit. Rund 300 Mark pro Woche und streikendem Arbeitnehmer lautet die Faustformel. Die letzten teuren Streiks leistete sich die IG Metall zwischen 1977 und 1979 in Nordwürttemberg/Nordbaden und in Nordrhein-Westfalen. Die Kosten werden zusammen im Geschäftsbericht mit 174 Millionen Mark angegeben. Man munkelt in der Branche, es *sei etwa dreimal soviel gewesen.*

Auf Fragen nach der Streikkasse ernten Journalisten bei Hans Mayr derzeit nur ein Lächeln; Kassenchef Norbert Fischer setzt sein Pokergesicht auf. Einen reinen Überschuß aus Beitragsaufkommen, Zinseinnahmen (rund 59,4 Millionen Mark) und „sonstigen Erträgen" (18,8 Millionen Mark) von 423,6 Millionen Mark für den Berichtszeitraum 1980 bis 1982 hatte Fischer auf dem Gewerkschaftstag in München im vergangenen Jahr vorgelegt. Seither geistert die Zahl von einer halben *Milliarde* Mark an verfügbaren Streikgeldern durch die Presselandschaft. Aber auch die ebensowenig beweisbare Zahl 895 Millionen wurde schon genannt. Sie dürfte näher an der Wahrheit liegen.

Wie lange auch gestreikt werden mag – die Gewerkschaft steht bei Streikbeginn *Mitte Mai* unter Zeitdruck. Schon im Juni beginnen im Norden die Sommerferien. Und Streik wärend der Betriebsferien wäre paradox.

Furcht vor dem „unvermeidlichen Aus"

Unmut an der Gewerkschaftsbasis manifestiert sich nur selten nach außen. *Meist* geht Kritik an den Funktionärsbeschlüssen im internen Schriftverkehr unter. Der WELT wurde jetzt der Brief des Betriebsrates einer Düsseldorfer Metallbau-Firma an den Vorstand der IG Metall (IGM) bekannt. Eine Antwort auf diese Kritik an dem Ziel 35-Stunden-Woche vom Dezember 1983 haben die „Abweichler" bis heute nicht erhalten. „Unseren Argumenten ist trotz der massiven Propaganda in den vergangenen Monaten kein Wort hinzuzufügen", erklären sie heute. Das Wichtigste im Wortlaut:

„Es ist falsch, sich in erstarrender Ideologie allen Alternativ-Vorschlägen stur zu versperren. Die Lösungsfähigkeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der Erhalt des Bestehenden, kann keiner für sich alleine in Anspruch nehmen. Politik, Gewerkschaft und Unternehmen müssen an einen Tisch.

Allgemein: Zahlreiche Gewerkschaften innerhalb des DGB haben in der Frage der Arbeitszeit flexiblere Vorstellungen. Die Unternehmen des DGB, d. h. deren Vorstände, lehnen eine Pilotfunktion bezüglich der Einführung der 35-Stunden-Woche aus Wettbewerbsgründen ab. Produktion und damit alle Produkte werden teurer (selbst bei Einführung der 35-Stunden-Wocheohne Lohnausgleich). Das heißt: steigende Preise, Einschränkung des *Lebensstandards*. Die Geldstabilität – also auch die Ersparnisse der IGM-Mitglieder – sind in Frage gestellt. Die Kosten je Arbeitsstunde in der BR Deutschland zählen zu den höchsten und die Arbeitszeit zu der geringsten in der Welt. Namhafte Wirtschaftswissenschaftler – bekannt als Persönlichkeiten der SPD – beschwören die Gefahren einer dirigistischen Einführung der 35-Stunden-Woche. Durch diese wird prognostiziert, daß eine Arbeitszeitverkürzung das Arbeitslosenproblem verschärft. Die Probleme des familienbedingten Alleinverdieners, umgekehrt die Bevorteilung des Doppelverdieners, nicht *zuletzt* der wirtschaftliche Zwang zur Schwarzarbeit, all das findet in den Forderungen der IGM keine Beachtung.

Zu unserer persönlichen Existenz, zur Firmensituation: Wir kämpfen zur Zeit um den Erhalt unseres Arbeitsplatzes. Wir müssen am In- und Auslandsmarkt hart um den Absatz ringen. Schon jetzt stehen wir mit dem Rücken zur Wand. Die zwangsweise Einführung der 35-Stunden-Woche bedeutet für „unser" im hohen Maß vom Export abhängiges Unternehmen das unvermeidliche Aus, d. h., es geht um 700 Arbeitsplätze. Oder macht sich die IGM stark, auch unseren ausländischen Konkurrenzunternehmen die 35-Stunden-Woche aufzuzwingen? Im günstigsten Falle: noch mehr Leistungsdruck, noch mehr Rationalisierung. (Geeignete Arbeitskräfte können schon jetzt nicht mehr an uns vermittelt werden.)

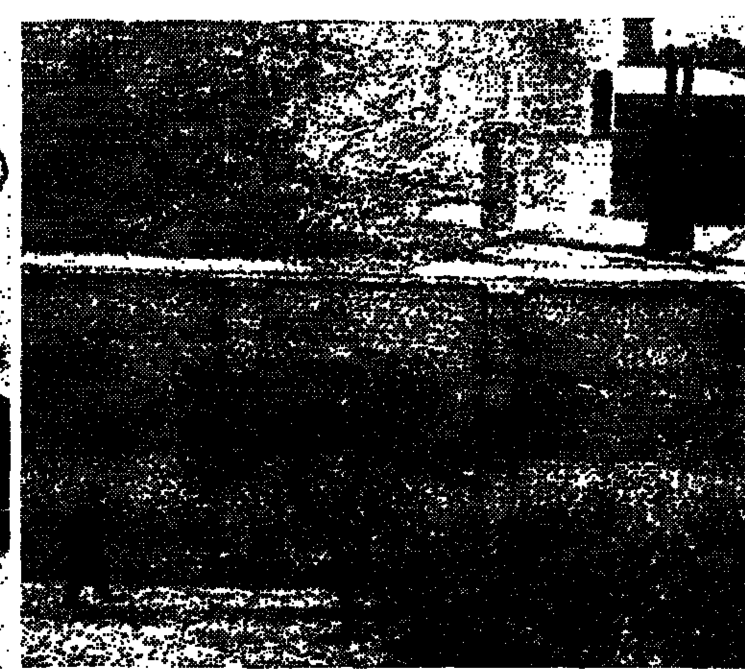
Abgesehen davon möchten wir durch Arbeiten-dürfen unseren Lebensstandard verbessern und nicht durch ein Arbeitsverbot ärmer werden.

Zum Abschluß: Die schriftliche Darlegung unseres Diskussionsergebnisses ist Ausdruck für die Vielseitigkeit der Probleme der zu beantwortenden offenen Fragen. Der Eingang in die tariflich und gesetzlich geregelte flexible Arbeitszeit würde freiwillig sich regelnde Mechanismen öffnen.

Das Vorgehen der IGM ist nur zu erklären, weil man den Kontakt zur Basis verloren hat, weil die schweigende Mehrheit der Basis nicht durch die Delegierten vertreten ist.

Wir befinden uns mit unserer Auffassung in bester Gesellschaft, in der Gesellschaft namhafter Gewerkschafter, gewerkschaftlich orientierter Politiker und Wirtschaftswissenschaftler und nicht zuletzt der großen Mehrheit der Belegschaftsmitglieder."







Das halbe Leben hinter Gittern: Rudolf Heß als Flieger in den dreißiger Jahren, beim Rundgang im Gefängnishof und im Alter von 83 Jahren.
FOTOS: CAMERA PRESS/AP/SVEN SIMON

Die lange Buße einer Symbolfigur

Seit 43 Jahren ist er in Haft, morgen wird er 90 Jahre alt: Rudolf Heß, einst „Stellvertreter des Führers", seit Oktober 1966 einziger Insasse des alliierten Militärgefängnisses in Berlin-Spandau. Er muß noch immer dafür büßen, daß er zwei Jahrzehnte lang in inbrünstiger Blindheit Adolf Hitler vergöttert hat.

Von BERNT CONRAD

Als der Student Rudolf Heß sich 1920 im Bierdunst bayerischer Wirtshäuser zum ersten Mal von der gutturalen Stimme Adolf Hitlers zur Begeisterung hinreißen ließ, war für ihn der weitere Lebensweg klar. Im Dienst seines neuen Idols wollte er Deutschland „erneuern". Der durch den Kriegsausgang verbitterte *Fliegerleutnant* aus gutem *Hause*, versponnen, verkrampft, auf der Suche nach neuen Zielen, sah in den fanatischen Parolen des Demagogen aus Braunau gegen Juden, Bolschewiken und Plutokraten die Antwort auf seine eigenen Probleme.

Von nun an ging er für ihn durch dick und dünn – in Saalschlachten und beim Münchner Putschversuch im November 1923, auf der Festung Landberg, wo ihm Hitler das Buch „Mein Kampf" in die Schreibmaschine diktierte, und später im Dritten Reich als „Stellvertreter des Führers". Dabei übte Heß selbst niemals wirkliche Macht aus; dafür war er zu *weltfremd* und introvertiert. Sein Ehrgeiz beschränkte sich darauf, unentbehrliches Faktotum und glühender Verehrer seines Meisters zu sein.

Das inspirierte ihn zu Lobpreisungen, wie sie sonst kaum jemandem aus der Feder flossen. Schon 1921 schrieb er dem bayerischen Regierungschef Gustav von Kahr: „Hitler ist ein selten anständiger lauterer Charakter, voll tiefer Herzensgüte, religiös, ein guter Katholik." In einem Preisausschreiben glorifizierte Heß den „Mann, der Deutschland wieder zur Höhe führt" – Hitler vor Augen – als „scharf von Geist, klar und wahr, leidenschaftlich und wieder beherrscht, kalt und kühn, zielbewußt wägend im Entschluß, hemmungslos in der raschen Durchführung, rücksichtslos gegen sich und andere, erbarmungslos hart und wieder weich . . ."

Kein Wunder, daß der „größte Idealist der nationalsozialistischen Bewegung", wie er sich selber einstufte, den Einfall hatte, die Anrede „Herr Hitler" durch „mein Führer" zu ersetzen. Und der Eilfertige, der seinem Idol zuliebe sogar zum Vegetarier, Nichtraucher und Anti-Alkoholiker wurde, war es auch, der 1934 auf dem Königplatz in München unter Kanonengedröhn eine *Million* politischer Leiter, Führer der Hitlerjugend und des Arbeitsdienstes über den Rundfunk die Schwurformel sprechen ließ: „Adolf Hitler ist Deutschland, und Deutschland ist Adolf Hitler. Wer für Hitler schwört, schwört für Deutschland."

So blieb Heß – mit gläubiger Hingabe und ohne realen Einfluß auf den Gang der Ereignisse – an der Seite des „Führers", bis er sich mitten in dem inzwischen schon fortgeschritte*nen Zweiten Weltkrieg zu einer völlig* überraschenden Initiative hinreißen ließ: Am 11. Mai 1941 flog er mit seiner Me 110 vom Flughafen Augsburg-Haunstetten nach Schottland.

Nirgendwo fand Heß bei den Briten Gehör

Natürlich wollte Heß nicht etwa desertieren, sondern nur auf unvorhergesehene und absolut utopische Weise Hitler dienen, indem er den ihm flüchtig bekannten Herzog von Hamilton zur Vermittlung eines Friedensschlusses zu überreden suchte. *Tatsächlich traf er den Herzog nie* und fand auch sonst bei den Briten nirgendwo Gehör. Den Rest des Krieges verbrachte er in britischer Haft.

In Deutschland aber schlug die Aktion des „Stellvertreters" wie eine Bombe ein. Als Hitler auf dem Obersalzberg davon erfuhr, hoffte er zunächst noch: „Wenn er nur in der Nordsee ersaufen würde!" Dann schloß sich der aufgebrachte „Führer" dem Vorschlag Martin Bormanns an, Heß für geisteskrank zu erklären. Ein Jahr später meinte er bei Tisch im Führerhauptquartier „Wolfsschanze", für Heß gebe es nur noch die Alternative „Irrenhaus oder Erschießung".

Wie die *deutsche Öffentlichkeit* reagierte, zeigte ein vertraulicher Stimmungsbericht des Sicherheitsdienstes (SD) vom 15. Mai 1941: „Nach übereinstimmenden Meldungen aus allen Teilen des Reiches hatte die erste Verlautbarung zum Fall Heß große Bestürzung hervorgerufen. In der Parteigenossenschaft herrschte tiefe Niedergeschlagenheit."

Nun senkte sich jedoch Schweigen über den Entflogenen. Man hörte erst wieder von ihm, als er nach Kriegsende auf der Anklagebank des Nürnberger Kriegsverbrecher-Tribunals auftauchte. Hier wollte sich Heß zunächst an nichts mehr erinnern und verhielt sich völlig passiv. Nachdem ihn eine Ärztekommission auf seinen Geisteszustand untersucht hatte, versicherte er plötzlich, er sei ganz normal und habe nur simuliert.

Sein Schlußwort vor den Richtern der vier Siegermächte mündete in eine Treue-Erklärung für Hitler: „Es war mir vergönnt, viele Jahre unter dem größten Sohne zu wirken, den *mein Volk in seiner tausendjährigen* Geschichte hervorgebracht hat. Ich bereue nichts. Stünde ich wieder am Anfang, so würde ich gleichermaßen handeln, auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt."

In Nürnberg kam es nicht so weit, wenngleich die Sowjets Heß gern an den Galgen gebracht hätten.

Am Ende sprach das Gericht den mittlerweile Zweiundfünfzigjährigen *am 1. Oktober 1946 von den Anklagen* „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" und „Kriegsverbrechen" frei, verurteilte ihn aber wegen „Verschwörung gegen den Weltfrieden" und „Planung eines Angriffskrieges" zu lebenslangem Gefängnis. Über den Geisteszustand des Delinquenten meinten die Richter: „Es mag zutreffen, daß er anormal *handelt*, daß er an Gedächtnisschwund leidet . . . Es besteht kein Grund für die Annahme, daß Heß geistig nicht völlig gesund war, als die Taten, die ihm zur Last gelegt werden, begangen wurden."

Zusammen mit sechs weiteren Verurteilten (v. Neurath, Raeder, Funk, Speer, v. Schirach, Dönitz) wurde Heß in das Vier-Mächte-Gefängnis im Westberliner Stadtteil Spandau gebracht. Dort sitzt er noch heute, 38 Jahre später, als *letzter* Häftling in einer 2,73 mal 2,26 Meter großen Zelle; alle anderen Gefangenen sind wegen Krankheit oder nach Ablauf ihrer Strafen entlassen worden.

Der Aufwand für den einsamen Mann in Spandau, der am 26. April 90 Jahre alt wird, wirkt gespenstisch. Jeden Monat wechselt die Wachmannschaft: Amerikaner, Briten, Franzosen *und* Sowjets bewachen je vier Wochen lang das Gefängnis, das ursprünglich für 600 Häftlinge angelegt worden war. Die Bundesrepublik Deutschland muß dafür jährlich mehr als zwei Millionen Mark an die Alliierten zahlen.

Die jetzige Bundesregierung, ebenso ihre Vorgängerinnen, sämtliche Bundes*präsidenten und Politiker* aller Richtungen haben immer wieder die Freilassung von Heß gefordert. „Die andauernde Haft dieses Mannes, der nur noch den Wunsch hat, seine letzten Lebenstage im Kreise seiner Familie zu verbrigen, hat jeden rechtsstaatlichen und moralischen Sinn verloren. Rudolf Heß zur politischen *Symbolfigur* des NS-Systems zu erniedrigen, in ihm ein lebendes Denkmal der Rache und des Hasses zu sehen widerspricht allen Grundsätzen des Rechts, der Vernunft und der Menschlichkeit", formulierte Staatsminister Alois Mertes für die Bundesregierung.

Die Westmächte stoßen auf Moskaus hartes Nein

Die drei Westmächte stimmen damit überein. Sie würden den letzten „Spandauer" lieber heute als morgen freilassen, stoßen aber stets von neu*em auf das unnachgiebige Nein der* vierten Gewahrsmacht, der Sowjetunion.

Könnten Briten, Franzosen und Amerikaner nicht einfach einseitig die anachronistisch gewordene Haft von Heß beenden? Baronin Young, Staatsministerin im britischen Außenministerium, bemerkte dazu vor einigen Tagen: „Wir haben ihn nicht freigelassen, weil dies gegen das Vier-Mächte-Abkommen verstoßen würde. Und wir glauben, daß es falsch wäre, gegen ein Abkommen zu handeln, das wir unterzeichnet haben. Dies könnte äußerst schwerwiegende Folgen für Berlin als Ganzes haben."

So wird der Greis, der als junger Mann in die Irre ging, wahrscheinlich in Spandau sterben.

Anke Fuchs ist Favoritin von Brandt und Ravens

Auch Gerhard Schröder möchte gegen Albrecht antreten

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Die Angst vor „baden-württembergischen Verhältnissen" ist groß in der niedersächsischen SPD. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen um den „richtigen" Herausforderer für den im Leineschloß residierenden Ministerpräsidenten Ernst Albrecht schwappen deshalb inzwischen bis nach Bonn. Die Bundestagsabgeordnete Anke Fuchs, der Bonner Parlamentarier und ehemalige Juso-Chef Gerhard Schröder sowie der Landtagsabgeordnete Helmuth Bosse haben ihre Ansprüche angemeldet. Wenn die Sozialdemokraten auch bei der Landtagswahl im Frühjahr 1985 von der regierenden CDU wieder abgeschmiert werden, befürchten sie, daß sich ihre Partei, ähnlich wie die Genossen im deutschen Südwesten, an die Rolle der Dauer-Opposition gewöhnen und dabei ihre „Identität erschreckend verändern" (Anke Fuchs) könnten.

Schon für viele Ämter im Gespräch

Parteichef Willy Brandt hat bisher zwar nicht öffentlich in das Kandidaten-Gerangel eingegriffen, aber er soll intern die ehemalige Bonner Ministerin Anke Fuchs darin „bestärkt" haben, ihren Hut in Niedersachsen in den Ring zu werfen. Wenn es nach der Mehrheit im Landesvorstand und nach Oppositionsführer Karl Ravens gegangen wäre, der nach zwei Niederlagen in Fights gegen Albrecht inzwischen das Handtuch als Spitzenkandidat geworfen hat, dann wäre die Sozialexpertin vom Gewerkschaftsflügel der Partei ohnehin die einzige Aspirantin auf dem Kürungsparteitag am 7. Juli in Osnabrück. Und selbst der ehemalige Ministerpräsident Alfred Kubel hat sich vor wenigen Tagen werbend für Frau Fuchs aus seinem Pensionärsleben zu Worte gemeldet.

Karl Ravens, einst vom Kanzler Helmut Schmidt aus dem Bonner Ministeramt in höchster Personalnot zum Entsatz der Genossen nach Niedersachsen abkommandiert, trommelt inzwischen landauf, landab für die von ihm ausgeguckte potentielle Nachfolgerin. Er spricht davon, daß unter Frau Fuchs die niedersächsische SPD wieder „ein größeres Maß an Breite" erreichen könne. Sie habe sich innenpolitisch bundesweit einen Namen gemacht – vor allem in der Sozialpolitik, *was besonders wichtig* sei, nachdem Albrecht „mit seinen zehn Thesen das sozialpolitische Kriegsbeil ausgegraben" habe. Und dann, immer wieder, das „Argument Frau", das gerade dem linken Flügel in der Partei in seinem emanzipatorischen Gewissen besonders sauer aufstoßen muß: Man könne doch nicht immer über eine stärkere Beteiligung von Frauen reden, sagt Karl Ravens, und dann nicht diese Chance nutzen, „ein Zeichen zu setzen, Glaubwürdigkeit zu demonstrieren". Hinzu komme, daß der Ministerpräsident Albrecht sicher seine Mühe haben werde, wenn er sich mit einer Frau als Gegenkandidaten im Wahlkampf auseinandersetzen müsse.

Die so Herausgestellte, die in den vergangenen Jahren schon für viele politische Ämter im Gespräch war und als letztem dem um sie – politisch – werbenden nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau einen Korb gegeben hat, *sieht sich als* „Hoffnungsträger", der auch das „Vertrauen der mehr konservativen Wähler" der niedersächsischen SPD zurückgewinnen könne. Sie habe sich „aus gutem Grund für Niedersachsen entschieden", sagt die Tochter des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Nevermann, weil sie in diesem norddeutschen Land „am meisten von mir einbringen kann". Die Partei brauche einen Spitzenkandidaten, „der ein breites Wählerspektrum ansprechen" könne.

Ein entscheidendes Mal wird in wenigen Tagen, am 28.April, in Wilhelmshaven gesetzt werden: Dort *wird der Bezirksbeirat des* SPD-Bezirks Weser-Ems sein Votum abgeben. Es folgen noch – im Mai – die Parteibezirke Nordniedersachsen und Braunschweig. Dabei, und darauf weist vor allem Frau Fuchs immer *wieder hin, gibt es kein imperatives* Mandat für die Delegierten des Landesparteitages. Sie seien bei ihrer Stimmabgabe für einen Kandidaten am 7.Juli nicht an Voten ihrer Heimatbezirke gebunden.

Dieser Hinweis ist *vor allem auf* den größten Bezirk, Hannover, gemünzt, der allein etwa genauso viele Delegierte stellt, wie die übrigen drei zusammen. Und in Hannover hatte der schärfste Fuchs-Konkurrent, Ger*hard Schröder, vor einem Monat mit* einem Donnerschlag seinen Anspruch untermauert: Fast einstimmig stimmte der Bezirksbeirat für ihn. Von den 58 Stimmen fielen nur vier für Frau Fuchs und eine für Bosse ab.

Schröder, *dem Ziele wie* „Veränderung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Machtverhältnisse" schnell von der Zunge gehen, entspricht dennoch nicht dem Schreckensbild eines Systemveränderers. Der Hochintelligente, der sich aus kleinsten Verhältnissen nach oben gearbeitet hat, hat auch nach Ansicht seines innerparteilichen Gegners Ravens „viele Erfahrungen gesammelt", vor allem in der Zeit, als er die fast zerfallenen Jusos wieder stabilisierte.

Am 7. Juli fällt die Entscheidung

Aber von ihm wird in der Auseinandersetzung über den Spitzenkandidaten die Argumentation eingesetzt, daß die, die „in der Regierung Schmidt waren, nicht mehr wählbar sind". Sie seien „für den Niedergang der SPD verantwortlich". Da weist dann Frau Fuchs nur noch auf die Probleme hin, die sich ergeben könnten, wenn auch noch „die alten Reden durch den politischen Gegner im Wahlkampf ausgegraben" würden, um die Integrationsfähigkeit einer Schröder-Lösung endgültig in Frage stellen zu können.

221 Delegierte werden am 7. Juli in Osnabrück das letzte Wort haben, 21 davon sind die niedersächsischen SPD-Vorstandsmitglieder. Zur Zeit ziehen die drei Kandidaten noch werbend von Ortsverein zu Ortsverein. Helmut Bosse, der seine Kandidatur damit begründet, daß er Schröder verhindern wolle, noch mit dabei. Aber viele geben davon aus, daß der erfahrene Kommunalpolitiker schließlich verzichten wird, um zugunsten von Anke Fuchs eine Stimmen-Aufsplitterung zu vermeiden.

PLO sucht weiter nach ihrer Richtung

AFP, **Algier**

Die verschiedenen Tendenzen innerhalb der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO haben sich auf ihren dreitägigen Beratungen in der algerischen Hauptstadt Algier offenbar nicht auf eine gemeinsame Marschroute für die Zukunft einigen können. Unter anderem konnten sich die Konferenzteilnehmer nicht auf das Datum für eine nächste Sitzung des palästinensischen Nationalrates (Exilparlament) einigen. Der entsprechende Zeitpunkt soll nach einer Sitzung der Führer der verschiedenen palästinensischen PLO-Unterorganisationen festgelegt werden, hieß es am Abend in einem PLO-Kommuniqué.

In der Verlautbarung sprechen sich die Konferenzteilnehmer für einen verstärkten Kampf „mit allen Mitteln" für die palästinensische Frage aus. Ferner werden voraussichtlich weitere Konferenzen gefordert, um jene Probleme zu lösen, die eine „nationale Einheit" der Palästinenser verhindern. Algerien wird als Gastgeberland und Südjemen wegen seiner „positiven Rolle" bei der Vorbereitung der Konferenz in dem Kommuniqué gelobt. Der Führer der „Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas", Yasser Abd Rabbo, erklärte, trotz erster positiver Erfolge der Konferenz seien grundlegende Probleme weiterhin ungelöst geblieben.

Werden Ärzten Praxen bald zugewiesen?

Kassen besorgt über „Mediziner-Schwemme" / *Blüms Pläne zur Krankenhausreform* finden Zustimmung

PETER JENTSCH, **München**

„Wir sind nicht in der Lage, für die Gesundheit einen beliebig hohen Preis zu zahlen. Und so ist eben auch die Medizin zwischen Wunsch und Wirklichkeit angesiedelt." Worte eines Kassenfunktionärs, des Geschäftsführers des Landesverbandes der Ortskrankenkassen Bayern, Hans Sitzmann, ausgesprochen jetzt während des wissenschaftlichen „Travenol"-Symposiums „Lebensqualität und chronische Krankheit" in München.

Finanzierungsgründe siedeln die Medizin nur mehr zwischen Wunsch und Wirklichkeit an, zwischen Leistung und Verzicht. Soll denn wieder gelten, was längst überwunden schien: „Weil du arm bist, mußt du früher sterben?" Anders gefragt: Sind die Möglichkeiten des deutschen Medizinbetriebs, der immerhin jährlich 100 Milliarden Mark verschlingt (einschließlich Prävention und Rehabilitation gar 210 Milliarden) erschöpft?

Sitzmann sagt nein. Die Leistungsseite der Krankenversicherung sei trotz dieser Entwicklung nicht zum Stillstand verurteilt. Aber die Ressourcen seien falsch verteilt. Man müsse endlich die meßbare Quantität als Erfolgsmaßstab durch die Qualität ersetzen, das „Mehr" durch das „Besser".

„Kostenprobleme sind Sekundärprobleme im Medizinbetrieb", meint der Sozialexperte, „sind Konsequenzen von Versäumnissen und Fehlentwicklungen. Die heutigen Finanzierungsprobleme treten nicht auf, weil zuviel an medizinischer Versorgung erbracht wird, sondern weil oft zu kostenintensiv diagnostiziert und behandelt wird."

Für die „Versäumnisse und Fehlentwicklungen" hatte Sitzmann auch einen Schuldigen parat: die sozialliberale Koalition, deren Arbeit in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ohne erkennbare Orientierung an Gestaltungsprinzipien meist „nur tagespolitisch motiviert" gewesen sei. „Mit den Kostendämpfungsgesetzen wurde Gesundheitspolitik einfach zu Kostendämpfungspolitik degradiert." Immer schneller habe der Gesetzgeber auf der „Klaviatur staatlicher Reglementierung gespielt".

Jetzt gelte es, das medizinische Versorgungssystem wieder auf einen effizienten Pfad zurückzuführen. Unter Verzicht auf Dirigismus durch den Staat (und da ist sich Sitzmann mit Bundesarbeitsminister Norbert Blüm einig) müßten die am Kostengeschehen Beteiligten in die Verantwortung genommen werden, um Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit zu erreichen.

Sitzmann zeigt dazu verschiedene Lösungsmöglichkeiten. Im Krankenhausbereich zum Beispiel plädiert er für mehr „Angebotssouveränität der Kliniken und der Krankenkassen". Der Staat habe seinen Anspruch auf die Krankenhausbedarfsplanung zurückzunehmen, er dürfe allenfalls noch Bedarfsdaten setzen. Daraus folgt, daß etwa Investitionsentscheidungen in *diesem* Bereich anders als bisher auch durch die Krankenkassen mitbestimmt werden müssen. Darüber hinaus müßte endlich das überhöhte Bettenangebot in Akutkrankenhäusern abgebaut beziehungsweise für Pflegefälle oder geriatrische Langzeitbehandlung umgewidmet werden. Entsprechende Reformvorschläge für das Krankenhausfinanzierungsgesetz, die Blüm durchsetzen will, „werden eine Probe aufs Exempel sein, ob der Staat der alte Hoheitsträger bleibt".

Auch bezüglich der ambulanten ärztlichen Versorgung entwickelte Sitzmann durchaus denkbare Lösungen. Hier gelte es, *die ambulante* Versorgung weiter zu stärken, etwa im Sinne des „Bayern-Vertrages" zwischen Ärzten und Kassen: „Soviel ambulant wie möglich, soviel stationär wie nötig." Die Inanspruchnahme *ambulanter Leistungen* durch den Patienten ohne das zeitweise Verlassen seiner gewohnten Umgebung habe humane Vorteile, aber auch ökonomische, weil diese Therapie billiger sei als die stationäre Versorgung.

Im übrigen stehe mit dem insbesondere von den Krankenhäusern heftig kritisierten Konzept der Stärkung der ambulanten Behandlung nicht „der Umsturz zur Debatte, nicht der Verteilungskampf war Vater dieser Devise", sondern vielmehr wolle man damit die Krankenversicherung auf Dauer leistungsfähig erhalten.

Sorgen bereitet den Kassen nach Sitzmann aber die Ärzteschwemme. Sie führe unter anderem zu einer teuren Ausweitung des Angebots ohne effektive gesundheitliche Verbesserung, sie verstärke den Kostendruck auf die Krankenversicherung, sie bewirke eine sinkende Qualität ärztlicher Leistungen infolge von mangelnden Weiterbildungsmöglichkeiten.

Diese Gefahr lasse sich nur durch eine Beschränkung der Zulassung zur Kassenpraxis bannen. Sitzmann: „Die Zulassung sollte man wieder wie früher an einer Verhältniszahl Arzt zu Einwohner orientieren. Das Bundesverfassungsgericht hat 1960 Niederlassungsfreiheit nur unter der Bedingung verfügt, daß gesundheitspolitisch keine nachteiligen Folgen eintreten. Diese Bedingung wird in Kürze nicht mehr erfüllt sein. Eine Revi*sion* der Karlsruher Entscheidung steht deshalb jetzt schon an."

Um auf die Ausgangsthese zurückzukommen: Für die Zukunft des Medizinbetriebs „zwischen Wunsch und Wirklichkeit" ist nach Sitzmann Pes*simismus nicht* angebracht. Voraussetzung ist, „daß weniger kostenintensive Verfahren ermutigt, behandlungsintensive Behandlungsstile aber entmutigt werden."

Aktive Mitwirkung der Tarifpartner gefordert

Kirchen veröffentlichen eine Studie gegen Arbeitslosigkeit

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

„Wir dürfen es nicht zulassen, daß unsere Gesellschaft aufgespalten wird in eine Mehrheit von Arbeitbesitzenden mit sicheren Arbeitsplätzen und einer wachsenden Minderheit ausgeschlossener Arbeitsloser." Mit dem Appell „Tut Euch zusammen und handelt gemeinsam" hat jetzt die evangelisch/katholische Rhein-Ruhr-Stiftung Leitgedanken zu einem solidarischen Beschäftigungspakt zur „Überwindung der Arbeitslosigkeit" – so der Titel der Studie – veröffentlicht. Sie fordert ein Gesamtkonzept von Bund und Ländern, Regierung und Opposition, Arbeitgebern und Gewerkschaften unter Einbeziehung der Bundesbank und der Bundesanstalt für Arbeit. Massenarbeitslosigkeit könne nicht durch die Verabsolutierung einer Lösung, sondern nur durch eine gleichzeitige Anwendung der gegenwärtig diskutierten Konzepte erfolgreich bekämpft werden. Dabei nennt die Stiftung diese drei Thesen:

- Förderung des Wachstums
- Teilhabe am Arbeitsvolumen
- gezielter Einsatz arbeitsmarktpolitischer Elemente durch die Bundesanstalt für Arbeit.

Zu den drei Thesen führt die Studie aus, vorrangig müsse gegenüber allen Strategien die Wiederbelebung der Wirtschaft sein: „Dieser Wieder*belebungsprozeß kann am ehesten* durch ein dynamisches Investitionsverhalten der Unternehmer herbeigeführt werden, und zwar auf einem möglichst hohen Innovationsniveau." Darum müsse gefordert werden, daß Bundesregierung und Bundesbank sich zu einer offenen Nachfragepolitik entschlössen. Die Tarifpartner sollten sich zu einer aktiven Mitwirkung bei der Erhaltung der Geldwertstabilität durch Zurückhaltung bei Lohnerhöhungen und Preissteigerungen verpflichten. Bund, Länder und Gemeinden müßten die Einführung neuer Technologien unterstützen.

Zur zweiten These stellt die Studie fest, auf die Dauer sei nicht hinnehmbar, daß „weit über 2 Millionen Menschen arbeitszeitlich auf unbestimmte Dauer auf Null gesetzt werden, während der Rest wie bisher vollzeitig arbeitet. Solidarität könne auf drei Wegen geleistet werden:

- durch Verkürzung der Lebensarbeitszeit
- durch eine Ausweitung der freiwilligen Teilzeitarbeit und anderer Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung
- durch eine allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Das bedeute, daß der Staat die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit schaffe, die die Tarifparteien durch konkrete Regelungen füllen müßten: Die Arbeitgeber bieten mehr Teilzeitarbeitsplätze und andere Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung an. Die Gewerkschaften geben ihren Widerstand gegen Teilzeitarbeit auf.

Zur dritten Kernthese stellt die Rhein-Ruhr-Stiftung fest, der Förderung beruflicher Bildung komme ein hoher Stellenwert zu. Bejaht würde das Instrument der Kurzarbeit und seine mögliche Verbesserung.

In Nordafrika ist keiner vor Khadhafi sicher

Die Umtriebe des Revolutionsführers im Maghreb und im Tschad / Die Partner waren immer die Betrogenen

B. RÜTTEN, Bonn

Khadhafi schafft Realitäten, ohne Rücksicht zu nehmen. Immer wieder hat er es verstanden, sich unter geschickter Ausnutzung von Interessengegensätzen zeitweilig Verbündete zu schaffen, und diese mußten immer wieder feststellen, daß sie letztlich die Betrogenen waren, so sehr sie auch glaubten, sie könnten ihn für ihre Zwecke ausnutzen. Tschad und Maghreb, seit geraumer Zeit Zentrum libyscher Aktivitäten, bieten hierfür die besten und jüngsten Beispiele:

Gukuni Weddei, besiegter Gegner Hissène Habrés im tschadischen Bürgerkrieg, nahm mit libyscher Hilfe den Kampf wieder auf und besetzte das nördliche Tschad. Heute ist er praktisch ein gefangener Khadhafis. Dieser hat das nördliche Tschad annektiert. Statt der westafrikanischen Währung cfa zirkuliert dort inzwischen der libysche Dinar. Statt der offiziellen Landessprache Französisch ist Arabisch eingeführt worden, die libysche Flagge weht auf öffentlichen Gebäuden. In den Schulen wird das „Grüne Buch", Kompendium der „Dritten Universaltheorie" des libyschen Revolutionsführers unterrichtet. Einigen Berichten zufolge sollen die libyschen Machthaber in diesem Gebiet sogar die traditionellen afrikanischen Volkstänze untersagt haben mit der Begründung, sie verkörperten heidnisches Brauchtum und stünden im Gegensatz zum Islam.

Frankreich hat seine Intervention, die auf Bitten der legitimen Regierung Hissène Habrés und zahlreicher Nachbarländer Tschads erfolgte, bis zur Stunde darauf beschränkt, einerseits ein weiteres Vordringen Khadhafis auszuschließen, andererseits jede weitere Eskalation des Konflikts zu vermeiden. Trotzdem muß Mitterrand muß hilflos hinnehmen, daß Khadhafi sich in Nordtschad immer fester etabliert.

Obwohl die Mehrheit der afrikanischen Staatsmänner aus eigener Erfahrung die hinterhältigen und subversiven Umtriebe des Libyers kennt und diesen als die Inkarnation des Teufels verabscheut, ist jede vorstellbare Aktion der Organisation für afrikanische Einheit blockiert. Geschickt hat es Khadhafi verstanden, die antifranzösischen Gefühle einer Minderheit sozialistisch orientierter Mitglieder des panafrikanischen Gremiums für seine Zwecke zu mobilisieren.

Auch König Hassan II. von Marokko, von algerischem Hegemonialstreben arg bedrängt, glaubte klug zu handeln, als er in einem geschickten Schachzug mit Khadhafi einen geheimen Tauschhandel einging: Marokkos Neutralität im Tschad-Konflikt gegen libysche Abstinenz im Westsahara-Konflikt. In der Tat wäre der erfahrene Staatsmann und brillante Politiker Hassan weit und breit der einzige in Afrika, der es mit Khadhafi aufnehmen und libyschem Machiavellismus die Stirn bieten könnte. Beide haben einen gemeinsamen Gegner in Algerien, Chadli Benjedids, der durch eine Allianz mit Tunesien und Mauretanien im Begriffe ist, sich eine Vormachtstellung im Maghreb aufzubauen, und sich mit einer „unabhängigen" Westsahararepublik einen algerischen Satellitenstaat schaffen will.

Doch selbst König Hassan muß sich heute fragen, ob er nicht von Libyen betrogen wird. Die Anzeichen mehren sich, daß Khadhafi keineswegs seine Unterstützung der Polisario-Guerilleros eingestellt hat, die für die Unabhängigkeit der marokkanischen Westsahara kämpfen. Die erhoffte Ankurbelung lukrativer Wirtschaftsbeziehungen mit dem reichen Libyen ist für Marokko bis jetzt eher enttäuschend verlaufen. In Libyen leben außerdem 14 000 marokkanische Gastarbeiter, die von Khadhafi zu oppositionellen Kommandotrupps gegen den marokkanischen Monarchen ausgebildet werden.

Khadhafi hat dagegen mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Neben freier Hand in Tschad und Überwindung seiner Isolation im Maghreb hat er mit marokkanischer und saudischer Hilfe seinen ärgsten Gegner in die Gewalt bekommen, den Kommandanten Omar al-Mahaischi, der einst Nummer drei der libyschen Revolution war, seit 1975 im Exil in Kairo lebte. Im November 1983 benutzte er ein Flugzeug des marokkanischen Königs, um von Rabat nach Riad zu fliegen. Die Maschine landete jedoch in Libyen. Seitdem ist Mahaischi verschwunden.

Neben der Hoffnung auf wirtschaftliche Vorteile war es vor allem die Furcht vor libyscher Subversion, die Tunesien und Mauretanien den Algeriern in die Arme trieb. König Hassan dagegen hat Anfang April wieder einen Vertrauensmann des algerischen Präsidenten zu Gesprächen über die Westsaharafrage empfangen. Im Maghreb ist ein Klima entstanden, in dem keiner mehr dem anderen traut. Wenigstens hat man hier seine Erfahrungen mit dem libyschen Revolutionsführer gesammelt und niemand dürfte ihm in Zukunft leicht auf den Leim gehen.

Im politisch instabilen Westafrika dagegen – so meinen politische Beobachter – hat Khadhafi noch nahezu unumschränktes Betätigungsfeld und deshalb ist es für ihn so wichtig, in Tschad eine feste Basis zu errichten. Aus eigener Kraft – darin sind sich verantwortungsbewußte afrikanische Politiker einig – wird es ihnen nicht gelingen, Libyens Expansionismus Einhalt zu gebieten, und falls die Franzosen es nicht schaffen, den Tschad-Konflikt einer Lösung entgegenzuführen, so ist nach einhelliger Auffassung nur eine Macht der Erde in der Lage, Khadhafi Paroli zu bieten: die USA.

Als Lissabon in einem Meer roter Fahnen unterging

Von ROLF GÖRTZ

Am 24. April 1974 blieb der Major Otelho Saraiva Carvalho in seiner kleinen Wohnung. Erst am Abend zog er seine Uniform an und fuhr in die Pinho-Kaserne. Gegen 3 Uhr nachts setzte er sich in seinen Wagen und stellte im Radio den katholischen Sender Renascenca ein. Als das Lied „Grandola, vila morena" ertönte, wußte der Major, daß sein Aufmarschplan funktioniert. Aus Santarem und anderen Garnisonen rollten Panzer und Mannschaftswagen auf die Hauptstadt zu.

Otello Saraiva Carvalho, der Portugiese aus dem afrikanischen Moçambique, bezog den heimlichen Befehlsstand jener „Revolution der Roten Nelken", die Stunden später Millionen Portugiesen in ein Delirium der Begeisterung versetzte und das lusitanische Weltreich, das letzte der europäischen Kolonialmächte, in einen Satelliten-Staat der sowjetischen Imperialmacht verwandeln sollte.

Widerstand gegen die Aufständischen gab es kaum. Der von dem Universitätsprofessor Marcelo Caetano nur noch verwaltete „Estado Novo" des 1970 verstorbenen Diktators Salazar war erloschen, sein Erbe in sich zusammengesunken – wie ein Reglement ohne Inhalt. Vier Tote forderte der Aufstand.

Der vom Offiziersputsch keineswegs überraschte Regierungschef Caetano hatte sich bereits in das Hauptquartier der ihm treuen republikanischen Nationalgarde am Largo do Carmo begeben – eine Rattenfalle mitten in Lissabon. „Ich ergebe mich nur einem General", sagte der Professor. Der General, dem Caetano dann per Telefon die Regierungsgeschäfte übergab, hieß Antonio de Spinola. Diesen konservativen Offizier hatten die aufständischen Militärs seiner Popularität wegen auf ihren Schild gehoben.

Spinolas Buch „Portugal e o Futuro" hatte das Land ein halbes Jahr zuvor wachgerüttelt. Der ehemalige Befehlshaber von Guinea, Bissau, zeigte darin Wege auf, wie der militärisch nicht mehr zu gewinnende Zermürbungskrieg in den Kolonien beendet werden könnte. Die portugiesischen „Provinzen" in Afrika sollten als selbständige Staaten dem Vorbild des britischen Commonwealth folgen.

Indirekt ermunterte der General auch die unzufriedenen Hauptleute zum Putsch der „Bewegung der Streitkräfte" (MFA). Daß deren Verbindungsoffiziere zur Kommunistischen Partei, Major Melo Antunes (später Außenminister) und Oberstleutnant Vasco Goncalves (später Ministerpräsident), bei einem geheimen Treffen mit dem ZK im Prager Exil längst die Weichen in eine ganz andere Richtung gestellt hatten, wußten damals nur ganz wenige.

Der innere Konflikt der „Revolution der Roten Nelken" war somit vorprogrammiert. Schon nach wenigen Tagen, als die Massen der Arbeiter zu ihrer ersten freien Mai-Kundgebung aufmarschierten, ließ der weißhaarige KP-Chef Alvaro Cunhal den bürgerlich wirkenden Sozialistenführer Mario Soares spüren, daß er, Cunhal, und seine Partei die Macht im neuen Staat beanspruchten. Die Generale der zunächst noch neutralen „Junta der Errettung", die Minister des ersten Allparteienkabinetts und schließlich der Kavallerie-General Antonio de Spinola im Präsidentenpalais von Belem



Portugals erster Präsident: Antonio de Spinola

selbst – sie alle durften nur den Schleier halten, hinter dem sich die eigentliche Revolution vollziehen sollte.

Lissabon ging unter in einem Meer von roten Fahnen. Spinola, der sich schon als Portugals de Gaulle wähnte, schickte in naiver Selbstüberschätzung eine Marinekapelle auf den Rossio-Platz. Mit munteren Weisen sollten die blauen Musikanten jene Dauerredner übertönen, die dort am Fuße des Denkmals in der Pose ihres Vorbildes Lenin die Revolution predigten: „Alle Waffen dem Volke!



Kopf der roten Generale: Othelo Carvalho

Schlagt die Kapitalisten tot!" Tausende flohen, setzten sich ab nach Spanien, Frankreich oder Brasilien. Und mit ihnen ging ein Großteil des später bitter entbehrten Kapitals.

Noch bevor die bürgerlichen Parteien verboten und Spinola schrittweise entmachtet und schließlich (März 1975) ins Ausland verjagt wurde, begann die Sozialisierung der Wirtschaft. Arbeiter übernahmen Betriebe in Selbstverwaltung, kommunistische Funktionäre besetzten an der Spitze ganzer Heere von Tagelöhnern Güter und Höfe in der Algarve. Aber nicht, um den Boden unter die wahrhaftig bitterarmen Landarbeiter zu verteilen, sondern um nach sowjetischem Vorbild riesige Kolchosen zu bilden. Ihre Unwirtschaftlichkeit riß ein bis heute noch ungestopftes Loch in den Staatshaushalt. Vorgeplante Streikwellen legten die Industrie lahm, führten zur Verstaatlichung der Banken und Versicherungsinstitute.

750 000 „Retornados", aus den ehemaligen Kolonien in Afrika vertrieben, kamen nach Portugal – Weiße und Schwarze. Denn gegen die Beschlüsse der Regierung und gegen Vereinbarungen mit afrikanischen Widerstandskämpfern übergaben Offiziere wie der „rote Admiral" Rosa Coutinho die bis dahin blühenden und jetzt bitterarmen Kolonien ausschließlich an jene Organisationen, die sich mit der Sowjetunion verbündet hatten.

Der erste Widerstand gegen die rote Militärregierung des inzwischen zum Regierungschef avancierten Oberst Goncalves und des „Copcon"-Generals Otello Carvalho erhob sich, als Panzer die Auslieferung der letzten noch unzensierten Zeitung, der sozialistischen „Republica", mit Gewalt verhinderten. „Wir sind nicht die Stiefelputzer der Armee", wehrte sich tapfer der Sozialist Mario Soares vor Hunderttausenden von entschlossenen Anhängern.

Soares' Mut gab auch den eingeschüchterten, physisch bedrohten Gruppen des bürgerlichen Lagers neue Hoffnung. Von Norden her zogen Zehntausende armer Bauern mit ihren Priestern nach Fatima, um vor dem Muttergottesbild zu beten: „Befreie uns vom Kommunismus." KP-Chef Cunhal: „Niemals wird es in diesem Lande freie Wahlen geben."

Aber schon brannten die ersten Parteilokale der KP im Norden des Landes. Der aufgestaute Haß brauchte nur organisiert zu werden. Die in die Kasernen zurückgekehrte Truppe besann sich. Und endlich, 1976, wurde die versprochene Demokratie Wirklichkeit – mit freien Wahlen, einem Parlament und einer zivilen Regierung.

Und heute, zehn Jahre nach der Revolution? Ein Bild der Resignation, trotz einer stabilen Koalitionsregierung der linken Mitte unter Mario Soares. Inflation und Massenarbeitslosigkeit, die Verschuldung des Staates und die fortschreitende Verarmung des einzelnen ließen Portugal, wie schon oft in seiner Geschichte, in jene unheilvoll lähmende Sehnsucht nach einem messianischen Retter zurücksinken. Im Unfalltod des sprunghaft ungeduldigen Ministerpräsidenten Sa Carneiro (Dezember 1980) wiederholte sich für die Volksseele das Schicksal des jungen Königs Sebastao, der vor 450 Jahren in der ersten Schlacht eines aussichtslosen Kreuzzuges verschollen blieb und dessen mystische Wiederkehr das Land aus aller Not helfen sollte.

Die Ursachen des wirtschaftlichen Abstieges seit 1974 liegen klar auf der Hand. Aber die Portugiesen drohen im Fatalismus zu verharren.

Im April 1984 ging suchend ein einsamer Otello Carvalho auf dem Lissaboner Flohmarkt von Stand zu Stand. Diebe hatten sein Auto aufgebrochen und jenes Radio gestohlen, aus dem er einst das Lied seines Triumphes „Grandola, vila morena", hörte.

Steuerreform FDP attackiert Lothar Späth

hey. Bonn

Mit ungewöhnlicher Schärfe hat die FDP jüngste Äußerungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) zur Steuerreform zurückgewiesen. Außer ihm und SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel gebe es niemanden, so gestern FDP-Sprecher Herbert Schmülling, „der die dringend notwendige Tarifsenkung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben" wolle. Es werde „höchste Zeit", daß Späth „sein Störfeuer" gegen die zuletzt von den Parteivorsitzenden Helmut Kohl, Franz Josef Strauß und Hans-Dietrich Genscher geführten Beratungen über dieses Thema einstelle. Schmülling hielt dem CDU-Politiker „klassenkämpferische Parolen" vor, die auch wegen einer Gefährdung der Vertrauensbildung „in höchstem Maße bedenklich" seien. Späth hätte die 35-Stunden-Woche klar ablehnen sollen.

François-Poncet und die Schwelle

DW. Bonn

Die WELT veröffentlichte in ihrer Samstagausgabe (21. April 1984) den Inhalt eines Gesprächs mit dem früheren französischen Außenminister Jean François-Poncet. In diese Veröffentlichung hat sich bedauerlicherweise ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Am Ende des sechsten Absatzes hieß es in dem Beitrag: „Neue konventionelle Waffen dieser Art kommen der pazifistischen Bewegung in Deutschland entgegen und führen alle europäischen Staaten zu einer neuen Strategie, ihre Nuklearschwelle zu *senken*". Richtig mußte es aber heißen: „...und führen alle europäischen Staaten zu einer neuen Strategie, ihre Nuklearschwelle *anzuheben*".

Nur wenige Anträge auf Rückkehrhilfe

Rei. Bonn

Nur 5500 Anträge auf Rückkehrhilfe für ausländische Arbeitnehmer gingen bis Mitte März bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ein. Am 30. Juni, also in gut zwei Monaten, läuft das Programm aus. Ausländische Arbeitnehmer, die seit November 1983 wegen Konkurs oder Stillegung des Betriebes ihre Arbeit verloren oder länger als sechs Monate kurzgearbeitet haben, erhalten 10 500 Mark und zusätzlich 1500 Mark für jedes Kind. Die Arbeitnehmerbeiträge zur Rentenversicherung können ohne zweijährige Wartezeit zurückgefordert werden. Die Bundesregierung hatte mit 19 000 Anträgen gerechnet.

Nach Angaben aus Nürnberg werden vier Fünftel der Anträge von rückkehrwilligen Türken gestellt. Es mußten jedoch schon 1500 wegen fehlender Anspruchsvoraussetzungen abgelehnt werden. Der SPD-Abgeordnete und frühere Staatssekretär im Arbeitsministerium, Rudolf Dressler, nannte die Aktion „einen Schuß in den Ofen". Die Regierung wollte jedoch Mitnahmeeffekte verhindern. Inzwischen wird aber eingeräumt, daß man sich möglicherweise auch verschätzt habe. Im Arbeitsministerium wird darauf hingewiesen, daß man insgesamt mit 55 000 Anträgen auf Rückzahlung der Rentenbeiträge gerechnet habe. Bis Mitte März seien schon 35 000 gestellt worden.

Seit Ende März wird die Rückkehrhilfe auf Wunsch zu 75 Prozent gegen geringe Kosten vorfinanziert, also schon in der Bundesrepublik ausgezahlt. Der Rest wird erst nach Grenzübertritt fällig. So soll verhindert werden, daß unseriöse Geschäftemacher Profite einstreichen. Auch können die Rückkehrer noch in der Bundesrepublik Ausrüstungen für die Arbeit in der Heimat einkaufen. Die Regierung erhofft sich davon einen neuen Antragsschub.

Geißler will flexiblere Ladenschlußzeit

AP, Bonn

Bundesfamilienminister Heiner Geißler hat einen neuen Vorstoß für eine Lockerung der gesetzlich festgeschriebenen Ladenschlußzeiten unternommen. Im Bonner Pressedienst der Union schrieb der CDU-Generalsekretär, eine Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten müsse auf dem CDU-Parteitag Anfang Mai in Stuttgart „vorurteilsfrei diskutiert und überprüft werden".

Der Vorschlag Geißlers entspricht einer alten Forderung der FDP und der Verbraucherverbände. Widerstand dagegen hatten bisher Gewerkschaften und Einzelhandel geleistet. Den Bedenken hielt Geißler entgegen, das Ladenschlußgesetz habe die Konzentration im Einzelhandel nicht aufgehalten, sondern Anpassungen verhindert. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit würde die Arbeitsplätze in dieser Branche attraktiver machen und neue Arbeitsplätze schaffen.

Kritik Kellys an den Grünen

dpa, München

Die kürzlich abgelöste Sprecherin der Grünen im Bundestag, Petra Kelly, hat sich tief enttäuscht über ihre Partei geäußert. „Sie theoretisieren, quatschen alles tot, denken nur an sich selber und tun wenig", kritisierte sie die Arbeit der Fraktion in der Illustrierten „Quick".

„Wir schieben die wirklich wichtigen politischen Fragen oft unerledigt vor uns her", meinte Frau Kelly. Alles Nebensächliche werde dagegen mit ungeheurem Zeitaufwand breitgetreten. Zur Neuwahl der aus sechs Frauen bestehenden Sprecherriege der Grünen im Bundestag sagte die ehemalige Sprecherin: „Sie haben getrickst. Ich wurde nicht informiert. Die Strategie war leider männlich."

„Stalinistischer Charakter“ und „neue Knechtschaft des Volkes“

Wie sich Jugoslawiens liberale Avantgarde in den Medien äußert / Gadenlose Kritik

CARL GUSTAF STRÖHM, Zagreb

In den Medien und der Presse Jugoslawiens dringe eine „gefährliche“ Tendenz vor. Sie versuche, eine „Sozialdemokratisierung“ des kommunistischen Systems zu bewerkstelligen. „Schlimmstenfalls“ sei ihr Ziel sogar die Verwandlung des Tito-Staates in ein „peripheres Land der liberalen Demokratie“ unter „voller Kontrolle der Metropolen des Weltkapitals“.

Mit diesen Worten schlug der Chef-Ideologe der kroatischen Kommunisten und Zagreber Kulturgewaltige Stipe Suvar jüngst auf einer Sitzung der kroatischen ZK-Kommission für ideologische Fragen Alarm. Suvar erinnerte die jugoslawischen Journalisten daran, daß sie kein Recht hätten, sich als „selbständiger“ Faktor „außerhalb der sozialistischen Kräfte“ (also außerhalb der Partei) aufzuführen. Das war eine Art letzte Warnung vor der Festnahme der Regimekritiker zu Ostern.

Suvar bezeichnete Teile der jugoslawischen Presse und Publizistik sogar als „Bastionen des Angriffs verschiedener anti-sozialistischer und anti-kommunistischer Gruppen und Einzelpersonen“. Gewisse Journalisten verbreiteten in letzter Zeit die These, daß „alle Politiker verantwortlich seien“ – nämlich für den traurigen ökonomisch-politischen Zustand des Landes.

Auf „hysterische Weise“ werde von Teilen der jugoslawischen Publizistik sogar die Auffassung verbreitet, daß die Politiker das Land in den Untergang geführt hätten, daß mithin alle Politiker unfähig seien, daß die Politik als solche „schmutzig“, während andererseits der Journalistenberuf „sauber“ sei. Folglich träten die Journalisten als „Richter mit sauberen Händen“ über die kommunistischen Politiker auf.

In der Tat muß sich die jugoslawische KP in letzter Zeit erhebliche Sorgen um den Zustand der öffentlichen Meinung ihres Landes machen. In den Belgrader Theatern haben „regimekritische“ Stücke von Dissidenten den größten Erfolg – etwa die „Schlacht von Kolubara“ des aus der Partei ausgetretenen Dobrica Cosic oder ein im Studentenzentrum aufgeführtes Schauspiel unter dem vielsagenden Titel „Die mißglückte Neujahrsfeier 1954“, in dem in gewisser Weise der erste Dissident des Landes, der von der Partei verfemte Milovan Djilas, „rehabilitiert“ wird.

Auf den jugoslawischen Bestseller-Listen stehen das überaus kritische Buch des angesehenen Nationalökonomen Branko Horvat mit seiner erbarmungslosen Kritik am kommunistischen Wirtschaftssystem – und, als besondere „Bombe“, das Memoirenwerk des slowenischen Alt-Partisanen und Ex-Kommunisten Vitomir Zupan „Levitan“. Hier beschreibt der Autor, der sich inzwischen offen als „Anarchist“ bekennt und sich gegen jegliche staatliche und parteipolitische Autorität ausspricht, sein Schicksal als politischer Häftling in jugoslawischen Gefängnissen der Tito-Ära.

Die kommunistische Parteiführung Serbiens, auf deren Druck hin die nonkonformistische Literaturzeitschrift „Knjizevne Novine“ vorläufig ihr Erscheinen einstellen mußte, hat inzwischen mit anderen Verlagen und Zeitschriften gleichfalls großen Ärger.

So hat Mica Popovic, einer der bedeutendsten zeitgenössischen akademischen Maler Jugoslawiens, in der vom kommunistischen Jugendverband herausgegebenen Zeitschrift „Ideje“ jüngst wörtlich erklärt: „Es war allen klar, daß der Kampf der Partisanen nur ein Vorwand war, um bei uns ohne politische Freiheit die Macht zu übernehmen.“ Mica Popovic, der selber als aktiver Partisan und Titoist begann, sich aber schon vor Jahren sowohl mit der Partei als auch mit Tito persönlich überworfen hat, meinte jetzt in der Belgrader Jugendzeitschrift, die neuen kommunistischen Machthaber hätten 1945 die politischen und menschlichen Freiheiten abgeschafft und damit ein Mehrparteien-System verhindert.

Popovic sprach schließlich vom – wie er sagte – „stalinistischen Charakter“ der gesamten Nachkriegs-Entwicklung Jugoslawiens und von einer „neuen Knechtschaft“ des Volkes unter dem Kommunismus. Serbien, so heißt es in dem Interview, habe nur einmal in seiner Geschichte eine kurze Periode politischer Freiheit und Demokratie gekannt – nämlich unter dem Königshaus Karadjordjevic, von 1903 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs.

„Die Botschaft (des Malers) ist eindeutig: Die Kommunisten haben das Volk getäuscht, viele Opfer waren sinnlos.“ So reagierte Momcilo Baljak, Mitglied des serbischen Parteipräsidiums, auf die offenherzigen Worte des Malers Popovic.

Brasilien: Soldaten abgezogen

AFP, Brasilia

Die brasilianische Armee hat die Soldaten vor der Universität von Brasilia abgezogen, die Stunden zuvor nach Protestversammlungen gegen die Notstandsmaßnahmen umstellt worden war. Sie waren für den Raum Brasilia verhängt worden, weil die Regierung zur Parlamentsabstimmung über die Wiedereinführung der Direktwahl des Präsidenten am Mittwoch Demonstrationen und Tumulte befürchtete.

Der Rektor der Universität, José Carlos de Azevedo, hatte am Montag beschlossen, daß die Universität bis Donnerstag geschlossen bleibt. Azevedo hatte die Studenten darauf aufmerksam gemacht, daß im Rahmen der Notstandsmaßnahmen jede Versammlung und Kundgebung verboten sei. „Ich will nicht für das verantwortlich sein, was geschehen könnte“, hatte er gewarnt. Dennoch hatten die Studenten, die bis Donnerstag in der Universität bleiben, die Vorlesungen aber boykottieren wollten, zwei Versammlungen abgehalten, an denen 2 000 Personen teilnahmen. Die Armee umstellte daraufhin die Universität, ohne jedoch auf den Campus einzudringen.

Die Studenten verließen später die Universität ohne Zwischenfälle. An der 1962 gegründeten Universität sind rund 9 000 Studenten eingeschrieben. Am Freitag waren vor der Kathedrale von Brasilia neun Personen, darunter zwei Journalisten, bei der Verteilung von Flugblättern für die Direktwahl festgenommen, jedoch 24 Stunden später wieder freigelassen worden.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Deutschlandfunk

Sehr geehrte Herren,

erlauben Sie uns zu dem Beitrag „Noch immer begreift Bonn den Wert der Ost-Sendungen nicht“ von Carl Gustaf Ströhm in der WELT vom Montag, dem 16. April, einige ergänzende Bemerkungen:

1. Der Deutschlandfunk ist nicht, wie Herr Ströhm schreibt, „ein innerdeutscher Sender“, sondern veranstaltet laut Gesetz Rundfunksendungen „für Deutschland und das europäische Ausland“.

2. Der Deutschlandfunk sendet nicht nur, wie Herr Ströhm meint, „in einigen osteuropäischen Sprachen“ (diese sind Polnisch, Tschechisch, Slowakisch und Ungarisch). Er strahlt außerdem auch Informationsprogramme in dänischer, englischer, französischer, italienischer, niederländischer, norwegischer und schwedischer Sprache aus.

3. Die Rundfunksendungen für Osteuropa sind nicht, wie Herr Ströhm schreibt, 'zersplittert'. Auf diesem Feld arbeiten vielmehr Deutschlandfunk und Deutsche Welle seit der Abgrenzungsvereinbarung von 1977, welche die bisherige Doppelarbeit beendete, in sinnvoller Weise unter Benutzung der beiderseitigen technischen Möglichkeiten zusammen.

4. Wenn Herr Ströhm schreibt: „In einem Land wie Polen, dorthin strahlt der Deutschlandfunk aus, spielt die Bundesrepublik im Äther so gut wie keine Rolle“, so kennt er offensichtlich die Fakten nicht. Diese besagen: Aufgrund von Umfragen renommierter Institute im Westen beträgt die ermittelte Zahl erwachsener Hörer in Polen zur Zeit etwa 3,7 Millionen. An Hörerzuschriften empfing die Polen-Redaktion des Deutschlandfunks im Jahre 1983 17 858 Briefe aus allen Teilen Polens. An dem alljährlich veranstalteten Quiz '3 aus 6 – was wissen Sie von Deutschland?' beteiligten sich im vergangenen Jahr 13 401 Hörer. Zum jetzt ausgestrahlten neuen Sprachkurs 'auf deutsch gesagt' liegen der Redaktion bereits rund 5 000 Bestellungen des Begleitbuches vor. Täglich treffen etwa 50 weitere Bestellungen ein.

Mit freundlichem Gruß
Deutschlandfunk, Presseabteilung

Menschenhandel

„Der Landgraf könnte“: WELT vom 2. April

Sehr geehrter Herr von Loewenstern,

gelungen finde ich Ihre Glosse über die mangelhaften Geschichtskenntnisse des Herrn Bölling, der einen Zusammenhang leugnet, eine Parallele, zwischen dem Menschenhandel, den Honecker mit zehntausenden seiner Untertanen treibt – tatsächlich sind es Untertanen, denn in einem Staatswesen, das, gemäß der durchaus richtigen Definition von Willy Brandt, weder demokratisch ist, noch eine Republik, kann man von „Staats-bürgern“ der Zone, von „Staatsbürgern“ Mitteldeutschlands, ja nicht sprechen! – mit der Vermietung hessischer Landeskinder als Soldaten an Großbritannien im 18. Jahrhundert.

Erstens gab es einen Kurfürsten von Hessen-Kassel erst ab 1801 (offiziell erst ab 1803), zweitens hatte der Landgraf, wie Sie ebenfalls sehr richtig ausführen, seine Soldaten nicht an Großbritannien verkauft, sondern vermietet.

Auf einen kleinen Irrtum, der Ihnen nun selber unterlaufen ist, möchte ich Sie aber nun doch noch aufmerksam machen: Die Überlassung von 22 000 hessischen Soldaten an England erfolgte im nordamerikanischen Krieg, der von 1776 bis 1782 ging. Mitnichten also konnte Landgraf Karl I., den Sie erwähnen, dies bewerkstelligt haben, denn dieser starb 1730. Vielmehr war dies sein Enkel Friedrich II. (1760 bis 1785), und dessen Sohn Wilhelm IX. (als Kurfürst, d. h. seit 1803, Wilhelm I.), 1785 bis 1821, der im Jahre 1793 noch einmal 8000 Hessen an England vermietete.

H. R. Elmenhorst, Essen

*

(Anm. d. Red.) Hier hat sich insofern ein kleines Mißverständnis eingeschlichen, als in dem Kommentar nicht von einer Vermietung der Soldaten „an England“ die Rede war.

Nur Gründer

„Bürger hatten stets eine offene Hand“; WELT-REPORT vom 29. März

Sehr geehrter Herr Schütte,

da auf diese Weise leicht Legenden entstehen und sich festsetzen, eine kleine Korrektur zu Ihrem genannten Beitrag: Werner von Melle gilt zwar als Gründer der Universität, da er sich jahrzehntelang in verschiedenen Ämtern für ihre Errichtung einsetzte. Ein Spender im eigentlichen Sinne war er aber nie (hätte es wohl auch, mit dem Gehalt eines Schulsenators bzw. später Bürgermeisters, nur begrenzt sein können).

Das Vorlesungsgebäude an der Edmund-Siemers-Allee, 1907, lange vor der Universitätsgründung, gebaut und 1919 zum Uni-Hauptgebäude verwandelt, wurde von eben diesem Edmund Siemers, seines Zeichens Reeder, gestiftet. Darauf beziehen sich wohl die von Ihnen erwähnten 1,2 Millionen Mark. Edmund Siemers gehört überhaupt in die Reihe der großen Mäzene in der Geschichte Hamburgs, denn er stiftete auch das Krankenhaus Edmundsthal-Siemerswalde in Geesthacht.

Dr. Jörg Lippert, Pressestelle, Universität Hamburg

Wort des Tages

„Die immer wieder notwendige Abgrenzung zwischen Freiheit und Autorität bleibt keinem Volke, keiner Zeit und keinem denkenden Menschen erspart: Denn Freiheit ist nicht möglich ohne Autorität – sonst wird sie zum Chaos – und Autorität nicht ohne Freiheit – sonst wird sie zur Tyrannei.“

Stefan Zweig, österr. Autor (1881 – 1942)

Personalien

ERNENNUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** empfing **Frank Owen Abdulah**, den neuen Botschafter von Trinidad und Tobago zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens in Bonn. Der Diplomat, der in Oxford unter anderem Pädagogik studiert hatte und in den 50er Jahren stellvertretender Polizeichef seines Landes war, hat bereits eine beachtliche Diplomatenkarriere hinter sich. Er gehörte unter anderem der High Commission seines Landes in Jamaika und in London an, war an der Botschaft in Ottawa und Gesandter bei den Vereinten Nationen in New York. Von 1973 bis 1975 war er Staatssekretär im Außenministerium, anschließend erneut bei der UNO in New York. 1983 wurde er Hober Kommissar bei seiner Vertretung in London. Sein Dienstsitz wird weiterhin London sein. Der außerordentlich sportliche Botschafter hatte 1979 für seine Mannschaft an den Kricket-Weltmeisterschaften in England teilgenommen.

*

Hinome Tarua wurde Botschafter von Papua-Neuguinea in Bonn. Auch er hat seinen Dienstsitz in London, wo er ebenfalls als Botschafter akkreditiert ist. Der Diplomat, der bereits von Bundespräsident Carstens empfangen wurde, hatte Jura studiert. Er war auf Posten in Neuseeland und bei der UNO in New York, wurde 1982 Sekretär der Kommission seines Landes für den Öffentlichen Dienst und im gleichen Jahr Staatssekretär im Amt des Premierministers. Tarua, Jahrgang 1942, gilt als hervorragend informierter Vertreter der jungen Inselstaaten im Südpazifik.

*

Der Augsburger Domkapitular **Karlheinz Braun** wird neuer Bischof von Eichstätt. Der von Papst **Johannes Paul II.** ernannte Bischof stammt aus Kempten im Allgäu, wo er 1930 geboren wurde. Er studierte Theologie und Philosophie an der Päpstlichen Gregoriana-Universität und empfing 1948 die Priesterweihe. Danach ging er als Kaplan nach Murnau und in den sechziger Jahren zu weiteren Studien des Kirchenrechts an die Gregoriana-Universität in Rom. In den Jahren zwischen 1966 und 1972 war er Sekretär des Augsburger Bischofs. Seit 1972 ist er Domkapitular in Augsburg und Bistumstheologe. Der Bischof von Eichstätt ist auf Grund eines vatikanischen Dekrets von 1980 Großkanzler der Katholischen Universität Eichstätt, die die einzige Katholische Universität in Deutschland ist.

GEBURTSTAG

Professor Dr. med. **Wilhelm Eickhoff**, ehemaliger Leiter und Gründer des Pathologischen Instituts Duisburg am Bethesda-Krankenhaus, feiert am 26. April seinen 75. Geburtstag. Unter den sehr schwierigen Bedingungen der Nachkriegszeit gründete Professor Eickhoff 1949 das Institut und leitete es bis 1974. Seit diesem Zeitpunkt ist das Institut für Pathologie eine selbständige Abteilung des Bethesda-Krankenhauses.

Rowlands Freude am ‚Observer‘ währte nur drei Jahre

Die Pressefreiheit für die älteste Sonntagszeitung der Welt endete beim ersten Interessenkonflikt

FRITZ WIRTH, London

Der Londoner „Observer“, die älteste Sonntagszeitung der Welt, steht zum Verkauf. Es ist der vorläufige Höhepunkt eines Konflikts zwischen dem Besitzer Rowland und dem Chefredakteur des Blattes. Rowland hat über diesen Konflikt die Freude an seinem vor drei Jahren erworbenen Blatt verloren.

Der Zorn und das Mißvergnügen des Roland („Tiny“) Rowland an seiner eigenen Zeitung explodierten schlagartig, als er vor einer Woche eine Reportage seines Chefredakteurs Donald Trelford über Massaker und Grausamkeiten der Soldaten des Regierungschefs von Zimbabwe, Robert Mugabe, lesen mußte. Trelford hatte von einer 24stündigen Reise ins Matabeleland Dokumente mitgebracht, die diesen Terror nach seiner Meinung zweifelsfrei belegten.

Öffentlicher Tadel für Chefredakteur

Rowland hatte zuvor vergeblich versucht, die Veröffentlichung dieser Reportage zu stoppen. Nachdem sie erschienen war, tadelte er öffentlich seinen Chefredakteur, nannte die Reportage „sensationalistisch und falsch“ und entschuldigte sich in einem Schreiben an Regierungschef Mugabe für diesen Artikel.

Für dieses Verhalten Rowlands gab es naheliegende Gründe. Obwohl Mugabe ein überzeugter Marxist ist und Rowland nicht minder überzeugt an die Vorzüge des Kapitalismus glaubt, verbindet beide Männer seit Jahren enge Freundschaft. Sie basiert auf einer Zweckehe von Interessen. Rowland hat als Chef der Firma Lonrho sehr umfangreiche wirtschaftliche Interessen in Afrika und besonders im früheren Rhodesien. Und der Staat Mugabes profitiert von den Geschäften Lonrhos mit.

Es waren genau diese beträchtlichen geschäftlichen Interessen Rowlands in Afrika, die vor drei Jahren in der Redaktion des „Observer“ erhebliche Widerstände gegen den Verkauf ihres Blattes vom bisherigen Besitzer „Atlantic Richfield“ an Rowland auslösten. Die Monopolkommission wurde angerufen, der Rowland die ausdrückliche Versicherung gab, daß er niemals die journalistische Unabhängigkeit seiner Redakteure behelligen werde. Er sagte sogar wörtlich: Wenn er vor der Wahl stünde, den „Observer“ in Zaum zu halten oder andere Interessen Lonrhos aufs Spiel setzen zu müssen, würde er unter keinen Umständen versuchen, dem „Observer“ Grenzen aufzuerlegen, wie im 90seitigen Bericht der Monopolkommission vom 29. Juni 1981 nachzulesen ist.

Genau diese Situation aber war nach der Reportage des „Observer“-Chefredakteurs entstanden. Es kam zwischen Rowland und Chefredakteur Trelford zu selbst für Fleet-Street-Begriffe außergewöhnlichen öffentlichen rhetorischen Kampfhandlungen. Die gesamte Redaktion stellte sich hinter Trelford, und das war dann der Augenblick, an dem Rowland die Lust an seiner Zeitung verlor, die vor drei Jahren, als er sie kaufte, einen jährlichen Verlust von umgerechnet 20 Millionen Mark machte, der bis heute auf vier Millionen Mark jährlich reduziert wurde.

Kontakte zum Möchtegern-Verleger

Rowland nahm Kontakt zum heißhungrigsten Möchtegern-Zeitungsverleger in Großbritannien, dem gebürtigen Tschechen Robert Maxwell, auf. Maxwell hatte in den letzten Jahren vergeblich versucht, die „Times“, die „Sunday Times“, den „Observer“ und den „Evening Standard“ zu kaufen. Beide arrangierten für Dienstag morgen ein Verkaufsgespräch im Hotel „Claridge's“, und das nicht ohne Bedacht. Vor genau drei Jahren erwarb Rowland den „Observer“ bei einem Frühstück im gleichen Hotel.

Maxwell, ein ehemaliger Labour-Unterhausabgeordneter, war mit dem festen Vorsatz in die Verhandlungen gegangen, das Blatt zu kaufen, „wenn der Preis stimmt“. Seine Vorstellungen lagen zwischen 12 und 20 Millionen Mark. Er hatte zuvor versichert, daß er Trelford als Chefredakteur im Amt behalten wolle, weil er ihn – im Gegensatz zu Rowland – für einen „exzellenten Journalisten“ hält.

Zugleich jedoch ließ er keine Zweifel, daß auch unter seiner Eignerschaft die journalistische Freiheit des „Observer“-Chefredakteurs seine Grenzen habe. Er würde es nicht dulden, sagte er beispielsweise, daß das Blatt weiterhin „eine Vendetta gegen Frau Thatcher“ führe. Damit meinte er die sogenannte „Oman-Affäre“, die der „Observer“ vor einigen Monaten gestartet hatte, als er der britischen Premierministerin unterstellte, bei ihrem Oman-Besuch und ihren Gesprächen über die Vergabe eines großen Bauvertrags nicht scharf genug die britischen nationalen Interessen und die ihres Sohnes auseinandergehalten zu haben.

Ein Alptraum wird wahr: Eine Gruppe von Entführern hält eine Stadt mit einer Atombombe in Schach

Vor der Tragödie kommt erst mal der Werbeblock

Ein ganz normaler Fernsehalltag für den (fiktiven) Sender RBS in New York. Der Werbeblock ist soeben gelaufen, es folgen die Frühnachrichten. Der erste Beitrag ist eine Routine-Reportage von einem Hafenarbeiterstreik in Charleston, South Carolina. Reporter Steven Levitt schildert die vorangegangenen Ereignisse, als sein Bericht plötzlich durch Schüsse unterbrochen wird. Einige Entführer haben zwei Männer der Küstenwache auf ein Boot gebracht. Levitt und sein Kameramann Takashima, die sich zu nahe an den Schauplatz des Geschehens herangewagt haben, werden ebenfalls gefangen genommen.

Die Entführer verlangen Sendezeit, um ihr Anliegen vorzutragen. Einen besseren Fang als den Reporter und seinen Kameramann hätten sie also gar nicht machen können. Aber auch für den Journalisten ist dieser Vorfall die Chance seines Lebens, wie einer der Kidnapper zynisch bemerkt. Unter ihnen ist Dr. Bruce Lyman, ehemals Mitarbeiter im Pentagon, der ihr Anliegen zur Sprache bringt: Sämtliche atomaren Sprengköpfe, die im Raum Charleston gelagert sind, sollen im Hafen aufgestapelt werden – „als Zeichen für die Bereitwilligkeit der USA zur Abrüstung." Falls die Regierung auf die Forderung der Entführer nicht reagiert, wird eine an Bord befindliche Atombombe am folgenden Tag um 18.00 Uhr gezündet werden. „Wir tun dies nicht aus Zorn", so begründet Lyman seine Forderung, „sondern als eine verzweifelte Bitte in der Hoffnung auf dauerhaften Frieden."

Nun beginnt ein nervenaufreibender Wettkampf, der sich im wesentlichen auf zwei Schauplätzen abspielt: in der Bootskajüte, wo die Stimmung bei den Entführern, die durch einen Monitor mit der Außenwelt verbunden sind, immer gereizter wird, und im Nachrichtenstudio der RBS, in dem die Moderatoren John Woodley

Achtung! Sondersendung! – ARD, 20.15 Uhr

(Ed Flanders) und Susan Myles (Kathryn Walker) die Ereignisse kommentieren. Bleiben sie zunächst noch ganz sachlich und cool im Bewußtsein um den „scoop", den sie exclusiv ihren Zuschauern präsentieren können, so werden auch sie mit der Zeit immer nervöser. Man spürt förmlich ihre feuchten Hände, und das Unbehagen überträgt sich auch auf den Zuschauer.

„Achtung! Sondersendung!" ist mehr als nur ein Film über eine ausweglose Situation, die durch atomare Erpreßbarkeit möglich wurde. Er ist auch und vor allem ein Film über das amerikanische Fernsehen, seine Strukturen, seine Mechanismen und die Belastbarkeit der Menschen, die in diesem Metier arbeiten. Emotionen sind hier tunlichst zu unterlassen, denn es gilt, wie für das Showbusiness, die Parole: „The Show must go on!" Der Zynismus dieses Slogans erreicht in dem Film seinen Höhepunkt, wenn die Moderatoren am Ende des Alptraums zur Alltagsroutine zurückkehren – ganz so, als sei nicht das geringste geschehen.

„Special Bulletin", wie der Film im amerikanischen Original heißt, wurde im vergangenen Jahr mit vier „Emmies" ausgezeichnet, den „Oscars" des Fernsehens. Er ist vor allem ein Film über die Kaltschnäuzigkeit des Mediums Fernsehen. Wann immer die Spannung einem neuen Höhepunkt zustrebt, unterbricht – in der Originalversion – ein „echter" Werbeblock die Sendung. Aus rechtlichen Gründen mußte sich der WDR da mit buntschillernden Farbspielen und dem Schriftzug *Werbeblock* begnügen.

Autor Herskovitz hat also mit seinem Film eines der brisantesten Themen aufgegriffen, die derzeit die Gemüter bewegen, und es ist zu begrüßen, daß unsere Anstalten trotz des kürzlichen Streites um den Film „Im Zeichen des Kreuzes" (produziert von WDR und SFB) das Thema über einen möglichen atomaren Unfall erneut aufgegriffen haben. Geschickt, wenn auch nicht ohne reißerische Krimi-Effekte, treibt Herskovitz die Spannung voran. Dabei wird der Schauplatz der Katastrophe eigentlich zweitrangig: Mag der atomare Konflikt auch auf eine kleine Fläche begrenzt sein, in ihm spiegelt sich zweifellos brandaktuelle Zeitgeschichte.

Es ist freilich unwahrscheinlich, daß ein Zuschauer, der sein Gerät heute abend zu spät einschaltet, dem Irrtum erliegen könnte, er sähe eine reale Nachrichtensendung. Das Studio, in dem die Moderatoren dem Geschehen genauso machtlos zusehen müssen wie das Publikum am Bildschirm, ist echt amerikanisch und meilenweit von der trockenen „Tagesschau" und dem vielleicht etwas weniger trockenen „heute" entfernt. Um jedoch eine Reaktion zu vermeiden, wie sie 1938 das Hörspiel „Invasion der Marsmenschen" von Orson Welles hervorrief (ein Exodus der Bewohner New Yorks fand statt, um den vermeintlichen Eindringlingen zu entkommen), blendet der WDR in regelmäßigen Abständen eine Bildtafel ein mit der Information: „Nichts von dem, was Sie sehen, ist wirklich passiert. Es handelt sich nur um eine realistische Schilderung fiktiver Ereignisse". RAINER NOLDEN

KRITIK

Der Neue an der Elbe

Es ist ein neuer Krimikommissar auf den Bildschirm gekommen, Manfred Krug heißt er, den Kommissar Paul Stoever spielt er, und wenn es je deutlich wurde, was eigentlich der Kommissar in einem TV-Krimi für eine Funktion hat, so diesmal im **Tatort** „ Haie vor Helgoland" (ARD).

Auf einen Nenner gebracht: Der Kommissar ist ein Moderator, von dem man nichts verlangen sollte, außer, die Leute identifizieren sich mit ihm. So betrachtet ist Herr Krug ein geradezu exzellenter Mann. Dazu kommt, daß er diesmal über seinen Schatten gesprungen ist, will sagen, Krug hat sich selber, seine schnodderhafte Eitelkeit und seine Neigung überwunden, in jeder Rolle nur die des Manfred Krug zu spielen. Als hätte er endlich die alte Weisheit begriffen, daß der Krug nur solange zum Wasser geht, bis er bricht.

Krug ging zum Wasser, diesmal war es die Elbe, wo er seine Recherchen über einen Mord auf der „Wappen von Hamburg" ins Bild zu setzen hatte, das heißt, die Geschichte lief folgerichtig und selbständig, wie es sich für einen guten Krimi gehört, und sie wäre ohne Krug genausogut gelaufen, Verzeihung, ohne Stoever.

Aber das ist gerade Krugs Leistung: Sich in eine glatzestreichende Nachdenklichkeit zurückzuziehen, der Story nicht in den Arm zu fallen, bis die Geschichte rund und satt ausklang; mit Krug im Mittelpunkt der Apotheose, versteht sich.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Das **Videotext-Angebot** von ARD und ZDF wird unter der Mitarbeit des Bundes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) bis Ende 1984 als Versuch weiterlaufen. Nachdem die Versuchsphase zunächst am 31. Mai 1984 auslaufen und Videotext von den öffentlich-rechtlichen Anstalten als gemeinsamer Fernsehdienst angeboten werden sollte, wurde diese Verlängerung der Zusammenarbeit mit dem BDZV, genauer mit der WELT, der „Süddeutschen Zeitung", der „Frankfurter Rundschau", der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und dem „Handelsblatt" auf Einspruch des Verlegerverbandes bei den Rundfunkreferenten hin verlängert. Ab dem 1. Januar 1985 wird Videotext reguläres Fernsehangebot und soll dann zusammen mit dem Vormittagsprogramm von ARD und ZDF um 10.00 Uhr beginnen. Der BDZV dringt bei der endgültigen Festschreibung von Videotext als reguläres Rundfunkangebot auf eine staatsvertragliche Lösung für alle Veranstalter. FK

*

Kurz vor seinem 63. Geburtstag starb in Köln der langjährige WDR-Hörfunkreporter **Klaus-Martin Meyer**. Meyer begann seine Karriere nach Kriegsdienst und Studium 1949 beim Südwestfunk. 1956 kam er als Redakteur in die Reportage-Abteilung des WDR in Köln. Seit 1969 war er stellvertretender Abteilungsleiter der Programmgruppe Aktuelles beim Hörfunk, Leiter der Redaktion „Zwischen Rhein und Weser" und der Vorabendsendung „Hier und heute". Er gehörte mit zu den ersten Moderatoren des „Mittagsmagazins".





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Der Leutnant und sein Richter (2)
11.50 Umschau
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Völkerbund zum Schutz der Tiere
WWF – Porträt einer *Naturschutz*-Organisation
Von Heinz Sielmann
Der World Wildlife Fund (WWF) ist *die größte private* internationale Stiftung zur Erhaltung von Tieren und Pflanzen, die vom Aussterben bedroht sind. 1961 wurde die Organisation in Zürich gegründet, zwei Jahre später entstand eine deutsche Sektion.
16.55 Null ist Spitze
6teilige englische Fernsehserie
1. Teil: Ein feuriger Geburtstag
17.20 Kein Tag wie jeder andere
Achims erster Absprung
Film von Christoph Biemann
Achim ist 16, und in diesem Alter darf man, wenn man will und die Eltern einverstanden sind, zum ersten Mal mit dem Fallschirm abspringen. Achim meldete sich zu *einem Trainingskurs* in Leverkusen bei Köln an und wurde erst einmal vom Fliegerarzt gründlich untersucht. Dann mußte er in der Halle Absprung und Landefall üben und auch eine ganze Menge Theorie lernen, bis es endlich soweit war.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Achtung! Sondersendung!
Amerikanischer Fernsehfilm von Marshall Herskovitz
Regie: Edward Zwick
22.00 Fußball-Europapokal
Halbfinale – Rückspiele
AS Rom – Dundee United
Juventus Turin – Manchester United
22.45 Tagesthemen
23.15 Brigitte Bardot – So wie sie ist
Zweiter Teil des Filmporträts von Allain Bougrain-Dubourg
0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Auf der Suche nach dem Stäbchenfisch
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Berufswahl heute
Berufswunsch und Wirklichkeit
Moderation: Andreas Ernst
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Drafi Deutscher, Tommy Steiner
17.50 Bret Maverick
Jagd auf Leben und Tod
Regie: Michael O'Herlihy
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Spielregeln
Jugend und Justiz: Die erste Wohnung
20.15 Kennzeichen D
Mehr als Gottes Wort? – Immer mehr junge Leute kommen in der „DDR" zur Kirche. Was kann die Kirche ihnen geben, was sie bei der FDJ nicht finden? Welche Folgen hat praktiziertes Christentum?
Moderation: Joachim Jauer
21.00 Der Denver-Clan
Das zweite Gesicht
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
22.10 Pfarrer Kuhn antwortet
22.40 Die vierte Zeit
Filmessay von Klaus André
Psychologen belehren uns, daß der Mensch nichts auf der Welt, *nicht einmal den Tod*, so sehr fürchtet wie die Einsamkeit, die Isolierung von den Menschen, die er liebt, das heißt ein Leben ohne Partner. Um die Zuneigung und Liebe wenigstens eines einzigen Menschen für sich zu erlangen und zu erhalten, greift er deshalb oft zu merkwürdigen Mitteln.
0.00 heute



Kathryn Walker und Ed Flanders, die Moderatoren im RBS-Studio (Achtung! Sondersendung! – ARD, 20.15 Uhr). FOTO: KINDERMANN

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Information und Unterhaltung
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitness
Start in die Trimm-Trab-Saison / Ein ausgefallenes Hobby: Professorenkleckse / Die besondere Party-Idee: Eine Rallye durchs Haus
22.15 Solange es Menschen gibt
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Regie: Douglas Sirk
0.15 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Welt des Dschungelbuches (4)
19.15 Praktische Tips
19.30 Landwirtschaft heute
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Die Weltwirtschaftskrise (3)
21.45 Es lebe die Freiheit
Französischer Spielfilm (1931)
Regie: René Clair
23.05 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Die fabelhafte Familie Ko in der Zauberkiste (6)
19.00 Was tun mit der Zeit?
19.30 Der Sternenhimmel im Mai
19.45 Tiersprechstunde
20.15 Stadtgespräch
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 In Zeiten wie diesen
Fernsehkomödie von Wolfgang Bauer
Regie: Wolfgang Bauer
Mit Towje Kleiner, Maresa Hörbiger u. a.

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Rock aus dem Alabama
20.15 Edgar Degas (1834–1917)
Französische Maler des 19. Jh.
21.00 Der Richter von Colorado
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Regie: Henry Levin
Mit Glenn Ford, William Holden, Edgar Buchanan, Ellen Drew u. a.
22.35 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux (9)
Indien

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Klub '84
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Kimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Der Spion (2)
22.30 Z. E. N.
22.35 Vom Wunschtraum zum Alptraum
23.20 Rundschau

NACHRICHTEN

WCT-Finale ohne Lendl

Dallas (dpa) – Der an Nummer zwei gesetzte Ivan Lendl hat am Ostermontag *auf* Anraten seines Arztes Dr. Irving Glick auf die Teilnahme an dem mit 500 000 Dollar dotierten WCT-Finalturnier in Dallas verzichtet. Lendl, der 1982 dieses Turnier gewinnen konnte, hatte bereits in der letzten Woche beim Tennis-Turnier in Monte Carlo verletzt aufgegeben, wobei er Schmerzen an den Nieren und den Beinen als Grund angab.

Thomas Allofs verlängerte

Kaiserslautern (sid) – Thomas Allofs hat beim Fußball-Bundesligaklub 1. FC Kaiserslautern seinen Vertrag um zwei Jahre verlängert. Allofs war zu Beginn der Spielzeit 1982/83 für eine Ablösesumme von 1,1 Millionen Mark von Fortuna Düsseldorf *nach Kaiserslautern gekommen.*

Kuba: Stärkstes Team

Karlsruhe (dpa) – Für den Inter-Cup in der nächsten Woche in Karlsruhe schickt der kubanische Box-Verband seine komplette Olympia-Staffel mit sechs Olympiasiegern und Weltmeistern sowie zwei Weltcup-Gewinnern. An der letzten Olympia-Qualifikation für die Kämpfe des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV) nehmen auch, den bisherigen Meldungen zufolge, rund 150 Boxer aus 20 nationalen Verbänden teil.

Olympia ohne Hussing

Saint Nazaire (sid) – Die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles finden ohne den Superschwergewichtler Peter Hussing (35) statt. Der deutsche Rekordmeister der Amateurboxer scheiterte bei der Olympia-Qualifikation in Saint Nazaire an der französischen Atlantikküste gleich im ersten Kampf mit 0:5-Richterstimmen an dem Bulgaren Petar Stoimenov. Hussing will seine internationale Karriere nun beenden.

ZAHLEN

TENNIS

„Turnier der Meister", Damen, in Lake Buena Vista/Florida: Hanika (Deutschland) – Vermaak (Südafrika) 6:2, 6:1. – Grand-Prix-Turnier in Aix-en-Provence/Frankreich, erste Runde: Lewis (Neuseeland) – Gehring (Deutschland) 6:3, 6:2, Cash (Australien) – Beutel (Deutschland) 7:6, 5:7, 6:2.

BASKETBALL

Qualifikationsturnier zur Europameisterschaft der Junioren: Israel – Island 91:58, Schottland – CSSR 43:96. – Tabelle: 1. CSSR 4:0 Punkte, 2. Deutschland 4:0, 3. Israel 4:2.

MOTORSPORT

Formel-2-EM-Lauf in Thruxton/England (55 Runden = 208,56 km): 1. Thackwell (Neuseeland) Ralt Honda 1:03:11,78 Std., 2. Danner (Deutschland) March-BMW 842 1:03:33,05, 3. Streiff (Frankreich) AGS-BMW 1:04:22,51, alle eine Rd. zur. – EM-Stand nach drei Läufen: 1. Thackwell 24 Punkte, 2. Moreno (Brasilien) Ralt Honda 15, 3. Ferté (Frankreich) Martini-BMW 8, 4. Danner 7.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 4, 16, 24, 27, 33, 43, Zusatzspiel: 42. (Ohne Gewähr).

EISHOCKEY / Der Deutsche Meister plant jetzt eine Mehrzweckhalle für 20 000 Zuschauer

Erst als Köln auf Golonka hörte, war es ein Meisterteam

MARCUS BERG, Köln

Aufs Feiern haben sich die Kölner Eishockey-„Haie", als die sie vermarktet werden, schon immer bestens verstanden, wenn es denn etwas zu feiern gab. Da ließen sie es nie mit kleinen Fischen bewenden. Als unter der Regie des damaligen Präsidenten Dr. Jochem Erlemann 1977 und 1979 die Meisterschaft souverän an den Rhein geholt wurde, ließ man kurzerhand den Karneval wieder aufleben *und mietete sich bei Freibier und Musik* in der großen Sporthalle ein. Die Stadt hatte gefälligst kopf zu stehen.

Erlemann war jetzt wieder in der alten Eishalle, als die „Haie" am Ostermontag mit dem 5:0-Sieg im fünften Finalspiel über den EV Landshut zum dritten Mal den Titel in die Domstadt holten. Der frühere Abschreibungsexperte hatte über die Festtage um Haftverschonung gebeten.

Tausende Fans waren ohne Karten geblieben. Lokalzeitungen hielten das Ereignis im Bild fest, daß sich am frühen Ostersonntag eine fast 400 m lange Schlange in Sechserreihen vor den Kassenhäuschen drängelte. Längst stellte das Interesse am Eishockey den schwindenden Zulauf beim Nachbarn 1. FC Köln in den Schatten.

Erlemanns Nachfolger im Vorstand, die bei ihrem Bemühen, mit dem unseligen Erbe fertigzuwerden, selbst in mancherlei Skandale verwickelt waren und herbe Rückschläge verkraften mußten, ließen's indes nicht weniger fein angehen. Als Holger Meitinger in der 47. Minute mit dem fünften Tor das Debakel für die total geschlauchten Niederbayern perfekt machte, ertönten über den Hallenlautsprecher die Klänge zum Triumphzug aus Verdis Oper Aida. Nach der Schlußsirene wurde der Hit der Rockgruppe „Queen" aufgelegt: „We are the champions". So fühlten sich die Kölner auch.

Nicht simpler Sekt erschäumte über die erschöpften Kölner Spieler und die freudetrunkenen Funktionäre, sondern der Inhalt einer Zwei-Liter-Flasche Champagner bester Marke. Und als man sich von den Fans im Bierzelt getrennt hatte, um zunächst im Rodenkirchener Gartenlokal „Zum Treppchen", wo Kölns Prominenz gerne vor den Toren der Stadt rustikal ißt, und dann in der Nobeldiskothek „Déjà vu" weiterzufeiern, da waren das schlimme Foul, das Erich Kühnhackl schon nach fünf Minuten außer Gefecht gesetzt hatte, und die vielen häßlichen Szenen dieser Endrunde um die 64. deutsche Eishockey-Meisterschaft kein Thema mehr.

Gefeierter Mann im Team war Rainer Philipp. Der 199malige Nationalspieler, dessen Spitzname „Flipper" auf früheren Torinstinkt verweist, mußte 34 Jahre alt werden, um erstmals die Silberschale in Händen halten zu dürfen. „Wir haben sie unbedingt gewollt, wir haben sie mehr gewollt als die Landshuter", jubelte Gerd Truntschka, zweifellos der beste Akteur sämtlicher Endspiele, und verabschiedete sich, um mit den Mitspielern Meitinger und Callander sowie deren Familien in ein mallorquinisches Bungalow-Dorf in Urlaub zu fliegen.

Trainer Joschi Golonka (46), ein temperamentvoller Mann aus Bratislava, der während der Saison den offenen Machtkampf mit einer Reihe seiner Stars suchte und gewann, betreut zweifellos eine Mannschaft, die aus allen Gegenden der Eishockey-Landkarte zusammengekauft wurde. Als es zum Schluß aufgrund der Krankmeldungen eng im Personalbestand wurde, ließ man kurzerhand aus Salt Lake City das kanadische Rauhbein Rob Tudor einfliegen, der mit einer Boxeinlage Sekunden vor dem Ende noch seinem traurigen Ruf gerecht wurde.

Der äußerst geschickte Schatzmeister Clemens Vedder, der im Hintergrund die Fäden zieht und auf dem Transfermarkt die Athleten wie Schachfiguren hin- und herschiebt, hat es verstanden, die Finanzen des Vereins auch mit Hilfe von Mäzenen, die einzelne Spieler über ihre Lohnlisten laufen lassen, zu sanieren. So läßt sich beispielsweise Nationalstürmer Truntschka in Vedders Firmenverbund zum Finanzfachmann ausbilden und erweist sich schon jetzt nach Auskunft seines Chefs hier als ebenso trickreich wie auf dem Eis. Dank dieser Basis können die Kölner die höchsten Gehälter zahlen und, was in dieser Branche schon lange *nicht mehr sicher ist, auch* deren Überweisung garantieren.

Und noch ein Versprechen ließ sich Clemens Vedder abringen: Im Kölner Ortsteil Deutz wollen die Kölner eine Mehrzweckhalle für rund 20 000 Zuschauer errichten. Unterstützung erhofft sich die Eishockey-Abteilung von Fritz Waffenschmidt, Chef des Kölner Basketball-Bundesligaklubs BSC Saturn Köln. Der EV Landshut ist aber dem Gesetz der Serie treu geblieben, daß im deutschen Eishockey der Titelträger seinen Titel im nächsten Jahr nicht erfolgreich verteidigen kann. Dennoch wurden die Niederbayern mit einer Reise belohnt. Sie haben für Erholung und Entspannung von der längsten deutschen Eishockey-Saison, die es je gab, 14 Tage Zeit, die sie gemeinsam in Florida verbringen werden.



Jubel mit Champagner: Kölner Spieler auf der Ehrenrunde. FOTO: DPA

STAND ● PUNKT

Im Glashaus

Peinlich, peinlich! Ausgerechnet das Haus Porsche verstößt gegen ein internationales Reglement und muß eine ganz und gar unnötige Disqualifikation hinnehmen. Zum Auftakt der Langstrecken-Weltmeisterschaft hatte der Gießener Stefan Bellof gemeinsam mit dem Engländer Derek Bell das 1000-km-Rennen von Monza gewonnen. So souverän, als fahre da der künftige Weltmeister.

Doch April, April, in Zuffenhausen haben sie geschlampt, das Auto – ein Werksporsche 956 – war zwei Kilogramm zu leicht. Porsches unergründlicher Treppenwitz: Der zweite Werkswagen, gefahren vom belgischen Titelverteidiger Jacky Ickx und Jochen Mass, brachte das geforderte Gewicht von 850 kg und damit, wie gewohnt, die Siegerschleife ins Schwabenland.

Festzuhalten wäre demnach dreierlei: Erstens bringt ein Gewichtsunterschied von läppischen vier Pfund gar nichts (außer einer Disqualifikation), zweitens haben sie sich bei Porsche derart über die Regeländerungen in dieser Klasse geärgert, daß sie die klassischen 24 Stunden von Le Mans absagten, und drittens hätte in der Hitze von Monza allein schon ein Sack Apfelsinen als Ballast an Bord ausgereicht, um Bellof siegen zu lassen.

Wem die Sache mit den Apfelsinen nicht Porsche-like genug ist: Bei aller Kritik am Irrwitz-Reglement – wer im Glashaus sitzt, sollte dort lieber die Scheiben putzen. KLAUS BLUME

FUSSBALL / Millionen-Einnahmen in Italien

AS Rom zahlt 25 000 Mark Prämie für Einzug ins Finale

sid, Düsseldorf

Italien will heute in den Halbfinal-Rückspielen den englisch-schottischen Traum von drei rein britischen Europapokal-Finals (wie 1966) zerstören. Die beste Chance hat unter den sechs Rivalen aus „Rest-Europa" Juventus Turin. Italiens Rekordmeister und Pokalsieger mit seinen Weltmeistern sowie den Stars Michel Platini und Zbigniew Boniek hat sich mit dem 1:1 bei Manchester United die beste Basis verschafft.

Italiens Idol Paolo Rossi, der mit seinem Tor für das 1:1 sorgte, kann trotz einer Knöchel-Verletzung spielen und ist vor dem zweiten Kräftemessen mit Englands erstem Europacup-Gewinner ebenfalls zuversichtlich: „Mit unserem Publikum als Rückhalt werden wir Manchester schlagen und das Endspiel am 16. Mai in Basel erreichen." Als Finalgegner erwartet der WM-Torschützenkönig Europacup-Verteidiger FC Aberdeen.

Ein glanzvoller Rahmen ist sichergestellt. Das Turiner Stadion ist mit seinen 70 000 Plätzen seit langem ausverkauft. Die Turiner kassieren aus dem Karten-Verkauf die Rekordsumme von 1,14 Milliarden Lira (rund 1,9 Millionen Mark). Dazu kommt aus den Honoraren für Werbung und Fernsehen über eine Million Mark.

Als finanzieller Sieger steht auch Italiens Meister AS Rom vor dem Rückspiel gegen Schottlands Titelträger Dundee United fest. Von den 80 000 Zuschauern im ausverkauften Olympia-Stadion nehmen die Römer den Rekord von 2,1 Millionen Mark ein, der durch Werbe- und TV-Honorar auf über drei Millionen Mark geschraubt wird.

Sportlich ist Roms Situation im Vergleich mit Juventus aber wesentlich schlechter. „Ein 3:0 gegen eine so starke Mannschaft wie Dundee ist zwar kaum möglich, aber wir werden alles tun, um das Wunder noch wahr zu machen und das Finale am 30. Mai im eigenen Stadion zu erreichen", sagte der schwedische Trainer Nils Liedholm. Rom setzt eine Prämie von 25 000 Mark pro Mann für den Einzug ins Endspiel aus.

Für Englands Rekordmeister FC Liverpool soll sich am 30. Mai im Olympia-Stadion von Rom ein Kreis schließen. 1977 gewann Liverpool in Rom mit dem 3:1-Finalsieg über Mönchengladbach erstmals den Pokal der Landesmeister.

Pokal der Landesmeister:
AS Rom – Dundee United (Hinspiel: 0:2 / 15.30 Uhr), Dinamo Bukarest – FC Liverpool (0:1 / 16.00).

Pokal der Pokalsieger:
Juventus Turin – Manchester United (1:1 / 20.30), FC Aberdeen – FC Porto (0:1 / 20.30).

UEFA-Pokal:
Tottenham Hotspur – Hajduk Split (1:2 / 21.00), RSC Anderlecht – Nottingham Forest (0:2 / 20.00).

Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) wird in der Zeit von 22.00 – 22.45 Uhr Ausschnitte von den Spielen AS Rom – Dundee United und Turin – Manchester senden.

TURNEN

Funktionär: Schluß mit der Olympia-Vorbereitung

K.Bl. Bonn

Karfreitagsgespräche: Keineswegs lasse man sich die Freude an der Olympia-Vorbereitung vermiesen, sagten die Eltern der 15jährigen Kunstturnerin Angela Golz. Denn so, wie die zurückgetretene Meisterin Yvonne Haug die Sache darstelle, ginge es nun wirklich nicht. So haben sich acht Elternpaare an die Öffentlichkeit gewandt, um die teilweise „destruktive, unsachliche und negative" Berichterstattung über das hiesige Mädchenturnen zu geißeln. Ihre Kinder seien keine „isolierten, seelenlos funktionierenden Hormonzwerge oder magersüchtige, freudlose Turnmaschinen, sondern fröhliche, selbstbewußte, moderne Mädchen oder junge Frauen, die gewohnt sind, sich frei in einer freien Gesellschaft zu bewegen."

Die Aussagen dieser Betroffenen, aber letztlich Außenstehenden stehen im krassen Widerspruch zu dem, was jetzt ein renommiertes Präsidiumsmitglied des Deutschen Turnerbundes (DTB) in der April-Ausgabe der „Olympischen Jugend" verfaßte. Dr. Heinz Döring, der Bundeskulturwart des DTB, fordert: „Schluß mit der Repräsentation von Sport und Staat durch Kinder und Jugendliche!" Döring, nicht nur Betroffener, sondern auch Verantwortlicher, erläutert: „Ich sage meine Meinung als Erzieher und Mitarbeiter des Kinderschutzbundes und zugleich aus der Kenntnis des Funktionärs beim Deutschen Turnerbund."

Er schreibt: „Wir können und dürfen uns nicht von Kindern, von Unmündigen, im Sport repräsentieren lassen, wenn wir wissen, wie diese Repräsentation entsteht! Die jungen Menschen sind dabei – und wenn es auch nur zwanzig wären – großenteils nichtkindgemäßen und jugendschädigenden Bedingungen ausgesetzt." Und: „Frage ich Frauen und Männer, die wissen, wie die Höchstleistungen entstehen, ob sie ihre eigenen Kinder da mitmachen lassen würden, höre ich ausnahmslos ein eindeutiges Nein." Döring stellt weiter fest: „Die einseitige und zeitlich umfangreiche Ausrichtung auf sportliche Betätigung im Hochleistungsbereich ist auch dann noch schädlich, wenn es den Kindern Spaß macht. Es bleibt ihnen nicht verborgen, daß angestellte Trainer z.B. die persönliche berufliche Existenz auf ihre sportliche Leistung bauen müssen." Das Verlassen des Elternhauses und der angebotene Ersatz durch Trainer, Kleinstgruppen-Lehrer und sogenannte Ersatzmütter könne unter dem zweckgerichteten Erwartungsdruck schädlich sein.

Die Konsequenz: Döring fordert den sofortigen Abbruch der Olympia-Vorbereitung der deutschen Kunstturn-Mädchen.

Koalition streitet um Frauen in der Bundeswehr

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Über die Wehrpflicht und den freiwilligen Dienst von Frauen in der Bundeswehr scheint sich nach jüngsten Äußerungen von Politikern eine Auseinandersetzung in der Bonner Koalition anzubahnen. Die FDP macht gegen eine mögliche Verlängerung des Grundwehrdienstes für Männer von 15 auf 18 Monate starke Bedenken geltend und sträubt sich auch gegen den freiwilligen Dienst von Frauen in der Truppe, solange nicht alle anderen Maßnahmen zur Erhaltung des Umfangs der Bundeswehr ausgeschöpft sind.

In den *Unionsparteien* dagegen ist die Neigung, den Wünschen von Verteidigungsminister Wörner zu folgen, *vorhanden.*

Der Vorsitzende des FDP-Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik der Bundestagsfraktion, Helmut Schäfer, nannte die Äußerung des Hardthöhen-Staatssekretärs, Würzbach, wahrscheinlich müsse der Grundwehrdienst in wenigen Jahren verlängert werden, „sehr unglücklich" und zur „Unzeit" getan. Bisher gebe es weder Beschlüsse des Bundessicherheitsrates noch der Bundesregierung dazu. Solange wie heute nur 48 Prozent eines Jahrgangs an wehrpflichtigen Männern zum Dienst bei der Bundeswehr gezogen würden und damit Wehrgerechtigkeit nicht existiere, könne an Verlängerung nicht gedacht werden. Gleiches gelte für den freiwilligen Dienst von Frauen.

Auch in der SPD werden Überlegungen des Verteidigungsministe*riums, bis zu 15 000 Stellen für frei*willigen Dienst tuende Frauen zu schaffen, abgelehnt.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Scheer, Mitglied im Verteidigungsausschuß, bezeichnete es als unverständlich, daß die Bundesregierung die Bundeswehr einer „so heiklen und psychologisch gerade in Deutschland so belastenden Streitfrage wie der des weiblichen Soldatenberufs" aussetze. Damit werde ihrer Eingliederung in die Gesellschaft kein Dienst erwiesen. Für Scheer ist es eine Fiktion zu glauben, im Soldatenberuf könnten Frauen Gleichberechtigung *mit den Männern* erreichen.

Athen: Europawahl ganz innenpolitisch

Muß Papandreou mit einer Niederlage rechnen?

E. ANTONAROS, Athen

Was sich gegenwärtig auf der politischen Bühne Griechenlands abspielt, überrascht viele alte Hellas-Kenner. Ministerpräsident Andreas Papandreou spricht von einer „Generaloffensive der schwarzen Rechten, die keine Aussichten auf ein politisches Comeback" *hätten.* Oppositionsführer Evangelos Averoff befürchtet, daß die regierenden Sozialisten einen „*Einparteien-Staat*" durch die regierenden Sozialisten errichten.

Schlägereien von fanatisierten Anhängern der beiden Großparteien, gegenseitige Anschuldigungen und Beschimpfungen gehören mittlerweile auch zur Tagesordnung. Vom „milden politischen Klima", das Staatspräsident Konstantin Karamanlis eingeführt und fast alle Politiker bis vor einigen Wochen praktiziert hatten, ist kaum eine Spur übriggeblieben.

Griechenland ist vom Wahlfieber gepackt. Es geht um die Europa-Wahl am 17. Juni. Sieben Millionen griechische Wähler sollen ihre 24 Vertreter für das europäische Parlament bestimmen. Für die Griechen, oder besser gesagt für ihre politischen Parteien, hat dieser Urnengang jedoch den Charakter einer wichtigen Testwahl. Der Wahlausgang könnte weitgehend auch die innenpolitischen Entwicklungen in Griechenland beeinflussen.

Der Führer der liberalkonservativen Oppositionspartei Neue Demokratie, Averoff, hatte vor einiger Zeit die Parole ausgegeben, diese Wahl werde „in allen Sachgebieten" ausgetragen. Es handle sich im Grunde genommen um einen Popularitätstest. Die Konservativen gehen davon aus, daß der Popularitätsverfall der seit knapp zweieinhalb Jahren regierenden Sozialisten so groß ist, daß er beim Ausgang der Europa-Wahl besonders deutlich zu Buche schlagen wird. Davon soll selbstverständlich die „Neue Demokratie" profitieren. Averoff: „Die Europa-Wahl wird für Papandreou der Anfang vom Ende sein."

Nur zögernd haben sich die Pasok-Sozialisten auf eine so abgestempelte Wahlschlacht eingelassen. Sie wissen nämlich, daß die Abnutzungserscheinungen immer spürbarer werden, daß breite Wählermassen ungeduldig *geworden sind. Dennoch sind* Papandreou und seine engsten Mitstreiter zuversichtlich: „Wir haben den Sieg *in der Tasche*", *meinte neulich ein* Kabinettsmitglied.

Geht aber Averoffs Rechnung auf, und erzielt seine Partei gegenüber den Wahlergebnissen von 1981 (nationale Wahlen: 35,9 Prozent, Europa-Wahl: 31,4 Prozent) erhebliche Stimmengewinne, so werden die Konservativen ganz gewiß die Abhaltung *vorgezogener Parlamentswahlen fordern*, möglicherweise im September.

Papandreou wird sich in erster Linie darum bemühen, die Stimmenzahl zu halten, die er bei der Europa-Wahl vor zweieinhalb Jahren – nämlich 40,1 Prozent – erreicht hatte. Kommt er dem Ergebnis der nationalen Wahl von 48,6 Prozent näher, so wird er von einer Bestätigung seiner Politik sprechen können. Rutscht er hingegen in der Wählergunst ab, so muß er befürchten, daß der Ruf nach einer vorgezogenen Parlamentswahl lauter wird.

In diesem Fall wird die Haltung Karamanlis' von Bedeutung sein. Nach der griechischen Verfassung kann er das Parlament auflösen und *Neuwahlen ausschreiben, sollte* er eine Diskrepanz zwischen der Zusammensetzung der Kammer und den Kräfteverhältnissen im Lande feststellen.

Vor dieser brisanten innenpolitischen Lage ist es kein Wunder, daß im Wahlkampf, der übrigens offiziell noch nicht begonnen hat, sachliche Argumente kaum benutzt werden. Papandreou hat auf das Arsenal seiner rhetorischen Kunst zurückgegriffen, zur Frage der Zugehörigkeit Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft will er sich nicht festlegen, seinen Machtvorteil nutzt er im Überfluß aus: Wann immer er öffentlich auftritt, sei es, um ein Museum zu eröffnen oder an den Feierlichkeiten *in einer Kleinstadt teilzunehmen*, ist das Fernsehen dabei. Reden von ihm, so belanglos sie auch sein mögen, werden oft in voller Länge übertragen. (SAD)

Reagan: USA und China widerstehen Moskaus Expansion

DW. Honolulu

Die USA und China könnten durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Sicherheitspolitik „für den Frieden arbeiten und sich der Aggression des Expansionismus entgegenstellen". Dies erklärte US-Präsident Reagan in Honolulu vor dem Abflug zu seinem morgen beginnenden ersten Besuch der Volksrepublik China. Darin liege „der ganze Sinn meiner Reise".

Von seiten der amerikanischen Delegation wurde versichert, Reagan *strebe keine militärische Allianz* mit Peking an. Ziel Washingtons sei die Stärkung der „stabilisierenden Rolle Chinas" in Südostasien. *Vorgesehen* sei der Verkauf von „Defensivwaffen" an Peking. Nach Angaben der US-Zeitschrift „Aviation Week and Space Technology" will China zur Sicherung seiner Grenzen eine Anzahl fliegender US-Radarstationen vom Typ „Awacs" kaufen.

In Peking wird Reagan wahrscheinlich den Abschluß des ersten *amerikanisch-chinesischen* Nuklearabkommens bekanntgeben. Wie aus Regierungskreisen in Washington verlautete, haben sich beide Staaten nach zähen Verhandlungen offenbar auf ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie geeinigt. Außerdem wird Reagan in Peking ein Steuerabkommen sowie ein Abkommen zur Wiederaufnahme des Kulturaustauschs unterzeichnen, der durch die Flucht der Tennisspielerin Hu Na in *die USA gestoppt* worden war.

In einer Rede in San Francisco bezeichnete es US-Verteidigungsminister Weinberger als Ziel der amerikanisch-chinesischen Beziehungen, daß beide Staaten im Falle einer Bedrohung abgestimmt handeln können. Ein sicheres, stabiles und wirtschaftlich starkes China erhöhe die Aussichten auf Frieden im Fernen Osten und der Welt erheblich. Der Minister kündigte für Juni einen USA-Besuch seines chinesischen *Amtskollegen Zhang* Aiping an. Weinberger äußerte ferner Besorgnis über „die zunehmende sowjetische *Militärpräsenz in Südostasien*". Er bestätigte Geheimdienstberichte, wonach sowjetische Truppen erstmals Landemanöver an Vietnams Küste unternommen hätten.

Genscher: Weltweites Modell EG – Asean

Thailands Premier will Wirtschaftsbeziehungen ausbauen

BERNT CONRAD, Bonn

Der thailändische Ministerpräsident Prem Tinsulanond hat gestern in Bonn die Gemeinsamkeiten zwischen seinem Land und der Bundesrepublik Deutschland unterstrichen. „Wir gehören beide zu den Motoren der Zusammenarbeit zwischen den Asean-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft. Dies hängt damit zusammen, daß wir beide Frontlinien-Staaten sind", sagte Prem in einem Gespräch mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher unter Anspielung auf die kommunistischen Nachbarn.

Bundespräsident Karl Carstens betonte gegenüber Prem die „große Sorge über die Entwicklung im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet". Er forderte Vietnam *auf, seine militärischen Aktionen* gegen Flüchtlingslager an der Grenze zwischen Thailand und Kambodscha einzustellen.

Der Gast aus Bangkok war gestern morgen zu einem mehrtägigen Besuch in der Bundeshauptstadt eingetroffen und von Vizekanzler Genscher in Vertretung Bundeskanzler Kohls mit militärischen Ehren begrüßt worden. Nach einem Mittagessen mit Bundespräsident Karl Carstens flog er am Nachmittag nach *Berlin weiter. Dort standen* ein Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, eine Eintragung in das Goldene Buch, eine Stadtrundfahrt mit Besuch des Reichstags und ein von Diepgen gegebenes Abendessen im Schloß Charlottenburg auf dem Programm.

Im Mittelpunkt der ersten Bonner Gespräche des thailändischen Regierungschefs standen die Lage in Südostasien, die Kooperation zwischen EG und Asean (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen), die Weltwirtschaftslage und die Beziehungen zwischen Bonn und Bangkok. Genscher *unterstrich* seine Befriedigung, daß sich so kurz nach dem Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Thailand wieder die Gelegenheit zu einem hochrangigen Dialog ergebe.

Prem würdigte die kontinuierliche Unterstützung, die Bonn der Haltung der Asean-Staaten zur Kambodscha-Frage angedeihen lasse. Dazu gehöre vor allem die politische und moralische Hilfe für die sogenannte „Dreier-Koalition", die unter der Führung von Prinz Sihanouk die Unabhängigkeit des von Vietnam besetzten Landes wiederherstellen wolle.

Beide Politiker betonten die Be*deutung, die sie dem weltweiten* „Modellcharakter" der EG-Asean-Kooperation beimessen. Ihre Rolle in dem sich entwickelnden neuen Kräftedreieck Europa-Nordamerika-Südostasien könne nicht hoch genug eingeschätzt werden, sagte der Bundesaußenminister. Die Bundesregierung werde großen Wert darauf legen, daß die Asean-Staaten in diesem Dreieck nicht in den Windschatten Japans gerieten. Von großer Bedeutung für die weitere Intensivierung *des Verhältnisses zwischen der* EG und ASEAN werde das Außenministertreffen in Dublin im Herbst diesen Jahres sein.

Die Bundesregierung ist nach Angaben Genschers auch bereit, als „*Ansprechpartner*" der Asean-Staaten für den im Juni stattfindenden Londoner Weltwirtschaftsgipfel zu fungieren, von dem sich Bonn günstige Impulse auf die weltwirtschaftliche Entwicklung erhoffe. Die Industriestaaten seien verpflichtet, durch eine *vernünftige* Wachstumspolitik zur Belebung der Weltkonjunktur beizutragen. Auch über das Problem *der hohen amerikanischen Zinsen* werde gesprochen werden müssen.

Eine wesentliche Rolle spielten in den Bonner Gesprächen ferner die Position der Volksrepublik China in Südostasien. Der Bundesaußenmini*ster bezeichnete den bevorstehenden* Besuch des amerikanischen Präsidenten in Peking als einen Beitrag zur internationalen Stabilität. Der thailändische Gast berichtete, er habe von chinesischer Seite gehört, daß Reagan mit großer Herzlichkeit empfangen werden solle.

General Prem, der mit einer Wirtschaftsdelegation in die Bundesrepublik gekommen ist, erhofft sich nach seinen Worten von dem Besuch auch positive Auswirkungen auf die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Mertes in den USA und im Pazifik auf Erkundungsreise

BERNT CONRAD, Bonn

Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt wird heute zu einer zweiwöchigen „Erkundungsreise" *starten*, die ihn in die Vereinigten Staaten, zu den Fidschi-Inseln sowie nach Tonga und Australien führen wird. Am Anfang stehen viertägige Gespräche in Washington, bei denen der CDU-Politiker vor allem nähere Auskünfte über die amerikanischen Rüstungspläne im Weltraum und deren Auswirkungen auf Europa einholen und dazu beitragen will, eventuelle „Mißverständnisse im transatlantischen Dialog" auszuräumen.

Zu den Gesprächspartnern von Mertes werden der Chef der US-Abrüstungsbehörde, Kenneth Adelmann, der Leiter der Europaabteilung im State Department, Richard Burt, Vertreter des Weißen Hauses und maßgebliche Senatoren gehören. Ihnen will er klarmachen, daß es für die Europäer keine Alternative zur Sicherheitsgarantie der USA gebe. Gerade von einer *Haltung* des Vertrauens aus hält Mertes es aber für wichtig, genau über die Planungen und Absichten Washingtons unterrichtet zu sein. Amerikaner und Europäer müßten auch die psychologische Situation der jeweils anderen Seite verstehen.

In Fidschi wird der Unionspolitiker vom 2. bis 5. Mai an einer vom französischen Außenminister Claude Cheysson geleiteten Außenministerkonferenz zwischen den sogenannten AKP-Staaten (Entwicklungsländer, die mit der Europäischen Gemeinschaft assoziiert sind) und den EG-Staaten *über ein neues Assoziierungsabkommen*, genannt Lomé III, teilnehmen. Als bemerkenswert empfindet es Mertes, daß auch Angola und Moçambique nach ihren jüngsten Vereinbarungen mit Südafrika zum ersten Mal auf einer AKP-Konferenz erscheinen werden.

Bei seinen sich anschließenden Besuchen in Tonga und Australien will der Staatsminister in erster Linie Einschätzungen über die politische und Sicherheitslage im Pazifik sowie Urteile über die expansive Rolle der Sowjetunion und notwendige Gegenpositionen des Westens in Südostasien hören.

Deutschland: FDP legt neues Thesenpapier vor

● Fortsetzung von Seite 1

me einbezogen werden muß. Denn gerade die Verträge für die Stadt hätten „Modellcharakter für eine Politik des praktischen Interessenausgleichs". Berlin sei auf die Solidarität des Bundes angewiesen, um seine Rolle in der Deutschlandpolitik erfüllen zu können.

Nach Ansicht der Liberalen ist der Grundlagenvertrag in seinen Möglichkeiten „bei weitem nicht ausgeschöpft". Vielmehr müsse das Geflecht der vertraglichen Abmachungen unter dem Grundsatz der Berechenbarkeit und Besonnenheit zum Beispiel auf den Gebieten Verkehr, Umweltschutz, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft „gefestigt und weiter ausgebaut" werden.

Weiter betonen die Freien Demokraten, daß bei „aller inneren Distanz zu kommunistischen Systemen" die Destabilisierung nicht Ziel der Politik sein könne, sondern von den Realitäten ausgegangen werden müsse. Dies müsse auch Ost-Berlin anerkennen: „Dazu gehört das Fortbestehen der deutschen Nation, die offene deutsche Frage." Allerdings solle das *Festhalten am Begriff einer Nation* nicht die Tagespolitik bestimmen.

Währungsreform: Nigeria schließt seine Grenzen

AFP, Lagos

Im Kampf gegen die weitverbreitete Wirtschaftskriminalität hat die nigerianische Militärregierung gestern eine Währungsreform angekündigt. Zur Unterstützung der Maßnahme wurden die Grenzen für zwölf Tage geschlossen. Während dieser Zeitspanne soll ausnahmsweise auch das diplomatische Gepäck kontrolliert werden.

Nach Angaben von Notenbankpräsident Abdulkadir Ahmed werden sämtliche bisherigen Geldscheine und Münzen ungültig. Die Nigerianer können in den nächsten zwölf Tagen pro Kopf 5000 Naira (umgerechnet rund 16 000 Mark) umtauschen. Beim Eintausch höherer Geldbeträge müssen die Inhaber ihre *Identität* und die legale Herkunft der Gelder nachweisen. Neben dem Kampf gegen die *weitverbreitete Korruption im Inland* ist es nach Angaben von Oberbefehlshaber General Tunde Idiagbon auch Ziel der *jetzt angekündigten* Maßnahmen, die „Wirtschaftssabotage" durch den illegalen Handel mit der Naira im Ausland zu unterbinden. Trotz der staatlichen nigerianischen Verbote werden große Mengen der nigerianischen Währung auf den Auslandsbörsen zu einem Viertel des offiziellen Wechselkurses gehandelt.

Sowjetische Großoffensive in Afghanistan

SAD/DW. Washington

Die sowjetischen Truppen in Afghanistan haben nach Angaben amerikanischer Regierungskreise mit einer Frühjahrsoffensive gegen afghanische Widerstandskämpfer im strategisch wichtigen *Panschir-Tal*, nördlich von Kabul, begonnen. Wie auch westliche Diplomaten in Neu-Dehli *bestätigten, fliegen* seit *Samstag* SU-25-Kampfbomber schwere Luftangriffe auf das Tal, das bisher sechs Großoffensiven der Sowjets widerstanden hat.

Für die Offensive sollen die Sowjets etwa 20 000 Soldaten, Hunderte von Panzern, schwere Artillerie sowie Kampfhubschrauber zusammengezogen haben. Die Zerstörung der Mattock-Brücke über dem Fluß Ghorband nördlich von Kabul bereite allerdings den Sowjets beträchtliche *Versorungsprobleme, hieß es aus* US-Geheimdienstkreisen. Die Hauptnachschubstraße zwischen Kabul und dem sowjetischen Stützpunkt Termez sei kürzlich durch die Brückensprengung unterbrochen worden.

In einem Interview mit der Londoner „Times" hat der Führer, einer der wichtigsten afghanischen Widerstandsgruppen, Rabbani, die sowjetische *Politik in Afghanistan als* „Völkermord" bezeichnet.

Sandinisten kritisieren Hirtenbrief

AP, Managua/Washington

Mit scharfer Kritik hat die nicaraguanische Regierung gestern auf einen Hirtenbrief der katholischen Bischöfe des mittelamerikanischen Landes reagiert. In dem am Ostersonntag von den Kanzeln verlesenen Bischofswort war die Regierung unter anderem zu einem Dialog mit den gegen sie kämpfenden rechtsgerichteten Untergrundkämpfern aufgefordert worden. Außerdem beschuldigten die Bischöfe die Regierung, *nichts gegen die politischen* und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu unternehmen und kritisierte Geistliche, *die in der linksgerichteten* Regierung Ämter innehaben.

Dazu schrieb die sandinistische Ta*geszeitung „Barrikada", die Kirche* habe vergessen, die Aggression zu verurteilen, die Nicaragua seitens des *nordamerikanischen Imperialismus* zu erdulden habe. Für die Bischöfe gebe es offenbar weder die Verminung der nicaraguanischen *Häfen* noch einen „Staatsterrorismus". Statt dessen fordere man einen Dialog mit den „Mördern des Volkes".

In dem Hirtenbrief hatten die nicaraguanischen Bischöfe außerdem eine Amnestie für alle „wegen ideologischer Differenzen Inhaftierten" und volle Pressefreiheit gefordert.

Unverletzt aus der „DDR" geflohen

DW. Eschwege

Unverletzt ist am Dienstagmorgen einem 27jährigen aus der „DDR" in der Nähe von Eschwege (Werra-Meißner-Kreis) die Flucht nach Hessen gelungen. Ein Sprecher des Bundesgrenzschutzkommandos Mitte in Kassel erklärte, die Flucht sei bislang nicht bemerkt worden.

Der Mann, der in einer grenznahen „DDR"-Gemeinde in Thüringen beschäftigt war, hatte einen 5 km langen Fußmarsch zurückzulegen, um bis an den Rand des Sperrgebiets zu gelangen. Dort konnte er unbemerkt den sogenannten Hinterlandzaun überwinden. Von den „DDR"-Grenzposten unbemerkt erreichte der 27jährige den Metallgitterzaun, der an dieser Stelle mit den Todenautomaten vom Typ SM 70 versehen ist. Obgleich der Flüchtling nach eigenen Angaben mehrfach ungewollt die Auslösedrähte berührte, detonierten die Anlagen nicht. Der BGS: „Vermutlich war die Stromzufuhr für die Selbstschußanlagen unterbrochen". Schließlich konnte der Flüchtling zwei Metalmatten im Zaun auseinanderbiegen und so hessisches Gebiet erreichen. Kurz darauf meldete er sich bei der Polizei in Eschwege.

Noch keine Waffenruhe in Beirut

AP/AFP, Beirut

Der aus Vertretern der libanesischen Armee sowie der christlichen, drusischen und schiitischen Milizen bestehende Sicherheitsausschuß hat gestern in Beirut seine Beratungen über eine Verfestigung der Waffenruhe fortgesetzt, nachdem am Vortag bei neuen Schießereien mindestens vier Personen getötet worden waren. Nach Berichten des libanesischen Fernsehens ist unter den Opfern auch ein Angehöriger der 1200 Mann starken Puffertruppe, die das am vergangenen Freitag in Kraft getretene Waffenstillstandsabkommen überwachen soll. Die Stationierung der Puffertruppe zwischen die gegnerischen Milizen war bis zum Dienstag im Frontgebiet östlich vor Beirut sowie im wesentlichen auch im südlichen Außenbezirk abgeschlossen, hieß es von unterrichteter Seite.

Die Beiruter Tageszeitung „An Nahar" berichtete unterdessen, daß sich der libanesische Staatspräsident Amin Gemayel und der syrische Staatschef Assad über die Aufnahme von Verhandlungen mit Israel geeinigt hätten. Auf ihrem Gipfelgespräch in Damaskus habe Assad Gemayel seine Unterstützung für Gespräche über die Sicherheitsbestimmungen in Südlibanon zugesagt.

Bonner Hilfe für Korf?

J. G. – Auf den ersten Blick sieht es nach einem weiteren und nichts mehr bewirkenden Rechtfertigungsversuch aus, was der um die Jahreswende 1982/83 spektakulär gescheiterte Stahlunternehmer Willy Korf der Bundesregierung nun in einem Brief an den Wirtschaftsminister vorwirft. Es ist der bekannt, zumal am Fall des milliardenschwer gestützten Konkurrenten Arbed Saarstahl aufgehängte Vorwurf, Bonn helfe nur den Großen und lasse den fortschrittlichen, auf nur einen Bruchteil solcher Hilfe angewiesenen Privatunternehmer in der Subventionskonkurrenz vor die Hunde gehen.

Korfs erneute Kritik aber hat auch einen aktuellen Bezug. Nach der Zertrümmerung seines Imperiums ist er noch Aufsichtsratsvorsitzender der im Vergleich befindlichen Badischen Stahlwerke AG (BSW). Dieser bedeutende Betonstahl- und Walzdrahtfabrikant nutzt bis zur Stunde die wieder relativ gute Konjunktur auf seinen Märkten mit konstanter Mißachtung der Brüsseler Produktionsdrosselungsquoten, weil anders die Vergleichsforderungen der Gläubiger nicht zu erfüllen wären und der Konkurs drohe.

Parallel zu dem damit aufgetürmten Bußgeldrisiko hat BSW die Regierung mit dem Ziel einer angemessenen Ausgleichszahlung für die dem Konkurrenten gewährte Hilfe verklagt. Beides läßt sich vermutlich zu einem für das Unternehmen tauglichen Friedensschluß zusammenfügen. Die Bonner Hilfe dazu wäre dann quasi ein Akt der Wiedergutmachung. Aber nur noch für das Unternehmen und nicht mehr für seinen Gründer und früheren Eigentümer.

Stahlkrise

fu (London) – Mitten hinein in die Auseinandersetzungen über die Schließung unrentabler Zechen in Großbritannien platzt die Nachricht, daß der staatliche Stahlkonzern British Steel nun wohl doch nicht um die Stillegung mindestens eines großen Stahlwerks herumkommen wird. Sollten es zwei Stahlwerke sein, dann würden bis zu 15 000 Arbeitsplätze verlorengehen. Fatal an dieser neuen Entwicklung ist der direkte Bezug zwischen den nun schon seit Wochen dauernden Streikaktionen im Steinkohlebergbau und der desolaten Finanzlage von British Steel. Denn abgesehen von den immer noch erheblich zu großen Stahlkapazitäten in Großbritannien (18 Millionen Jahrestonnen bei einer tatsächlichen Produktion von nur 13 Millionen Tonnen) bürdet der Kohlestreik British Steel zusätzlich Verluste in Höhe von mehr als zwei Millionen Mark pro Woche auf. Diese Zahl wird sich rasch erhöhen. Ein weiteres Indiz dafür, wie selbstherrlich die linksradikale Führung der Bergleute-Gewerkschaft vorgeht.

BINNENSCHIFFAHRT / Mehr Kooperation mit der Bundesbahn gefordert

Wenig kostendeckender Verkehr, aber Druck der Überkapazitäten

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Binnenschiffahrt leidet unter „erheblichen Überkapazitäten". Nach dem Jahresbericht der Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort gilt dies jedoch ausschließlich für die Trockenschiffahrt, deren Tonnage seit 1978 um fast 14 Prozent, gestiegen ist, obwohl die beförderte Gütermenge gleichzeitig um etwa zehn Prozent sank. Dagegen hat sich die Tonnage der Tankschiffahrt nur um ein Prozent erhöht, die Transportmenge ist jedoch allein in den letzten beiden Jahren um rund 30 Prozent gewachsen.

Im Gegensatz zur Tankschiffahrt fährt die Trockenschiffahrt namentlich im grenzüberschreitenden Verkehr kaum kostendeckend. Der Schifferbörse zufolge hat auch das zeitweilig herrschende Niedrigwasser in der zweiten Jahreshälfte 1983 daran nichts geändert, da die gezahlten Kleinwasserzuschläge in der Regel nicht die Minderauslastung des Schiffsraums ausgleichen.

Die Tragfähigkeit der internationalen Rheinflotte lag 1983 bei 10,5 Mill. Tonnen. Davon entfielen 7,9 Mill. auf Selbstfahrer und 2,6 Mill. auf Schubleichter und Kähne. Die größte Flotte unterhalten die Niederländer mit 4,8 Mill. Tonnen, vor der Bundesrepublik (3,1) und den Schweizern mit rund 500 000 Tonnen. Dazu kamen 215 Rhein-Schubboote mit einem Laderaum von 2,1 Mill. Tonnen. Knapp die Hälfte davon fuhr unter niederländischer, 28 Prozent unter deutscher Flagge. Das Verkehrsvolumen der Binnenschiffahrt lag 1983 bei 225 (222) Mill. Tonnen.

Der Kapazitätszuwachs der Rheinflotte wird vor allem auf eine Expansion des unter niederländischer Flagge fahrenden Schiffsraum zurückgeführt. Nur die deutsche Flotte weist aufgrund der seit 1969 immer noch geltenden Abwrackregelung einen Negativsaldo aus.

Dagegen legten die Niederländer nur etwa 920 000 Tonnen Schiffsraum still, obwohl sie eine wesentlich größere Rhein- und Binnenflotte unterhalten. Auf der anderen Seite ist dort durchdie im Oktober 1980 eingeführte zwölfprozentige allgemeine Investitionsprämie geradezu Schiffbau- und Schiffahrtsförderung betrieben worden. Nach Ansicht der Rheinzentralkommission müßten etwa eine Mill. Tonnen Schiffsraum abgewrackt werden, von denen 750 000 Tonnen auf die Niederländer entfallen sollen. Obwohl dies bisher nur als Denkmodell gilt, haben sich die Niederländer bereit erklärt, umgehend eine neue nationale Abwrackaktion für zunächst zwei Jahre einzuleiten.

Im Zusammenhang mit der künftigen Regelung des Flaggenrechts als Fortentwicklug der Mannheimer Akte soll die kapitalmäßige und personale Steuerung von Binnenschiffahrts-Unternehmen in Westeuropa durch Staatshandelsländer ausgeschlossen werden. In der Bundesrepublik wird gegenwärtig die Liberalisierung des Transitgüter-Hinterlandverkehrs der norddeutschen Seehäfen diskutiert. Hier verlangen die Seehäfen, daß die nationalen Zu- und Ablauftarife flexibler gestaltet werden, um damit im Wettbewerb gegenüber den Rhein-Schelde-Mündungshäfen besser bestehen zu können.

Nach Auffassung der Binnenschiffahrt sollte auch die Kooperation von Binnenschiffahrt und Bundesbahn über die Niederrheinhäfen weiter ausgebaut werden. Als Beispiel dafür wird die Erzversorgung der Montanindustrie des mittleren und östlichen Ruhrgebiets sowie der Saar angeführt. Dabei erreichen die Rohstoffe die Niederrheinhäfen mit großen Schubverbänden von Rotterdam und werden mit überschweren Güterzügen weiterbefördert. An den Umschlagsanlagen ist die Bundesbahn zum Teil unmittelbar beteiligt.

Zufrieden äußert sich die Schiffahrt zu dem für 1984 auf 1,73 Mrd. DM aufgestockten Wasserstraßenetat des Bundes. Davon entfallen 790 Mill. DM auf Investitionen. Einschließlich 200 Mill. DM an Landesmitteln werden rund eine Mrd. DM für Erweiterungen, Verbesserung und Substanzerhaltung des Wasserstraßennetzes in der Bundesrepublik aufgewendet. Davon kommen 75 Prozent den Binnenwasserstraßen zugute.

ROHSTOFFMARKT

Bonn: Statt Verknappung gibt es ein Überangebot

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Welt im Rohstoffüberfluß – Wolfgang Sames, der Experte des Bundeswirtschaftsministeriums für mineralische Rohstoffe, versieht seine Analyse zwar noch mit einem Fragezeichen. Er weist jedoch darauf hin, daß die Verknappung, von der in den letzten zehn Jahren immer wieder die Rede war, nicht eingetreten sei. Das gegenwärtige Überangebot führt Sames in einem Beitrag, der jetzt vom Presseamt der Bundesregierung verbreitet wurde, nicht nur auf die Rezession der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren zurück.

Trotz der schwächeren Nachfrage hätten viele Entwicklungsländer vielmehr ihre Erzeugung weiter ausgebaut. Sie seien auf Märkte, die bereits gesättigt seien, vorgedrungen und hätten damit einen weiteren Preisverfall verursacht. Beispiele seien die Kupferproduktion in Chile und das Eisenerzprojekt Carajas in Brasilien. Neben dieser nationalen Politik ohne Rücksicht auf Märkte und Dritte habe auch der Strukturwandel in den Industriestaaten zum Überangebot im Rohstoffbereich beigetragen. Die geringere Eisen- und Stahlproduktion schlage auch auf die Vorstofflieferanten durch.

Als vierten Grund weist Sames auf amerikanische Untersuchungen hin, nach denen in den hochentwickelten Volkswirtschaften der Materialbedarf in dem Maße abnimmt, wie das Bruttosozialprodukt pro Kopf steigt. Die USA sollen sich bereits auf einem Niveau befinden, auf dem sich der künftige Materialbedarf bereits abflacht. In der Bundesrepublik zeige die Strukturberichterstattung für materialintensive Industrien ebenfalls eine Abschwächung. Ob sich insgesamt eine Sättigung anbahne, lasse sich allerdings noch nicht sagen.

Der künftige Bedarf an Primärmaterial dürfte jedenfalls geringer sein als der noch Mitte der siebziger Jahre für die Weltwirtschaft prognostizierte. Diese Annahme beruhe darauf, daß die Massenverbraucher von Blei, Kupfer, Nickel, Zink, Zinn, Aluminium, Magnesium oder Eisen in Europa, den USA und Japan bereits ein sehr hohes Niveau erreicht haben. „Es ist deshalb eher wahrscheinlich, daß ihr künftiger Materialverbrauch auf hohem Niveau in Grenzen schwanken wird", schreibt Sames. Gleichwohl müßten jedes Jahr acht bis neun Millionen Tonnen Kupfer gefördert werden und die Produktion von fast 90 Millionen Tonnen Bauxit und rund 500 Millionen Tonnen Eisenerz gewährleistet sein. Die internationalen Bergbaugesellschaften hätten sich bereits an das langsamere Wachstum ihrer Märkte angepaßt, wozu ebenfalls die emotional geführte internationale Rohstoffdiskussion der letzten Jahre beigetragen hat. Es sei auch eher zuviel als zuwenig exploriert und investiert worden. Sollte das Überangebot anhalten, dann dürften die Hilfen des Staates im Rohstoffbereich eher geringer werden.

Wende bei den Investitionen

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Konjunktur wird nach wie vor von der Konsumschwäche als Folge der sozialistischen Austerity-Politik bestimmt. Die Kaufkraft der privaten Haushalte war 1983 um 0,3 Prozent geschrumpft. Auch in diesem Jahr dürfte sie bestenfalls stagnieren. Inzwischen hat auch der Staat seine Ausgaben eingeschränkt. Jedoch beginnt sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen zu beleben. Auf die Industrieproduktion des Landes hat sich das bisher aber noch nicht positiv ausgewirkt. Ihr Index zeigt weiter nach unten.

Auf Grund seiner jüngsten Unternehmerbefragung erwartet das Nationalinstitut für Statistik (INSEE) für 1984 eine Steigerung der industriellen Investitionsausgaben um rund 20 Prozent. Zum ersten Mal seit drei Jahren würden diese Investitionen bei einer erwarteten Inflationsrate von etwa 7½ Prozent damit auch real zunehmen. Im letzten Jahr waren sie inflationsbereinigt um vier Prozent zurückgegangen.

Die größer gewordene Investitionsneigung erklärt das INSEE damit, daß sich die finanzielle Lage der Industrie verbessert hat. Infolge der sinkenden Zinsen und stabilisierter Soziallasten konnten die Unternehmen ihre „Sparquote" auf 10,6 (9,0) Prozent verbessern. Dazu kam, daß die Preise für Rohstoffe und Zwischenprodukte geringer stiegen als die Verkaufspreise. So nahmen die Bruttogewinne um 17,6 (16,2) Prozent zu.

Aber von den steigenden Investitionsgüteraufträgen scheinen die Importeure stärker zu profitieren als die nationalen Hersteller. Jedenfalls haben sich in den letzten Wochen die Einfuhren von Ausrüstungsgütern – nicht zuletzt aus der Bundesrepublik – erhöht. Gleichzeitig ließen die französischen Exporte nach, obwohl sich die Weltkonjunktur auf breiter Front belebte.

Dies deutet darauf hin, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs wieder nachläßt. Nachdem 1983 dank der massiven Franc-Abwertung sowie der Dollar-Hausse die französische Handelsbilanz stark verbessert werden konnte, hat sie sich seit Anfang dieses Jahres beträchtlich verschlechtert. Der wichtigste Grund dafür scheint das Abgleiten des französischen Franc von der Unter- in die Überbewertung zu sein. Immerhin steigen in Frankreich trotz aller Stabilisierungsfortschritte die Preise und Kosten noch wesentlich schneller als bei seinen wichtigsten Auslandspartnern.

So mehren sich hier seit Anfang dieses Jahres auch wieder die Unternehmenszusammenbrüche. Das wirkt sich besonders nachteilig auf den Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich hat sich allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 125 000 Personen erhöht und damit in fast dem gleichen Umfang wie während des gesamten letzten Jahres. Den Ende März registrierten 2 244 000 Stellensuchenden (plus 11,4 Prozent im Jahresvergleich) standen dabei nur noch 30 000 (minus 48,4 Prozent) Stellenangebote gegenüber. Trotz allgemein besserer Finanzen nutzten viele Unternehmen das von der Regierung vor einigen Monaten gelockerte Entlassungsverbot, um wenigstens einen Teil der unrentablen Arbeitskräfte freizusetzen. Und die von ihnen jetzt eingeleiteten Neuinvestitionen dienen vor allem der Rationalisierung und nicht der Arbeitsplatzschaffung.

Auch die Restrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie sowie die des Kohlenbergbaues und des Schiffbaues dürfte mittelfristig nicht ohne Entlassungen durchgeführt werden können. Nachdem die Arbeitslosigkeit in Frankreich gemäß sozialistischem Versprechen zwischen Mai 1982 und November 1983 bei zwei Millionen stabilisiert worden war, erwartet jetzt die Regierung selbst für Ende dieses Jahres 2,5 bis 2,6 Millionen Arbeitslose.

Tatsächlich kann Frankreich aus demographischen Gründen und bei der notwendigen industriellen Umstrukturierung seine Arbeitslosigkeit erst bei einem Wirtschaftswachstum von jährlich drei bis vier Prozent abbauen. Im letzten Jahr hatte diese Rate aber gerade 0,9 Prozent erreicht und für dieses Jahr dürfte sie noch geringer ausfallen.

Dies ist der Preis dafür, daß Frankreich später als seine Partner eine restriktive Wirtschaftspolitik und die industrielle Umstrukturierung eingeleitet sowie unter der sozialistischen Regierung zunächst weit über seine Verhältnisse gelebt hat.

AUF EIN WORT



„Wenn Bürger und Betriebe nicht mit allzu hohen Steuern und Sozialabgaben belastet und geplagt werden, können sie über die Privatvorsorgeeinrichtungen Kapital ansparen, das dann auch für Investitionen langfristig zur Verfügung steht und zu verstärktem Wirtschaftswachstum führen wird. Eine wachsende Wirtschaft kann eine steigende Alterslast leichter tragen als eine stagnierende."

Arno Paul Bäumer, Vorstandsvorsitzender der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart.
FOTO: WOLF P. PRANGE

Geldmenge unten im Zielband

cd. Frankfurt

Die Zentralbankgeldmenge bewegt sich auch nach der kräftigen Zunahme im März noch an der Untergrenze des 1984er Zielkorridors von vier bis sechs Prozent, wenn man die Steigerung in den ersten drei Monaten saisonbereinigt auf Jahresrate hochrechnet. Die Ausweitung der Kredite an Wirtschaft und Private um 8,9 auf 1385 Mrd. Mark war, wie die Bundesbank mitteilt, im März abermals kräftig. Zugenommen haben vor allem die kurzfristigen Kredite um 7,2 auf 319 Mrd. Mark.

TEXTILINDUSTRIE

Ein Viertel der Aufträge kam aus dem Ausland

INGE ADHAM, Frankfurt

Auf den „uneinholbaren Lohnkostenvorsprung" der Produzenten in Fernost weist die Textilindustrie hin. Nach Angaben von Gesamttextil kostete im Juli vergangenen Jahres in Hongkong, das der Verband keinesfalls als extremes Niedriglohnland gewertet wissen will, eine Arbeiterstunde in der Textilindustrie 3,93 DM und damit nur ein Fünftel der auf 19,53 DM pro Arbeiterstunde veranschlagten deutschen Kosten (inklusive aller Lohnnebenkosten). Damit liegen die deutschen Arbeitskosten in der Textilindustrie freilich noch hinter den Niederlanden, der Schweiz und den USA. Deutlich billiger wird dagegen in Japan (13,19 DM) und bei den europäischen Konkurrenten in Frankreich (15,22 DM) und Großbritannien (11,96 DM) gearbeitet.

Trotz dieser Divergenzen bei den Arbeitskosten, die die deutsche Textilindustrie nur zum Teil durch den Einsatz modernster Maschinen ausgleichen kann, hat sich die Branche auch in diesem Jahr bisher im Export mit einer Steigerungsrate von 20 Prozent gegenüber dem allerdings schwachen Vorjahresauftakt behaupten können.

Bei den Neuaufträgen in den ersten beiden Monaten dieses Jahres kamen aus dem Ausland sogar ein Viertel mehr Aufträge als vor Jahresfrist. Insgesamt war der Auftragseingang in dieser Zeit um 15 Prozent – preisbereinigt sind das elf Prozent – höher als im Vorjahr. Auch die Produktion ist mit einer zehnprozentigen Steigerung nachgezogen. Deutlich gestiegen ist bei der leichten Nachfragebelebung im Inland freilich auch die Einfuhr (plus 20 Prozent).

ARBEITSMARKT

Die Industrie erwartet bald eine bessere Entwicklung

GISELA REINERS, Bonn

„Die Befürchtung, der Konjunkturzug werde am Arbeitsmarkt vorbeirollen, ist unbegründet." Dieses Fazit zieht das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) aus einer Analyse der Arbeitsmarktdaten. Dabei wird festgestellt, daß die Entlastung ähnlich verläuft wie beim Aufschwung 1975/76.

Auch damals stockte der konjunkturbedingte Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Aufschwungjahr 1976 so, wie es seit Februar 1984 zu beobachten ist. Gingen seit Mitte 1983 saisonbereinigt die Erwerbslosenzahlen zurück, so kehrte sich im Februar der Trend um.

Das IW führt als Gründe die Witterung, den sehr kalten Winter und den verspätet einsetzenden Frühling an. Für eine derartigen „meteorologischen Ausrutscher" sei das Rechenverfahren zur Saisonbereinigung bei der Bundesanstalt für Arbeit nicht ausgelegt. Die „historische Stokkung" zeige sich beim Vergleich mit dem früheren Aufschwung. Zusätzlich könne man etwa 20 000 Arbeitsuchende rechnen, die aufgrund verstärkter Zuwanderung das Angebot an Arbeitskräften vergrößerten.

Ein halbes Jahr nach nach dem Höhepunkt der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen (im Juli/August 1976) habe die höchste konjunkturelle Entlastung des Arbeitsmarktes mit 127 000 Menschen fast die gleiche Größenordnung erreicht wie 1983/84 mit 112 000 Menschen. Danach sei die Arbeitslosigkeit noch einmal um etwa 20 000 gestiegen. Vor dem Hintergrund günstiger Entwicklungen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe bestehe kein Grund zur Unruhe, daß der Arbeitsmarkt nicht weiter entlastet werde.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Japan beschließt Handelserleichterungen

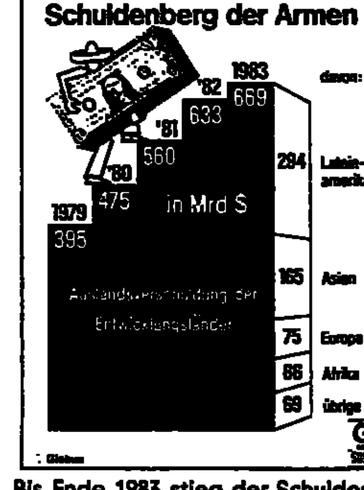
Tokio (AP) – Die japanische Regierung hat nach Informationen der Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai" ein neues Paket von Maßnahmen zur Öffnung des einheimischen Marktes für Einfuhren beschlossen, darunter Zollsenkungen für mehr als 100 Erzeugnisse. Laut „Nihon Keizai" ist vorgesehen, die Zölle auf rund 40 Agrarerzeugnisse ein Jahr vorfristig bereits 1985 zu senken. Bei weiteren 60 Artikeln, darunter Bergbauerzeugnisse, Wein, Sperrholz und Farbdruckpapier, sollen die Einfuhrzölle zwei Jahre vor dem ursprünglich ins Auge gefaßten Termin reduziert werden. Außerdem sind Zinserleichterungen, die Schaffung eines Euro-Yen-Investitionsmarktes und Erleichterungen für ausländische Investitionen in japanischen Firmen geplant. Auch an die Einrichtung einer Dienststelle für die Verstärkung der Einfuhr von Industriegütern aus dem EG-Bereich ist den Angaben zufolge gedacht.

Hohe Verfügbarkeit

Frankfurt (dpa/VWD) – Die deutschen Kernkraftwerke waren nach Ermittlungen der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt, im vergangenen Jahr durchschnittlich 72 Prozent der Zeit in Betrieb. Sie kamen damit, wie erläutert wird, nahezu an die maximal mögliche Zeitverfügbarkeit heran, da etwa zehn Prozent der Jahres-Stunden für Inspektion und Brennelement-Wechsel eingeplant werden.

Hafenarbeiter streiken

Tokio (AFP) – In Japan sind rund 60 000 Hafenarbeiter in einen unbefristeten Streik getreten. Die Aktion betrifft im wesentlichen die Exportcontainer-Abfertigung in den zehn wichtigsten Häfen des Landes. Mit dem Ausstand wollen die Gewerkschaften der Branche Lohnerhöhungen und Arbeitsplatzgarantien durchsetzen. Lohnforderungen haben auch im japanischen Inlandsflugverkehr zu Störungen geführt. Die „Tao Domestic Airlines" (TDA) mußte am Dienstag rund zwei Drittel ihrer programmierten Flüge absagen, nachdem ihre Piloten in einen Arbeitsausstand getreten waren.



Bis Ende 1983 stieg der Schuldenberg der Entwicklungsländer auf 669 Mrd. Dollar. Fast die Hälfte davon – 294 Mrd. Dollar – entfällt auf Lateinamerika. QUELLE: GLOBUS

Streit um Blumenhändler

Bonn (dpa/VWD) – Den fliegenden Blumenhändlern aus den Niederlanden, die vor allem nach Westdeutschland kommen, hat der Zentralverband Gartenbau in Bonn Steuerhinterziehung in Millionenhöhe vorgeworfen. Der seriöse Handelsverkehr werde durch die Praktiken dieser „fliegenden Holländer" empfindlich gestört, da sie es trotz vermehrter Auflagen immer wieder verstünden, die Zoll- und Finanzbehörden zu unterlaufen.

Fleißige Hobby-Gärtner

Berlin (dpa/VWD) – Fast ein Viertel des Obstes und ein Achtel des Gemüses, das 1983 in der „DDR" verbraucht wurde, kam von Hobby-Gärtnern. Die im „DDR"-Verband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter organisierten 1,2 Mill. Mitglieder trügen immer stärker zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln bei, meldete die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN. Kleintierzüchter lieferten 1983 mehr als zwei Milliarden Hühnereier an den Handel, die Pelzindustrie erhielt von ihnen rund 7,5 Millionen Kaninchenfelle.

GROSSBRITANNIEN / Für freien Luftverkehr

Vorstoß in Brüssel geplant

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung ist entschlossen, die ihrer *Ansicht nach* verkrustete und damit verbraucherfeindliche Struktur im innereuropäischen Luftverkehr aufzubrechen. Nachdem London lange Zeit ergebnislos versucht hat, die EG-Partnerländer zu einer Öffnung des europäischen Luftfahrt-Marktes und so über mehr Wettbewerb zu deutlich niedrigeren Flugpreisen zu überreden, soll jetzt auf dem nächsten EG-Ministerrat am 10. Mai ein Feldzug gegen restriktive Luftfahrt-Praktiken und künstlich hohe Flugpreise im Europa-Verkehr gestartet werden.

Nach Ansicht der Regierung Thatcher zahlt der Europa-Flugreisende heute im Schnitt 40 Prozent mehr für sein Ticket als eigentlich nötig wäre. *Die restriktiven bilateralen* Luftverkehrs-Abkommen zwischen den einzelnen Partner-Ländern, mit denen die meist staatlichen nationalen Fluggesellschaften vor Wettbewerb abgeschirmt würden, liefen nicht nur den Interessen Großbritanniens zuwider, sondern seien auch „ein flagranter Verstoß gegen die Römischen Verträge". Unter Führung von Verkehrsminister Ridley wird die britische Delegation im kommenden Monat die EG-Regierungen ultimativ auffordern, endlich die notwendigen Schritte in Richtung eines Gemeinsamen Marktes für den Luftverkehr zu unternehmen. Danach sollte den Fluggesellschaften jedes EG-Mitgliedslandes erlaubt werden, ohne Einschränkungen jede innereuropäische Route zu befliegen. Dies würde eine völlig neue Wettbewerbs-Situation schaffen mit allen damit verbundenen Vorteilen für die Flugreisenden wie niedrigere Flugpreise, größere Flugdichte, besserer Service und größere Auswahlmöglichkeit.

Mit seinem Vorgehen wird London ein neues Brüsseler Memorandum für die Öffnung des EG-Luftverkehrs unterstützen, das nach Ansicht der britischen Regierung ohne entschlossenen Beistand wieder einmal vom „übervorsichtigen Ministerrat" abgeblockt würde. Indirekt hat London bereits angedroht, daß es notfalls einen Alleingang starten wird, ohne für die Öffnung des Luftverkehrs zwischen den beiden Ländern eine Autorisierung durch die EG-Behörden abzuwarten.

SPANIEN / Budgetdefizit machte 1983 fünf Prozent des Bruttosozialprodukts aus

Sparpläne für den nächsten Haushalt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der spanische Haushalt für 1985 wird in Einnahmen und Ausgaben umgerechnet über 105 Mrd. DM betragen. Soviel wurde aus den Beratungen bekannt, die das Kabinett González drei Tage hindurch beschäftigte. Die laufenden Ausgaben werden mit etwa 82 Mrd. DM angesetzt, was einer absoluten Steigerung gegenüber dem laufenden Jahr um 1,2 Prozent auf 78,9 Prozent entspricht. Der Übertrag vom Haushalt 1984 beträgt 38,6 Mrd. DM.

Wie Finanz- und Wirtschaftsminister Miguel Boyer betonte, habe eine bessere Kontrolle der Staatsbetriebe und Behörden das Ansteigen der laufenden Ausgaben schon jetzt bremsen können. So sei mit einer Senkung des Defizits, dessen genaue Höhe nicht angegeben wurde, zu rechnen. 1983 betrug es 21,4 Mrd. DM, was 5,4 Prozent des Bruttosozialproduktes entspricht.

Für das laufende Haushaltsjahr prüfte das Kabinett Maßnahmen, um das Defizit 1984 auf etwa 22,8 Mrd. DM zu bringen. Die dazu notwendigen 5,2 Mrd. DM hofft der Finanzminister zu einem Drittel aus Einnahmeerhöhungen und zu zwei Dritteln *aus Einsparungen zu gewinnen*. Da dieses Sparprogramm als richtungsweisend für den kommenden Haushalt betrachtet wird, ist die Verteilung auf die einzelnen Ressorts schon jetzt von Bedeutung.

Zunächst einmal sollen ganz allgemein außerordentliche Kredite gesperrt werden, die von verschiedenen Ministerien bereits zugesagt wurden. Die Einsparungen betreffen im einzelnen Forderungen der staatlichen Telefongesellschaft an den Staat, die neu überprüft werden sollen. Eisenbahn- und Autobahngesellschaften müssen *mit* weniger *Zuschüssen* rechnen. Das Ministerium für Energie und Industrie wird seine Subventionen vor allem für die staatliche Gesellschaft zur Gasgewinnung (Enagas) reduzieren und der Verteidigungshaushalt wird um 140 Mill. DM verringert. Einsparungen sind unter anderem auch bei den Agrarsubventionen zu erwarten.

Ungewißheiten über die Möglichkeit, das Defizit des Haushalts 1985 tatsächlich einzuschränken, bildet unter anderem der restriktive Plan zur Gesundung der Industrie, der insbesondere die Unternehmen der staatlichen Holding INI betrifft, die nicht ganz 70 Prozent der Schwerindustrie kontrolliert. Nachdem INI, Regierung und Ministerium ein Jahr vergeblich versuchten, das Hochofenwerk Altos Hornos bei Sagunto am Mittelmeer zu reduzieren, kam es jetzt zu einem Übereinkommen mit den kommunistischen und sozialistischen Gewerkschaften, das den Gesamtplan erheblich verteuern wird. Danach erhalten die zu entlassenden 2000 Arbeiter drei Jahre hindurch vollen Lohnausgleich.

Außerdem garantiert die Regierung die Beschäftigung von etwa 500 Arbeitern in einer neuen spanisch-italienischen *Glasproduktion*. Dieses Übereinkommen dürfte richtungsweisend auch für andere staatliche Unternehmen, vor allem im Schiffbau, werden. Die Kämpfe um die Reduzierung müssen vor dem Hintergrund der Arbeitslosigkeit betrachtet werden, die zur Zeit nach neuesten Angaben 18,5 Prozent der aktiven Bevölkerung beträgt. (SAD)

ZANUSSI / Protest gegen Verkauf an Electrolux

Kapitalerhöhung notwendig

GÜNTHER DEPAS, Mailand

In Italien formiert sich eine Abwehrfront gegen die Absicht der Gründerfamilie Zanussi, die Aktienmehrheit des größten italienischen Elektrogeräte-Unternehmens an den schwedischen Electrolux-Konzern zu verkaufen. Nach dem Rücktritt des bisherigen Vorstandsvorsitzenden von Industrie Zanussi, Umberto Cuttica, der im Verwaltungsrat das private Firmenkonsortium repräsentierte, das seit 1983 die Sanierungspolitik bestimmte, erhebt sich jetzt Protest auch aus Gewerkschafts- und Politikerkreisen. Die Metallarbeitergewerkschaft befürchtet von der geplanten Übernahme, daß Zanussi seine *industrielle Unabhängigkeit* verliert.

Ähnliche Bedenken erhebt die Regierung der Region Friaul-Julisch Venetien, die Zanussi eine Finanzierung in Aussicht gestellt und daran die Bedingung geknüpft hatte, daß an der bisherigen Eigentumsstruktur keine Änderung vorgenommen wird. Die italienische Regierung ist bisher nur mit einer Stellungnahme von Industrieminister Renato Altissimo hervorgetreten. In einer Erklärung wies *er die an den Kapitalverhandlungen* beteiligten Partner darauf hin, daß eine Abtretung der Aktienmehrheit die staatlichen Sanierungs- und Umstrukturierungspläne in der Unterhaltungselektronik zu berücksichtigen habe. In der Unterhaltungselektronik ist seit vorigem Jahr eine staatliche Sanierungsgesellschaft tätig.

Demgegenüber wird in Expertenkreisen daran erinnert, daß die mögiche Beteiligung von Electrolux an Zanussi in erster Linie den Be*reich der weißen Elektrogeräte* betreffen wird, in dem das italienische Unternehmen in Italien führend ist. Zusammen mit Zanussi würde Electrolux einen Marktanteil von 35 bis 40 Prozent in Europa erreichen und damit den holländischen Philips-Konzern übertreffen, der in letzter Zeit große Anstrengungen unternommen hat, um seine Positionen auszubauen. In Italien hält Zanussi einen Marktanteil von rund 25 Prozent, Philips von 20 Prozent.

Die Firma Industrie Zanussi verlor mit einem Umsatz von 1800 Milliarden Lire im Jahre 1983 rund 130 Milli*arden Lire. Davon entfiel der größte* Teil auf die kürzlich ausgegliederte Unterhaltungselektronik, während der „weiße" Bereich mit Gewinn abschloß. Die inzwischen durch Ausgliederungen fast aller Produktionsbereiche nur noch Holding-Funktionen ausübende Firma verfügt über ein Kapital von 80 Milliarden Lire, dem Schulden in Höhe von beinahe 1000 Milliarden gegenüberstehen, davon 450 Milliarden Lire in Devisen. Einen Teil dieser *Schulden* haben sich die Gläubigerbanken zu konsolidieren bereit erklärt. Ohne eine *entsprechende Aufstockung* des Aktienkapitals bleibt die finanzielle Sanierung aber Stückwerk. Aus diesem *Grunde* wird auf die Dauer wahrscheinlich doch nichts weiter übrig bleiben, als daß die Gründerfamilie auf einen Teil ihrer bisherigen 90-Prozent-Quote am Aktienkapital verzichtet. Den Rest des Kapitals hält die österreichische Voest-Alpine.

Fiat-Tochter legt weiteres Werk still

J. Sch. Paris

In der französischen Automobil- und Reifenindustrie häufen sich die Entlassungen. Nach der Renault- und Peugeot-Gruppe sowie Michelin und Dunlop hat jetzt der zur italienischen Fiat-Gruppe gehörende Pkw-Hersteller Iveco-Unic die Stillegung seines Werkes in Trappes westlich von Paris beschlossen. Von den 4700 in drei französischen Werken beschäftigten Mitarbeitern sollen 1350 freigesetzt werden.

Die Firma steckt seit 1975 in den roten Zahlen. 1983 entstanden 344 Mill. Franc Verluste – zehn Prozent des Umsatzes. Bei einer Produktionskapazität von 24 000 Lkw wurden 1983 nur 6000 gefertigt. Der Iveco-Konzern hat in den letzten Jahren bereits drei größere italienische und neun kleinere deutsche Werke stillgelegt, um der europäischen Lkw-Krise besser standhalten zu können.

RVI: Verluste auch in diesem Jahr

J. Sch. Paris

Der Nutzfahrzeugproduzent RVI des staatlichen französischen Renault-Konzerns hat sein Geschäftsjahr 1983 bei einem Umsatz von 12,4 Mrd. Franc (minus 5,4 Prozent) mit 1,95 Mrd. Franc Verlust abgeschlossen, womit das Vorjahresdefizit von 0,95 Mrd. Franc um mehr als das Doppelte übertroffen wurde. Die Verwaltung erklärt dies mit dem Preiskrieg auf dem europäischen Markt. Um in Frankreich Marktanteile zurückzuerobern, wurden von RVI Rabatte von bis zu 50 Prozent gewährt. Gleichwohl schrumpfte der RVI-Anteil an diesem Markt auf 36,4 Prozent gegenüber noch 43,5 Prozent 1981. Inzwischen zeige sich aber eine gewisse Stabilisierung und für 1984 könne mit einem Anteil von 41 Prozent gerechnet werden. Trotz Belegschaftsabbau und guter Exporte in die USA wird mit einem Verlust in der Größenordnung des Vorjahres gerechnet.

„DDR" / Kernkraftwerkskapazitäten werden ausgebaut

Braunkohle wichtigster Energieträger

AFP, Berlin

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" hat angekündigt, daß in der „DDR" die Kernkraftwerkskapazitäten „verstärkt ausgebaut" werden. Dies werde „selbstverständlich bei voller Gewährleistung der Sicherheit" geschehen. Gegenwärtig arbeiten in der „DDR" die Zentralen von Rheinsberg, unweit von Neu-Ruppin (70 MW), die schon 1966 in Betrieb genommen wurde, sowie seit 1973 als erster rein industriell benutzter Komplex das Kernkraftwerk von Greifswald, das westlichen Quellen zufolge bis 1985 seine Kapazität auf 3520 Megawatt verdoppeln soll. Ein zweites, ebenso *großes* Kernkraftwerk *soll* denselben Quellen zufolge in den kommenden Jahren bei Stendal (Bezirk Magdeburg) errichtet werden.

Dem Bericht zufolge bleibt jedoch auf längere Sicht die Braunkohle der wichtigste Ausgangsstoff für die Energie- und Rohstoffversorgung. Rund 83 Prozent der Elektroenergie basieren gegenwärtig auf Braunkohle, deren „Vorkommen, bei einer vorgesehenen künftigen Jahresproduktion von 300 Millionen Tonnen, bis weit in das nächste Jahrhundert reichen". Die geplante Produktion für dieses Jahr liegt bei 288 Millionen Tonnen. Westliche Experten betonen, daß die „DDR" mit einem geschätzten Vorkommen an Braunkohle von 20 Milliarden Tonnen wirtschaftlich gewinnbar etwa zwei Prozent der *Weltvorräte besitzt, wegen ihres* Mangels an anderen Energierohstoffen jedoch der größte Braunkohleproduzent der Welt ist.

Die planmäßige Steigerung der Braunkohleförderung hat „Neues Deutschland" *zufolge entscheidend* dazu beigetragen, daß die „DDR" mit einer Pro-Kopf-Erzeugung von Elektroenergie von 6000 Kilowattstunden zu den acht führenden Ländern der Erde gehöre. Seit Gründung der „DDR" 1949 habe sich die Förderung der Braunkohle verdoppelt. Eine angestrebte „qualitativ neue Stufe" bei der Braunkohleveredelung soll diesen Rohstoff andererseits in den kommenden Jahren als Ausgangspunkt für Chemieerzeugnisse noch wertvoller machen.

Zur Umweltproblematik schreibt „Neues Deutschland": „Von großer Bedeutung sind die Forschungsergebnisse zur Verminderung von Schadstoffemissionen, die in unserer Republik entwickelt wurden. Das Verfahren *zur Rauchgasentschwefelung* mit Hilfe der trockenen Kalksteindosierung zur Braunkohle ist in*zwischen in der Praxis* erprobt. Seine Anwendung bei weiteren Heizwerken und Kraftwerken wird vorbereitet."

GOLF-REGION / Nachfrage nach Autos geht zurück

Nur Mercedes legt noch zu

AFP, Bahrain

Die glänzenden Absatzerfolge der japanischen, amerikanischen und europäischen Autohersteller in der Golf-Region sind angesichts nachlassender Einnahmen aus dem Ölgeschäft vorbei. Aus Kreisen der Industrie verlautete, in einigen Regionen sei der Absatz im vergangenen Jahr um bis zu 50 Prozent zurückgegangen. Die erfolgreichen 70er Jahre, als junge Araber ihre Autos fast wie Hemden wechselten, seien Vergangenheit, heißt es in Händlerkreisen.

Von dem Einbruch sind die Japaner, die den Markt in Saudi-Arabien, Katar, Bahrain, Oman, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) zu etwa 80 Prozent beherrschten, besonders betroffen, was durch geänderte Kursrelationen des Yen zum Dollar und damit steigende Preise verstärkt wurde. Aber auch amerikanische Fabrikate mußten Absatzeinbußen hinnehmen. Nur Nobelwagen *finden* weiter *Käufer*.

Insgesamt haben sinkende Ölpreise und eine geringe Nachfrage die Einnahmen am Golf deutlich gesenkt. Selbst in den ölreichen Staaten wurde Benzin teurer. Zuletzt hob Saudi-Arabien die Preise zum 1. April um 70 Prozent oder umgerechnet auf 36,25 Pfennig je Liter an.

Aus japanischen Kreisen verlautetet, daß im vergangenen Jahr in Saudi-Arabien der Absatz an Pkw und Lastwagen um rund 50 000 auf 386 000 zurückgegangen sei. In Tokio bezifferten Branchensprecher den Verkaufsrückgang bei Autos in die sechs Golf-Staaten im vergangenen *Jahr mit rund 60 000. Während 1982* dort noch 257 286 japanische Wagen verkauft werden konnten, waren es ein Jahr später nur noch 197 095.

Auch für die amerikanischen Automobilproduzenten erwies sich Saudi-Arabien im vergangenen Jahr als schwieriger Markt. Ihr Absatz ging um 39 Prozent zurück. Unterdessen konnte Mercedes seinen Absatz in Saudi-Arabien und den VAE stetig ausweiten. So erklärte ein Händler in Abu Dhabi, er habe im vergangenen *Jahr* 1600 Autos mit dem Stern verkauft. 1982 seien es lediglich 1200 gewesen. Saudi-Arabien gibt nach Schätzungen jährlich bis zu 1,7 Mrd. Dollar für ausländische Autos aus.

JAPAN / Starkes Interessse für Kugelhaufen-Reaktor

BBC sieht gute Chancen

dpa/VWD, Tokio

Die bundesdeutschen Kernkraftreaktor-Bauer rechnen sich gute Chancen aus, in Japan mit dem Kugelhaufen-Hochtemperatur-Reaktor (HTR) „das Rennen zu machen". Das Vorstandsmitglied von Brown, Boveri und Cie. (BBC), Mannheim, Alfred Selbach, berichtete auf der Deutschen Leistungsschau in Tokio bei einem Besuch des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) auf dem BBC-Messestand von einem „starken Interesse" der Japaner für den Kugelhaufen-Reaktor. Vom HTR wird derzeit von einem Firmenkonsortium unter Führung von BBC im nordrhein-westfälischen Hamm ein 300-Megawatt-Prototyp gebaut, der im nächsten Jahr ans Netz gehen soll.

„Es sieht so aus, als ob wir hier in Japan das Rennen machen und mit dem Kugelhaufen-Reaktor Resonanz finden. *Ich könnte mir vorstellen, daß* es in ein bis zwei Jahren in Japan einen Umschwung zugunsten des Kugelhaufen-Reaktors *gibt*", sagte Selbach in seinem Gespräch mit Rau. Selbach berichtete davon, daß der japanische Fuji-Konzern mit BBC am Vortag bereits einen zweiten Lizenzvertrag für *Einzelkomponenten* aus der HTR-Reaktorlinie abgeschlossen habe.

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sprach gegenüber dpa/VWD von einem günstigen Verlauf der Verhandlungen zwischen den japanischen Energie-Unternehmen Tokyo Electric und der Kraftwerk Union (KWU) über den Kauf bundesdeutscher Druckwasserreaktoren, die sich nach seinen Angaben noch in dieser Woche mit dem Besuch des Vizepräsidenten von Tokyo Electric in der Bundesrepublik intensivieren würden.

Ein Vertreter des Industrieverbandes Schneidwaren und Bestecke erläuterte auf der Leistungsschau, diesem Industriezweig sei es gelungen, den Japan-Export von 1982 auf 1983 um knapp *50* Prozent von *14* auf *20* Mill. DM Warenwert zu steigern. Die Deutsche Leistungsschau werde diesen Trend *mit sicherheit nachhaltig* bekräftigen.

UMWELTSCHUTZ / Entscheidendes Kriterium bei der Entstickung und Entschwefelung ist das „Abfallprodukt"

Kombinierte Anlage aus deutscher Produktion

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Gedanken dreier Parteien kreisen um die Großfeuerungsanlagen – bedenkend, bis zu welchem Grad die Umweltverschmutzer einer Säuberung unterzogen werden können: Der Staat, der die gesetzlichen Rahmenbedingungen schafft, die Elektrizitätswerke, auf die zusätzliche Kosten zukommen, und die Hersteller der säubernden Anlagen, die auf der Suche nach einer für alle Seiten akzeptablen Lösung sind, um möglichst viele *Projekte zu verkaufen*. Schwierigkeiten entstehen in diesem Dreiecksverhältnis vor allem deshalb, weil der Gesetzgeber seine Richtwerte dem neuesten technischen Stand anpaßt; Hersteller und Kraftwerksbetreiber geraten auf diese Weise *in Zugzwang*.

Die Grenzwerte bei der Entschwefelung, 400 Milligramm pro Kubikmeter Abgas ab 1988 laut Großfeuerungsanlagenverordnung, lassen sich im Grunde ohne Schwierigkeiten erfüllen. Die Techniken sind erprobt, so daß es für die Elektrizitätswirtschaft kein Risiko bedeutet, die Anlagen nachträglich in die Braunkohle-, Steinkohle- oder Heizöl-Kraftwerke einzubauen. Allerdings trifft die Elektrizitätswirtschaft die Qual der Wahl. Dabei geht es weniger um die Suche nach dem besten Entschwefelungsgrad, sondern vielmehr um das „Abfallprodukt", das durch den Reinigungsvorgang entsteht. Ziel ist natürlich, daß dieses Nebenerzeugnis absetzbar ist und auch in zehn oder zwanzig Jahren noch seinen Markt findet. Nur dann können Entschwefelungsanlagen wirtschaftlich betrieben werden.

Bei deutschen Entwicklungen sind *folgende Nebenprodukte* denkbar:

- Schwefeldioxyd, das zu Elementarschwefel oder zu Schwefelsäure *weiterverarbeitet wird, ist schlecht* transportierbar; der Abnehmer müßte also gleich neben dem Kraftwerk angesiedelt sein.
- Gemisch aus Gips und Kalziumsulfit, das sich weder weiterverarbeiten, noch lagern läßt.
- Gips, das den in der Industrie verwandten Naturgips ersetzen kann.
- *Ammoniumsulfat, das zu Dünger* veredelt wird.

Bisher haben sich die Kraftwerksbetreiber fast *ausschließlich für* die Gips-Lösung entschieden, wobei allerdings auch erst ein geringer Teil umgerüstet ist oder wird. Inzwischen beschäftigt die Gemüter die Frage, wie beispielsweise 1995 die Angebots- und Nachfragesituation beim Gips aussehen wird. Das Battelle-Institut, Frankfurt, schätzt den Gipsverbrauch in elf Jahren auf gut fünf Mill. Tonnen, den „Abfall" durch die Rauchgasentschwefelung, wenn zu 100 Prozent Verfahren mit Gips als Endprodukt angewandt werden, auf rund drei bis 3½ Mill. Tonnen. Zu bedenken sei bei dieser Rechnung allerdings, erklärt Rolf Eggersdorfer, Projektleiter für den Bereich Anlagen- und Verfahrenstechnik, daß auch in anderen Industriezweigen, beispielsweise in der Chemie, Gips als Nebenerzeugnis anfällt. Zudem sei *das künstlich erstellte Gut* nicht überall zu gebrauchen; in den Fällen könne auf Naturgips nicht verzichtet werden. *Die Gefahr* eines Überangebotes ist also nicht ausgeschlossen.

Dieser Unsicherheitsfaktor läßt sich bei Dünger als 100prozentigem Endprodukt zwar auch nicht ausschalten, meint der Experte, aber das Risiko scheine zumindest geringer. Wesentlichster Grund ist, daß für den Dünger ein internationaler Markt zur Verfügung steht, was beim Gips aufgrund der schlechten Transportfähigkeit nicht der Fall ist.

Der entscheidende Vorteil der auf Ammoniakbasis arbeitenden Anlage ist jedoch, daß ein deutsches Unternehmen diese Entschwefelungsanlage erweitert und mit einer Entstickungsanlage kombiniert hat. Schwefel und Stickoxyde werden gleichzeitig aus dem Rauchgas entfernt, als Bindemittel dienen eine Ammoniaklösung und Ammoniakgas. Endprodukt der Simultananlage ist ein hochwertiger, vielseitig verwendbarer Dünger.

Da die Regierung beschlossen hat, den Ausstoß von Stickoxyden auf 200 Milligramm pro Kubikmeter Abgas zu begrenzen, ist dieses kombinierte Verfahren, das in der Praxis noch nicht angewandt wurde, besonders interessant. Denn Kriterien, nach denen ein Kraftwerksbetreiber die Säuberungsanlagen auswählen, seien *aufgrund der neuen Auflagen vor* allem, inwieweit eine Entschwefelungs- mit einer Entstickungsanlage *kompatibel* ist *und* ob *sie* auch schärferen Anforderungen genügen würde, erklärt Eggersdorfer.

Bisher werden am *Markt nur* separate Entstickungsanlagen angeboten, bei denen zwar als Einsatzstoff ebenfalls *teures, energie-intensives* Ammoniak benutzt wird; als Endprodukte aber entstehen lediglich Stickstoff, *der durch den Kamin in die* Atmosphäre entfleucht, und Wasser, das verdampft. Zudem wurden diese Verfahren auf der Grundlage japanischer Lizenzen entwickelt. Die Japaner sind zur Zeit die einzigen, die schon in der Praxis entsticken. Allerdings lassen sich die japanischen Anlagen nicht unverändert in deutsche Kraftwerke einsetzen, da weder die Qualitäten der Kohlen, noch die Feuerungstechniken übereinstimmen. Auf tatsächliche, praktische Erfahrungen können die deutschen Hersteller, die Lizenzen erworben haben und sich entsprechend an die japanischen Entwicklungen anlehnen, daher nur zum Teil verweisen.

UHDE / Durststrecke im Anlagenbau hielt 1983 an

Innovation für neue Märkte

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Trotz des rapiden weltweiten Auftragsrückgangs aller Anlagenbauer habe man sich „recht gut behauptet", schreibt die Geschäftsführung der Uhde GmbH, Dortmund, in ihrem Jahresbericht 1983. Die als Engineering-Unternehmen auf den „verfahrensgebundenen" Anlagenbau mit Schwergewicht im Chemiebereich konzentrierte Hoechst-Konzerntochter mußte freilich in der Flaute gleichfalls Federn lassen. Der Auftragseingang fiel auf 608 (1007) Mill. DM mit nur noch 38,4 (89,4) Prozent Exportanteil zurück, wobei sich aber die damit georderte Zahl an Uhde-Ingenieurstunden sogar noch leicht erhöht habe. In dem auf 1,64 (1,82) Mrd. DM gesunkenen Auftragsbestand stecken immerhin noch 2,14 (2,27) Mill. Ingenieurstunden.

Einschließlich der Auslandstöchter nennt Uhde (erstmals) Welt-Zahlen mit 684 Mill. DM Auftragseingang, 1,82 Mrd. DM Auftragsbestand und 970 Mill. DM Umsatz, davon 782 (696) Mill. DM beim Stammhaus. Die „Stammbelegschaft" wurde weltweit zwar noch um 2,1 (13,9) Prozent auf 3373 Mitarbeiter aufgestockt, bei der GmbH aber mit 2454 (2462) Leuten nur knapp gehalten.

„Mit Innovationen neue Märkte erschließen", nennt die Firma ihre Strategie, Ausgleich für das einst traditionell große und durch Überschuldungsprobleme dieser Länder dezimierte Geschäft mit Ostblock- und Entwicklungsländern zu finden. Intensiv habe man da seit Jahren besonders in der Kohletechnologie, der Benzinherstellung aus Methanol, der Rauchgasentschwefelung und der Enegierückgewinnung Entwicklungsabeit geleistet.

Zwischenbilanz der Anstrengung: Die beiden ersten Aufträge für den Bau großtechnischer Kohlevergasungsanlagen in der Bundesrepublik (jeweils für 700 t Tagesdurchsatz von Braun- und Steinkohle) wurden hereingeholt, dazu in Partnerschaft mit einer schwedischen Ingenieurfirma der Planungsauftrag für eine wesentlich größere Vergasungsanlage bei Stockholm mit einem Jahresdurchsatz von 1,6 Mill. t Steinkohle.

BRÜGGEN MÜHLENWERKE / „Die klare Alternative zum Markenartikel wird vom Verbraucher honoriert"

Mit Cornflakes und Müsli gegen die Großen

JAN BRECH, Lübeck

Als klare „Alternative zum Markenartikel" verstehen Hinrich und Jochen Brüggen, persönlich haftende Gesellschafter der H. & J. Brüggen Mühlenwerke KG, Lübeck, ihr Sortiment von Haferprodukten, Cornflakes, Müsli und anderen Mühlenprodukten. Diese fest umrissene Politik hat der Firma, die 1884 in Lübeck eine Hafer-, Gerste-, Buchweizen- und Erbsmühle errichtet, beachtliche Marktanteile am Cerealien- (verzehrfertige Getreidekost) und Haferflokkenmarkt eingebracht.

Ohne die Leistungen eines Markenartiklers gegenüber dem Handel zu erbringen und bei strenger Kostenkontrolle, „müssen wir", so betonen die Brüder Brüggen, „im Durchschnitt 30 Prozent billiger sein als unsere Markenartikel-Konkurrenz". Diese Funktion der Marktergänzung hätten die Verbraucher bislang honoriert, fügt H. Brüggen hinzu.

Für das Jahr 1983 geben die Gesellschafter, die mit bemerkenswerter Offenheit zum ersten Mal über die Entwicklung ihres Hauses berichten, einen Umsatz von 42,5 Mill. DM an, der im Vergleich zum Vorjahr um 6 bis 7 Prozent höher liegt und in diesem Jahr auf 48 Mill. DM steigen soll. Jeweils zwischen 20 und 30 Prozent entfallen auf die Produktgruppen Haferprodukte, Cornflakes, die 1965 ins Programm aufgenommen wurden, Müsli, deren Fertigung Brüggen 1978 begann und das übrige Sortiment.

Künftiges Wachstum und eigene Marktchancen sieht man bei Brüggen vor allem im Cerealien-Markt, der zu etwa 50 Prozent aus Müsli und je 25 Prozent aus Cornflakes sowie anderen Cerealien besteht. Dieser Markt ist mengenmäßig, so J. Brüggen, in den letzten 20 Jahren um das Dreifache auf 23 000 Tonnen oder 360 Gramm pro Kopf der Bevölkerung gewachsen und zeige nach wie vor positive Tendenz.

Zusätzliche Anteile, besonders auf dem Markt für Cornflakes, hofft Brüggen durch eine jetzt erfolgte Erweiterung des Sortiments um 4 preiswerte Cereals-Artikel zu erobern. Damit schließt Brüggen von der Angebotsseite zu dem marktbeherrschenden Konkurrenten Kellogg auf, der bislang allein mit einem vollständigen Cerealien-Programm auf dem Markt war. Mit weitem Abstand zu diesem höherpreisigen Markenartikler gibt J. Brüggen den Anteil seines Hauses bei Cornflakes mit 16,7 Prozent an. Bei Müsli, dem größten Cerealien-Teilmarkt, reklamiert Brüggen fast 14 Prozent Anteil für sich. Auch dies bedeutet hinter dem Marktführer Schneekoppe Platz zwei am Markt vor drei weiteren großen Markenartiklern.

Der Menge nach mit 28 000 Tonnen noch größer ist der Haferflockenmarkt, dafür, so Brüggen, aber auch schwieriger. Der Markt wachse seit Jahren nicht mehr und stehe unter erheblichem Preisdruck. Im Windschatten des absoluten Marktführers P. Kölln, Elmshorn, hält Brüggen zusammen mit einem anderen Anbieter auch hier den zweiten Platz und einen Marktanteil von 13 Prozent.

An der Strategie, dem Verbraucher die Möglichkeit einzuräumen, zwischen „einem Markenartikel zum Markenartikelpreis und einem Brüggen-Produkt mit deutlicher Preisabstufung" zu wählen, wollen die Gesellschafter unbeirrt festhalten. „Indem wir eine preisliche Alternative bieten", erklärt J. Brüggen, „tun wir auch etwas für den Markt insgesamt."

Voraussetzung sei allerdings flexibles Marktverhalten und die Fähigkeit zur Innovation. Für die Erweiterung des Cerealien-Angebots habe Brüggen in den beiden letzten Jahren 4 bis 5 Mill. DM investiert.

Im Wettbewerb mit den übermächtigen Markenartiklern halten sich die Brüder Brüggen, die die Firma in dritter Generation führen, aufgrund ihrer konsequenten Marktpolitik im unteren Preisbereich für lebensfähig. Die Ertragslage bezeichnen sie als befriedigend, die finanzielle Ausstattung als solide. Es gebe keinen Grund, daran zu zweifeln, daß Brüggen auch in der vierten Generation in Familienhand bleibe.

BAUMEISTER-HAUS

„Weiße Flecken" werden gefüllt

adh. Frankfurt

Auf eine Stabilisierung des positiven Trends in diesem Jahr setzt die Baumeister-Haus GmbH, Frankfurt. Voraussetzung ist freilich eine Fortschreibung der Förderungsprogramme für den Wohnungsbau. Denn vor allem sie sorgten bei der Bau-Kooperation für eine kräftige Steigerung bei der Zahl der verkauften Ein- und Mehrfamilienhäuser um fast ein Viertel auf 1708 (1380) im vergangenen Jahr.

Mit ihrem „schlüsselfertigen massiven Familienhausbau Stein auf Stein" setzten die kooperierenden 82 (70) selbständigen mittelständischen Bauunternehmen der Gruppe knapp 600 (538) Mill. DM um. Rechnet man die übrigen Aktivitäten der Mitglieder hinzu, erreicht die Gruppe einen Umsatz von rund 2 Mrd. DM.

Mit dem Mitgliederzuwachs des vergangenen Jahres ist die Kooperation darangegangen, die bisher noch bestehenden „weißen Flecken" vor allem im Norden der Bundesrepublik zu füllen. Gleichzeitig wurde die Zentrale, die sich als Dienstleistungs- und Marketing-Zentrum für die angeschlossenen Unternehmen versteht, nach Frankfurt verlegt.

Bundesgeschäftsführer Werner Henn und die Gesellschafterunternehmen sind für die weitere Entwicklung zuversichtlich. Eine steigende Zahl von Haushalten signalisiere auch in Zukunft steigenden Wohnungsbedarf, an dem man mit „maßgeschneidertem Servicepaket" für den Bauherrn partizipieren will.

BREMER WERTPAPIERBÖRSE / Jahresbericht

Aktienumsatz verdreifacht

W. WESSENDORF, Bremen

Die Gesamtumsätze der Bremer Wertpapierbörse im Januar und Februar dieses Jahres erreichten das Niveau des Geschäftsjahres 1983, das den höchsten Umsatz der Nachkriegsgeschichte verzeichnete. Das erklärte Börsengeschäftsführer Axel Schubert gestern in der Hansestadt. Im März und April wurden allerdings Rückgänge verzeichnet. Die Bremer Wertpapierbörse ist der zentrale Kapitalmarkt für das nordwestdeutsche Wirtschaftsgebiet.

„Ohne den 1982 fertiggestellten Neubau der Börse hätten Umsatz und Arbeitsanfall im vergangenen Jahr nicht bewältigt werden können", hieß es zum Jahresbericht 1983. Der Gesamtumsatz wurde im Berichtsjahr um 25 Prozent gesteigert. Der Aktienumsatz erhöhte sich gegenüber 1982 um 170 Prozent. Schubert: „Damit verdreifachte er sich." Der Anteil des Aktienumsatzes lag bei 45 Prozent. Erstmals seit vielen Jahren ging der Rentenmarkt zurück, verlor 15 Prozent seines Umsatzes im Vergleich zum Vorjahr.

„Aber auch Zulassungsstelle, Freiverkehrsausschuß und Geschäftsführung hatten Verfahren über Zulassungen in einem Umfang zu bearbeiten, der alle vorhergegangenen Zahlen übertraf", sagte Börsenpräsident Manfred Schröder. So wurden 1983 Aktien mit einem Volumen von fast 3 Mrd. Mark zugelassen, bzw. einbezogen und insgesamt 159 Anleihen mit einem Emissionsvolumen von fast 45 Mrd. Mark eingeführt. Die Bremer Börse habe in den letzten Jahren besonderen Wert darauf gelegt, meinte Geschäftsführer Schubert, daß in Bremen notierte Emittenten über die Börse eine zusätzliche Publizität und Attraktivität erhielten. Die Geschäftspolitik sei auf eine weitere Verbesserung ausgerichtet.

„Das in den vergangenen Monaten lebhaft diskutierte 4. Marktsegment wird es nicht geben", unterstrichen Schubert und Schröder. Vielmehr werde der geregelte Freiverkehr verbessert und damit seine Attraktivität für Emittenten erhöht.

UNILEVER / Über 75 Länder aller Erdteile verstreut

Am erfolgreichsten in USA

BODO RADKE, Rotterdam

Der multinationale Unilever-Konzern hat seinen weltweiten Umsatz im vergangenen Jahr auf 59,4 Mrd. hfl (rund 53 Mrd. DM) steigern können. 1982 waren es 3,5 Mrd hfl weniger gewesen. Am erfolgreichsten ist Unilever, wie aus dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht hervorgeht, auf dem US-Markt. Die dortigen Konzerntöchter waren an der Umsatzsteigerung allein mit 2 Mrd. hfl beteiligt.

In den zu Unilever gehörenden Gesellschaften, die über 75 Länder aller Erdteile verstreut sind, waren am letzten Jahreswechsel 306 000 Mitarbeiter beschäftigt. Damit hat sich der Personalbestand innerhalb von zwölf Monaten um etwa 20 000 verringert. Der Betriebsgewinn erhöhte sich von 3 Mrd. hfl für 1982 auf knapp 3,3 Mrd. hfl im Berichtsjahr.

Die beiden Muttergesellschaften des Konzerns – Unilever N. V. in Rotterdam und Unilever PLC in London – arbeiten so eng wie irgendmöglich zusammen und haben identische Verwaltungsräte. In einem Interview mit der niederländischen Nachrichtenagentur ANP vertrat der in Pension gehende Vorstandsvorsitzende des Rotterdamer Zweigs, H. F. van den Hoven, die Ansicht, daß die Macht der multinationalen Unternehmen erheblich geringer sei als oft behauptet.

„Für einen Konzern wie Unilever", sagte er, „ist es unmöglich, die verschiedenen nationalen Regierungen in eine Richtung zu drängen, die sie nicht wünschen." Für die geschäftliche Tätigkeit in manchen bisher als besonders schwierig geltenden Entwicklungsländern zeichne sich inzwischen die Tendenz ab, daß die jeweiligen Regierungen in ihrer Haltung gegenüber Multis flexibler werden.

Von den insgesamt 306 000 Unilever-Mitarbeitern sind 137 000 in Firmen beschäftigt, die ihren Standort in den zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben. Die nächstgrößte Gruppe mit 78 000 Personen betrifft vom Konzern abhängige Unternehmen in Afrika. (SAD)

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Erfreuliches Ergebnis

Darmstadt (DW.) – Nach drei relativ mageren Jahren konnte der Verlag Hoppenstedt 1983 gemessen am Umsatz und Ertrag ein erfreuliches Ergebnis erzielen. Die Umsätze aller im Verlagshaus in Darmstadt zusammengefaßten Betriebe stiegen nach Angaben des Unternehmens um 14 Prozent von 27,4 auf 31,3 Mill. DM. In Darmstadt sind unverändert 300 Mitarbeiter tätig.

Baumaschinen-Zuwachs

Bonn (Stw.) – Die Gebr. Finger GmbH & Co. KG, Köln, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (31.01.) ihren Umsatz um 10,3 Prozent auf 55,4 Mill. DM gesteigert. Das Handelsunternehmen, das vier Niederlassungen besitzt und Baumaschinen, Landmaschinen, Transportgeräte sowie Motoren und Kommunalmaschinen vertreibt, erzielte den größten Zuwachs bei Baumaschinen. Bei Landmaschinen konnte der Vorjahresumsatz gehalten werden. Der Kostenanstieg sei auf nur 2 Prozent begrenzt worden, teilte das Unternehmen mit.

Kapital verdoppelt

Frankfurt (cd.) – Die Hauptversammlung des Credito Italiano hat eine Kapitalverdoppelung auf 320 Mrd. Lire durch Ausgabe von 200 Mill. Gratisaktien zum Nennwert von 500 Lire im Verhältnis 16:11 und durch Ausgabe von 100 Mill. jungen Aktien im Verhältnis 16:5 zu pari (500 Lire) beschlossen. Für das Geschäftsjahr 1983 wurde eine unveränderte Dividende von 85 Lire je Aktie gezahlt, die ordentlichen Reserven wurden um 15 auf 85 Mrd. Lire aufgestockt.

US-japanische Kooperation

Paris (J.Sch.) – Die verstaatlichte französische EDV-Gruppe Bull wird dank ihres Kooperationsvertrags mit der amerikanischen Honeywell Information Systems (HIS) von dem Abkommen profitieren, das diese jetzt mit der japanischen NEC getroffen hat. Danach kann auch Bull den technologisch führenden Zentralcomputer „F 1000" der NEC in ihre Datenverarbeitungssysteme einbauen. Die EDV-Anlagen sollen bei Bull 1986 verkaufsbereit sein.

NAMEN

Wolfgang Krueter, Leiter der Heidelberger Zement AG und Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Gips- und Gipsbauplattenindustrie, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Carl-Peter Schulthoff (39) ist mit Wirkung vom 1. April zum Geschäftsführer der Exxon Office Systems, Hamburg, ernannt worden.

Dr. Thomas Fejer, der über drei Jahrzehnte lang als Geschäftsführer bei der Comex Außenhandelsgesellschaft mbH, Düsseldorf, tätig war, ist kurz vor Vollendung seines 71. Lebensjahres gestorben.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Götz Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Frechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Warenpreise – Termine

Schwächer lagen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex kurz vor Sitzungsschluß. Während Kaffee Abschläge verzeichnete, konnte Kakao bis zur Berichtsstunde zulegen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	24. 4.	23. 4.
Mai	364,25	372,00
Juli	351,75	356,00
Sept.	352,75	356,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	24. 4.	23. 4.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	244,00	242,49
Amber Durum	211,40	232,79

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	135,70	136,10
Juli	140,60	140,60
Okt.	144,20	144,80

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	131,70	132,20
Juli	125,50	126,50
Okt.	118,00	119,00

Hafer Chicago (c/bush)	24. 4.	23. 4.
Mai	172,50	179,00
Juli	177,25	182,50
Sept.	182,25	187,00

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	351,50	361,00
Juli	351,00	360,50
Sept.	323,25	359,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	24. 4.	23. 4.
Mai	130,70	131,80
Juli	131,70	133,10
Okt.	125,80	128,80

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	24. 4.	23. 4.
Terminkontr. Mai	151,95	153,20
Juli	146,40	147,10
Sept.	143,90	144,25

Kakao New York ($/t)	24. 4.	23. 4.
Terminkontr. Mai	2568	2510
Juli	2608	2525
Sept.	2595	2535
Umsatz	–	1022

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	5,92	5,96
Juli	6,47	6,48
Sept.	6,96	6,97
Okt.	7,20	7,23
Jan.	7,85	7,85
Umsatz	11 870	8 655

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	24. 4.	23. 4.
	5,79	–

Kaffee London (£/t) Robusta-	24. 4.	19. 4.
Kontrakt Mai	2079–2080	2093–2095
Juli	2074–2075	2077–2079
Sept.	2054–2055	2051–2053
Umsatz	2276	2872

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1882–1883	1830–1832
Juli	1893–1895	1845–1847
Sept.	1885–1886	1832–1833
Umsatz	7279	5899

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	161,60–162,00	163,40–163,80
Aug.	175,60–175,80	176,60–177,00
Okt.	187,60–188,00	187,80–188,20
Umsatz	1209	3332

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	24. 4.	19. 4.
schw. Sarawak spez.	345,00	340,00
weißer Sarawak	640,00	635,00
weißer Muntok	647,50	645,50

Orangensaft New York (c/lb)	24. 4.	23. 4.
Mai	179,50	179,50
Juli	178,00	178,50
Sept.	177,00	177,10
Nov.	175,25	175,20
Jan.	173,25	173,70
Umsatz	–	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	24. 4.	23. 4.
Südstaaten fob Werk	53,00	53,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,00	30,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	32,65	31,80
Juli	32,65	31,83
Aug.	31,90	30,90
Sept.	30,60	29,70
Okt.	28,30	27,80
Dez.	26,80	26,80
Jan.	26,50	26,20

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	31,00	31,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,50	28,50
Choise white hog 4% fr. F.	21,00	21,00

Talg New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	18,50	18,50
yellow max. 10% fr. F.	16,75	16,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	55,70	55,45
Juli	58,45	58,15
Aug.	58,65	58,40

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Mai	67,90	67,05
Juli	68,65	67,90
Aug.	67,00	66,60

Häute Chicago (c/lb)	24. 4.	23. 4.
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	66,50	59,50

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	801,00	789,00
Juli	814,00	803,00
Aug.	805,50	796,50
Sept.	763,00	756,00
Nov.	722,50	722,00
Jan.	734,00	736,00
März	746,00	749,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	195,40	193,80
Juli	200,80	199,00
Aug.	202,00	200,50
Sept.	199,50	198,50
Okt.	192,50	193,80
Dez.	195,00	196,30
Jan.	195,50	198,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	24. 4.	23. 4.
Mai	357,80	354,70
Juli	365,70	362,70
Okt.	370,30	367,50

Kokosöl New York (c/lb)	24. 4.	23. 4.
Westküste fob Werk	53,50	53,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	24. 4.	19. 4.
jegl. Herk. cif	1170,00	1160,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	510,00	507,50

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	975,00	887,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	243,00	231,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1300,00	1190,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	290,00	290,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	24. 4.	23. 4.
Mai	80,15	80,45
Juli	80,75	80,85
Okt.	77,30	77,50
Dez.	75,08	77,50
März	–	–
Mai	–	–

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS -1:	56,50	56,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	24. 4.	19. 4.
Mai	416–425	416–425
Aug.	440–442	440–442
Okt.	442–444	443–448
Umsatz	13	121

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	24. 4.	19. 4.
Mai	49,40	49,30
Juli	49,90	49,90
Okt.	50,40	50,30
Dez.	50,30	50,30
Umsatz	–	1800
		Tendenz: stetig

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	24. 4.	19. 4.
Mai	565,6–580,0	568,5–568,0
Juli	572,0–573,0	582,5–583,0
Okt.	605,0–610,0	572,5–573,0
Umsatz	5	78

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	24. 4.	19. 4.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	24. 4.	19. 4.
April	13 910	13 899
Mai	13 873	13 979

Kautschuk London (p/kg)	24. 4.	19. 4.
Nr. 1 RSS loco	74,50–77,00	75,50–78,00
Mai	73,00–77,50	74,00–77,60
Juni	73,50–77,50	74,70–78,00
Juli/Sept.	76,80–77,10	77,80–77,90
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	24. 4.	19. 4.
Mai	242,50–244,50	246,50–247,00
Juni	245,00–246,00	247,50–248,00
Nr. 2 RSS Mai	240,50–241,50	243,00–244,00
Nr. 3 RSS Mai	237,00–238,00	239,50–240,50
Nr. 4 RSS Mai	230,00–231,00	232,50–233,50
		Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	24. 4.	19. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	24. 4.	19. 4.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	127,44–127,54	127,45–127,63
drittfolg. Monat	130,29–130,49	130,27–130,36
Zink: Basis London		
laufend. Monat	268,54–268,92	270,52–270,70
drittfolg. Monat	263,80–263,99	266,00–266,19
Produz.-Preis	292,17	288,18
Aluminium 99,5%	3694–3730	3678–3714

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	24. 4.	19. 4.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	418,18–420,08	419,23–421,11
Blei in Kabeln	135,00–136,00	135,25–136,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	24. 4.	19. 4.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	399–405	398–405
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	442	442
MS 63	437–442	438–443

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	24. 4.	19. 4.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	24. 4.	19. 4.
Leg. 225	441–463	441–463
Leg. 226	443–465	443–465
Leg. 231	473–495	473–495
Leg. 233	483–505	483–505

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	24. 4.	19. 4.
Platin (DM je g)	37,10	35,90
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 550	33 300
Rücknahmepr.	32 800	32 550
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 460	33 170
Rücknahmepr.	32 930	32 650
verarbeitet	35 110	34 870
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 190	32 915
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	807,70	807,30
Rücknahmepr.	801,20	791,00
verarbeitet	853,90	843,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	24. 4.	19. 4.
10.30	384,60	385,00
15.00	383,25	384,90
Zürich mittags	384,10–384,60	384,75–385,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 250	100 750
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	660,65	656,45
3 Monate	674,50	669,35
6 Monate	689,80	684,40
12 Monate	720,20	714,40

Platin (£-Feinunze) London	24. 4.	19. 4.
fr. Markt	285,40	280,65
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	115,35	112,95

New Yorker Preise	24. 4.	23. 4.
Gold H & H Ankauf	383,25	384,50
Silber H & H Ankauf	934,50	937,00
Platin fr. Händlerpr.	398,00–420,00	380,00–382,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	162,00–163,00	159,00–160,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
April	936,00	944,00
Mai	929,00	946,00
Juli	947,00	954,50
Sept.	965,00	969,00
Dez.	995,00	993,00
Jan.	–	–
März	–	–
Umsatz	–	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	24. 4.	23. 4.
April	66,85	69,35
Mai	66,50	69,50
Juni	68,10	70,20
Juli	69,30	70,65
Sept.	71,35	72,28
Dez.	–	74,35
Jan.	–	74,95
Umsatz	–	12 500

Londoner Metallbörse

	24. 4.	19. 4.
Aluminium (£/t) Kasse	957,50–958,50	geschlossen
3 Monate	978,00–979,00	geschlossen
Blei (£/t) Kasse	331,50–332,50	geschlossen
3 Monate	340,00–341,00	geschlossen
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	1090,0–1090,5	geschlossen
3 Monate	1107,0–1107,5	geschlossen
abends Kasse	1084,0–1085,0	geschlossen
3 Monate	1102,0–1102,5	geschlossen
(Kupfer-Standard) Kasse	1083,0–1085,0	geschlossen
3 Monate	1096,0–1098,0	geschlossen
Zink (£/t) Kasse	704,00–705,00	geschlossen
3 Monate	692,00–693,00	geschlossen
Zinn (£/t) Kasse	8875–8880	geschlossen
3 Monate	8878–8880	geschlossen
Quecksilber ($/Fl.)	310–325	310–325
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	82–87	84–87

Renten unter Druck

Verunsichert durch die anhaltende Zinsungewißheit in den USA, vor allem aber auch durch den steigenden Dollar-Kurs, gaben die festverzinslichen Werte an der Dienstag-Börse verbreitet nach. Öffentliche Anleihen wurden teilweise bis zu 0,30 Prozentpunkte zurückgenommen. Es fehlten hier vor allem Kaufaufträge aus dem Ausland. Unter Druck lagen ferner die DM-Auslandsanleihen. Die in der Vorwoche zu 100,25 DM an die Börse gekommene achtprozentige EWG-Anleihe sank auf 99,90 DM. Bei den Pfandbriefen war die Umsatztätigkeit minimal.

Bundesanleihen

		24. 4.	19. 4.
F 6 Bund 78 II	9/84	100	100
6¼ dgl. 75	9/84	100,8G	100,8G
6 dgl. 78 IV	12/84	100,05	100
6¼ dgl 79	1/85	100	100,05G
8½ dgl. 73 I	3/85	101,8	101,85
7 dgl. 79	4/85	100,7	100,7
7¼ dgl. 79 II	6/85	101,1	101,4
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,65	101,7G
8 dgl. 76 IV	10/85	101,75	101,85
5½ dgl. 78 II	3/86	98,1	98,15
5¾ dgl. 78	5/86	97,8	97,8
7½ dgl. 76 I	12/86	100,45	100,45
6½ dgl. 79	1/87	98,65	98,7
7¾ dgl. 76 II	1/87	100,35	100,5G
6¾ dgl 77	4/87	99,05bG	99,2
6½ dgl. 77	7/87	98,05	98,2
6 dgl. 77	10/87	96,5	96,5
6 dgl. 78 I	1/88	95,95	95,95G
6½ dgl. 78 I	9/88	97	97
6¾ dgl. 78 II	12/88	96,85	96,85
6¾ dgl. 79	1/89	97,45	97,45
7½ dgl. 79 I	4/89	98,85	99,1
10 dgl. 81	4/89	108,2	108,8
7½ dgl. 79 I	6/89	99,25	99,35bG
8 dgl. 79 I	7/89	101,4	101,45
8 dgl. 79 II	8/89	101,2	101,35
7½ dgl. 79 II	9/89	99,1	99,3
7¾ dgl. 79 II	11/89	100	100,2
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,85	100,1
10 dgl. 80	4/90	109	109,2
5¾ dgl. 78	5/90	92,1	92,2
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,4	101,5
8¼ dgl. 80 II	11/90	101,4	101,65
7¾ dgl. 82	11/90	99,25	99,5
9 dgl. 81	2/91	104,5	104,7
10½ dgl. 81	7/91	110,9	111,1
10¾ dgl. 81	9/91	113,55	113,7
10 dgl. 81 II	12/91	109,8	110
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,6	108,6
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,7	108,8bG
6 dgl. 78 II	3/93	90,25	90,4G
9,5 dgl. 82	4/92	107,6	107,7
9 dgl. 82	5/92	104,85	104,85bG
8½ dgl. 82	6/92	101,8	102,5
9 dgl. 82	8/92	104,6	104,8
8¾ dgl. 82	9/92	103,15	103,4
7¾ dgl. 82	12/92	97,7	98
7½ dgl. 83	1/93	96	96,35
7½ dgl. 83 II	3/93	96	96,4
7¾ dgl. 83 III	5/93	97,45	97,7G
8¼ dgl. 83	6/93	100,4	100,85bG
8 dgl. 83	7/93	99,35	99,6
8¼ dgl. 83 II	8/93	100,45	100,85bG
8¼ dgl. 83 III	10/93	100,35	100,65
8¼ dgl. 83 IV	11/93	100,35	100,6
8¼ dgl. 83 V	12/93	100,35	100,65
8¼ dgl. 84	1/94	100,35	100,6
8¼ dgl. 84 II	2/94	100,4	100,6
8 dgl. 84	3/94	99,25	99,4
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101	101,05bG
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,35	101,35
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,55G	101,55G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,4	102,45
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,2	102,25
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,85	101,9
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,7	101,8
7½ dgl. 80 S.8	8/85	101,35	101,35
8¾ dgl. 80 S.9	10/85	102,2	102,25
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	103,3	103,3G
9 dgl. 81 S.11	1/86	103,45	103,55
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	105,3	105,4
10 dgl. 81 S.13	3/86	105,6	105,8
9½ dgl. 81 S.14	4/86	105,2G	105,2G
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,9	106
10½ dgl. 81 S.16	6/86	107,25	107,25
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,6	108,65
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,8	108,05
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,8	106,85G
9½ dgl. 81 S.20	11/86	105,8	105,85G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	107,5	107,5
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,8	106,95
9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,85	105,95
9¼ dgl. 82 S.24	1/87	105,9	105,9
9½ dgl. 82 S.25	3/87	105,6	105,7
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	105,1	105,35
9 dgl. 82 S.27	4/87	104,55	104,65
8½ dgl. 82 S.28	5/87	102,8	102,8
9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,7	105,75
9 dgl. 82 S.30	8/87	104,2	104,4
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	103,45	103,65
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	102,05	102,25
8 dgl. 82 S.33	11/87	101,2	101,35
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	100,35	100,6
7½ dgl. 82 S.35	12/87	99,75	99,9
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	98,7	98,9
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	97,3	97,4
7 dgl. 83 S.38	5/88	97,7	97,85
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	98,6	98,7
7½ dgl. 83 S.40	6/88	99,5	99,5
8 dgl. 83 S.41	6/88	100,5bG	100,85
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,6	100,8
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,55	100,8
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,45	101,65
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,35	100,55
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,8	99

Bundesbahn

		24. 4.	19. 4.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,7G	100,7
8¼ dgl. 75	9/84	100,8G	100,8
6 dgl. 78 III	11/84	100	100G
F 6¼ dgl. 79	2/85	100,15	100,15
8½ dgl. 73	2/85	101,55	101,8
7 dgl. 77	2/87	99,6	99,6
6 dgl. 77	9/87	96,1	96,2
6 dgl. 78 II	7/88	94,55	94,7
6½ dgl. 77	5/89	95,35	95,45
8 dgl. 79 I	7/89	101	101,15
6 dgl. 78 I	2/90	92,15	92,4
8 dgl. 80 II	7/90	100,4	100,55
9 dgl. 81	3/91	104,45	104,6
10½ dgl. 81	9/91	112,15	112,35G
10¼ dgl. 81	11/91	111,15	111,3
8 dgl. 80 I	2/92	99,45	99,6
10 dgl. 82	2/92	110,05	110,25G
9½ dgl. 82	7/92	107,5	107,7G
8 dgl. 82	11/92	99,25	99,6
7¾ dgl. 83	1/93	97,25	97,6G
8¼ dgl. 83	10/93	100,45	100,6G

Bundespost

		24. 4.	19. 4.
F 6½ Bdpost 68	6/88	98,9G	98,9
8 dgl. 72 I	9/87	101,3	101,3G
10 dgl. 81	3/89	108,3	108,5
10¼ dgl. 81	6/89	109,3	109,4
8 dgl. 80	3/90	100,5	100,7
7¾ dgl. 80	9/90	99,5	99,7G
8¾ dgl. 80	12/90	103,6	103,8
10½ dgl. 81	10/91	112,35	112,5
9¾ dgl. 82	2/92	108,7	108,85
8¾ dgl. 82	6/92	103	103,4
8½ dgl. 82	10/92	101,7	101,95G
7¾ dgl. 83	2/93	97,4	97,65
8½ dgl. 83	9/93	101,7	102
8¼ dgl. 84	2/94	100,4	100,7

Länder – Städte

		24. 4.	19. 4.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	98,1G	98,1
8¼ dgl. 82	92	100,5G	100,75
M 7 Bayern 68	86	101G	101G
6½ dgl. 67	87	101,5G	101,5G
6 dgl. 68	85	99,5G	99,5G
6 dgl. 78	88	94,65	94,6G
8¾ dgl. 80	90	103,5G	103,5G
8¾ dgl. 82	90	103,5G	103,5G
7½ dgl. 83	93	95,5G	95,9
B 8½ Berlin 70	85	102,5G	102,5G
8 dgl. 72	85	101,5G	101,5G
7 dgl. 77	85	100,6G	100,8G
8½ dgl. 78	88	97,5G	97,5G
8¾ dgl. 80	88	104,25G	104,25
Br 7¾ Bremen 71	87	101,4G	101,4G
8 dgl. 72	87	101,7G	101,7G
7½ dgl. 83	93	95,8	95,8G
H 6½ Hamburg 70	85	101,15G	101,15G
6¼ dgl. 77	92	96,6G	95,6G
8 dgl. 80	92	100,25	100,3G
9¾ dgl. 82	92	108,35G	108,5G
7½ dgl. 83	92	95,9G	96,05
8¼ dgl. 84	94	100,25	100,25G
F 8 Hessen 71	86	100,75	100,75
5¾ dgl. 78	88	94,8	94,8bG
Hn 8½ Nieders. 70	85	101G	101G
7½ dgl. 72	87	100,8	100,8G
8 dgl. 72	87	101,7G	101,7
7½ dgl. 79	87	99,85	99,85
7¾ dgl. 82	92	97,5G	97,5G
8 dgl. 83	93	99	99G
8 dgl. 84	94	99,75	99,75
D 7½ NRW 83	93	95,3G	95,55
7¾ dgl. 83	93	97G	97
8½ dgl. 83	93	101,4	101,65
8¼ dgl. 83	93	100,45	100,2G
8¼ dgl. 84	92	100,4	100,4
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8	99,8G
8 dgl. 71	86	100,75	100,75
F 8½ Saar 70	85	100,75	101
7 dgl. 72	87	99,75G	99,75G
6 dgl. 78	89	95,1	95,1
H 6 Schl.-H. 64 II	84	99,8G	99,8G
7¼ dgl. 72	87	100,25G	100,25G
8½ dgl. 73	85	101,5G	101,5G
8 dgl. 84	94	99,5G	99,5bG
D 7 Essen 72	85	100,25G	100,25G
S 7½ Stuttgart 71	86	101G	101G
7¾ dgl. 72	87	101G	101G
8 dgl. 83	93	99,25G	99,25G

Bankschuldverschreib.

	24. 4.	19. 4.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5G
F 7½ Bekola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	103,85G	103,85G
10 dgl. Pf 108	108,25G	108,25G
7 dgl. KS 132	95,75G	95,75G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,9G	102,9G
M 5½ Bayer.Habe Pf 14	92,75G	92,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95G	95G
7 dgl. Pf 3	95,75G	95,75G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	98G	98G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	75bG	75bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	81,75G	81,75G
6 dgl. KS 1	99,4G	99,4G
M 6 Lds. Aufb. IS 15	97,75G	97,75G
6 dgl. IS 16	96,75G	96,75G
6 dgl. IS 17	95,5bG	95,5G
8½ dgl. KO 49	102bG	102,25G
8½ dgl. KO 48	102bG	102,25G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100G	100G
9½ dgl. Pf 105	100,5bG	100,5bG
10 dgl. KS 307	100,4G	100,4G
8½ dgl. IS 726	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	120G	120G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
6 dgl. Pf 4	91G	91G
6½ dgl. Pf 3	86,5G	86,5G
6½ dgl. Pf 12	85G	85G
7 dgl. Pf 20	97G	97G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103bG	103bG
7 dgl. Pf 31	99,8G	99,8G
8 dgl. Pf 34	94,5T	94,5T
6½ dgl. Pf 37	99bG	99bG
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	87,75G	87,75G
7½ dgl. Pf 87	93G	93G
6 dgl. KS 29	80,5G	80,5G
7 dgl. KS 30	99,1G	99,1G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120G	120G
5 dgl. Pf 54	116,5bG	116,5G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	87,5G	87,5G
6½ dgl. Pf 141	86,5G	86,5G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. KO 113	100,5G	100,5G
9 dgl. KO 217	101,75G	101,75G
9 dgl. KO 215	101,5G	101,5G
9¼ dgl. KO 218	101,5G	101,5G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118G	118G
5½ dgl. Pf 50	73,5G	73,5G
6 dgl. Pf 84	–	–
9 dgl. KS 139	103,8G	103,8G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 215	101,4	101,4
9 dgl. Pf 239	103,8G	103,8G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109G	109G
7 dgl. KS 35	100,1G	100,1G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	92,65T	92,65T
6 dgl. IS 71	99,8G	99,8G
6¾ dgl. IS 73	98,5G	97,6G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.K055-4	83G	83G
6 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,35G	100,35G
7½ dgl. KO 185	98T	98T
9 dgl. KO 129	102,25G	102,25G
10 dgl. KO 125	100,3G	100,3G
Hn 6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	-Ztg.	99,85G
10 dgl. KS 134	102G	102G
8¾ dgl. KS 140	101,2G	101,2G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	80G	80G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	74G	74G
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	79	79
B 9 Dt.Pf.Wl. Brl. 482	104G	104G
Br 8 Dt. Schiffsbk. Pf 46	100,3G	100,3G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,65G	99,65G
6¼ dgl. Pf 60	95,85G	95,85G
6¼ dgl. Pf 74	98,9G	98,9
6¼ dgl. Pf 76	98G	98G
Br 6½ dgl. Pf 77	95,2G	95,2G
6 dgl. Pf 42	99,85G	99,85G
8½ dgl. Pf 47	102,6G	102,6G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	70,5T	70,5T
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78	78G
6 dgl. Pf 130	92,8G	92,8G
6½ dgl. Pf 133	86,75G	86,75G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	80,7G	80,7G
6 dgl. 47	79G	79G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,95G	95,15G
8 dgl. Pf 73	101,55G	101,7G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.LHbg. Pf 96	82,5	82,25
6½ dgl. Pf 80	90,7G	90,7G
8 dgl. Pf. 248	100,6	100,6
9 dgl. KO 125	–	–
8 dgl. KO 175	101,8G	101,8G
9 dgl. KO 258	103,3G	103,3
9¾ dgl. KO 262	101,5G	101,5G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	114,5G	114,5G
5 dgl. Pf 12	70G	70G
7 dgl. Pf 25	95G	95G
10 dgl. Pf 40	101,5G	101,5G
6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100G	100G
5½ dgl. Pf 11	88G	88G
7 dgl. Pf 12	91,5G	91,5G
4½ dgl. KO 6	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100G	100G
8½ dgl. KO 81	100,4G	100,4G
S 6½ LKbK Badw. Pf 8	101,75bG	101,75bG
6 dgl. Pf 28	89,5G	89,5G
6 dgl. Pf 49	86G	86G
8¾ dgl. KS 8	101,75G	101,75G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	80,5G	80,5G
7 dgl. Pf 97	90,75	90,75
10 dgl. Pf 33	102,5G	102,5G
6½ dgl. KS 78	97,75G	97,75G
10 dgl. IS 85	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	86G	86G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	104,2	104,2
8½ dgl. Pf 42	99,15G	99,15G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	95,2G	95,2G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101,45G	101,45G
9 dgl. KO 53	102,5G	102,5G
7½ dgl. IS 8	100,25G	100,25G
10 dgl. IS 37	100,9G	100,9G
F 5 Pfälz Hypo. Pf 48	116G	116G
6 dgl. Pf 58	84,25G	84,25G
6 dgl. Pf 95	79G	79G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	125G
5½ dgl. K	110G	110G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	93,75G	93,75G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
9½ dgl. KO 58	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	71,25G	71,25G
7 dgl. Pf 125	97,75G	97,75G
7 dgl. Pf 128	90G	90G
8 dgl. Pf 177	103,75G	103,75G
6 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	–	–
8½ dgl. KS 110	102,5G	102,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	84,75G	84,75G
5½ dgl. Pf 43	84,75G	84,75G
6 dgl. Pf 56	79,2G	79,2G
7 dgl. Pf 61	88,5G	88,5G
8 dgl. Pf 70	101,35G	101,35G
9 dgl. Pf 88	101,9G	101,9G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,75G	98,75G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	90G	90G
5½ dgl. Pf 57	77G	77G
6½ dgl. Pf 143	94,75G	94,75G
7 dgl. Pf 87	95G	95G
7½ dgl. Pf 104	97,5G	97,5G
7 dgl. KS 49	94G	94G
7½ dgl. KS 81	101G	101G
8 dgl. KS 133	99,25G	99,25G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	103,5G	103,5G
9¼ dgl. KS 171	104,5G	104,5G
M 5 Vereinsbk. Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,4G	100,4G
D 8 WestLB Pf 350	101,4G	101,4G
6¾ dgl. Pf 403	97,75G	97,75G
9½ dgl. Pf 1007	108,2G	108,2G
8 dgl. Pf 1015	99,45G	99,45bG
7 dgl. KO 556	100,45G	100,45G
6¼ dgl. KS 420	96,25bG	96,25bG
9¼ dgl. KO 1301	105,2G	105,2G
8½ dgl. KS 1278	101,85G	101,85G
8 dgl. IS 1512	100,2G	100,2G
9¼ dgl. IS 1520	102,4G	102,4G
6½ dgl. IS 678	94,45	94,45
7½ dgl. IS 1503	100,45G	100,45G
D 4 Westf. Land. Pf 4	100G	100G
6 dgl. Pf 16	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	90G	90G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	101,5G	101,5G
9¾ dgl. Pf 564	103,7G	103,7bG
9¾ dgl. KS 294	102,9G	102,9G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Würt. Hypo. Pf 84	77,5G	77,5G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 6½ Würt. KoLa Pf 1	88,5G	88,5G
7 dgl. Pf 5	100,15G	100,15G

Sonderinstitute

	24. 4.	19. 4.
D 6 DSLB Pf 28	85G	85G
6 dgl. Pf 47	81G	81G
7 dgl. Pf 63	90G	90G
7½ dgl. Pf 99	90bG	90bG
8 dgl. Pf 104	100G	100G
8 dgl. Pf 165	100,25G	100,25G
5½ dgl. RS 45	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 73	97G	97G
8 dgl. RS 120	101,5G	101,5G
8½ dgl. RS 153	102,5G	102,5G
7 dgl. RS 162	96,75bG	96,75bG
8½ dgl. RS 172	104,25G	104,25G
9 dgl. RS 186	105,5G	105,5G
10 dgl. RS 193	105,5G	105,5G
11¼ dgl. RS 195	108,5G	108,5G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KFW 70	100,9G	100,9G
8 dgl. 70	101,4G	101,4
7¼ dgl. 79	99,85	99,85
8 dgl. 84	100,25	100,25
F 10 Kredit 81	109,75	109,75
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	101,85	101,85G
7½ dgl. 83	96,85	96,85
8¼ dgl. 83	100,6	100,6
F 6 Lastl.Rentbk. RS 14	99,85G	99,85G
6 dgl. RS 15	97,75G	97,75G
6 dgl. RS 16	96,65	96,65
6 dgl. RS 19	96,65G	96,65G
6 dgl. RS 20	99,9G	99,9G
6 dgl. RS 21	99,7G	99,7G
6 dgl. RS 26	99,8G	99,8G
7½ dgl. RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	97,25G	97,25G
7 dgl. 94	95,75G	95,75G
7 dgl. 99	100,5G	100,5
8 dgl. 101	100	100G
7½ dgl. 102	98,25T	98,25T
9½ dgl. 126	104,5G	104,5G
D 8 LAG TS 76	101,5G	101,5G
6½ dgl. TS 77	97,5G	97,4G
5½ dgl. 78	93,9G	94
7 dgl. 79	99,3	99,3

Industrieanleihen

	24. 4.	19. 4.
F 6 Badenwerk 64	99,65G	99,65G
6 dgl. 78	94,9G	94,9G
5 Bayernw. 59	98,75T	98,75T
F 8 Chem. Hüls 71	99,85T	99,85T
7¾ Cont. Gum. 71	99,85G	100bG
6 Dt. Texaco 64	99,75G	99,75bG
5¾ HEW 62	97G	97G
7½ dgl. 71	100,25G	100,25G
4½ Harpen 59	198G	198G
6 Hoechst 64	99,75G	99,75bG
6 Hoesch 64	99,6G	99,6G
7½ dgl. 71	99,75T	99,5G
7½ Karstadt 71	99,9G	100G
7½ Kaufhof 71	99,9G	100G
7¾ dgl. 71	99,9G	100
7½ dgl. 76	99,7T	99,7T
7½ Klöckner W. 71	99	98,7G
8 dgl. 72	99,6T	99,6T
5 Mannesmann 59	99,7G	99,7G
6 NWK 61	99,3	99,3G
6 dgl. 62	99G	99G
6 ObDon. Krwk. 64	95,5T	95G
F 6 Rh.Braunk. 63	95,8T	95,8T
6 dgl. 65	95,25G	95,5
6 RWE 63	96	95,1T
6 dgl. 65	95G	95G
7¼ dgl. 71	99,6	99,6
7 dgl. 72	99,3G	99,5G
6 Rh.-M.-Don. 62	97,5G	97,5G
6½ dgl. 69	99T	99T
8 Schleswag 71	99,8T	99,8xB
5 STEAG 59	99G	99G
7½ Thyssen 71	99,5G	99,5G
8 dgl. 72	99,8G	99,8G
7¼ dgl. 77	96,5G	96,5G
8 VEW 71	100T	100T
6¾ dgl. 77	96,25G	96,2
7 VW 72	99G	99G

Optionsscheine

	24. 4.	19. 4.
F 11 BASF Over Zee 82	62,4	63,2
7¼ Bayer Fin. 79	68,6	67
10½ Bayer Fin. 82	77,7	78
7¾ BHF Bk. Int. 83	112,1	117,1
6¾ Ciba-Geigy 75	985	1000T
3½ Commerzbk. 78	62,5	62
7 Combk. Int. Lux. 83	73	73,5
4½ Dt. Bk. Comp. 77	143,5	145
3½ Dt. Bk. Int. 83	143,5	144
8¼ Degussa 83	165	168
4 Dresdner Bk. Int. 83	61	62
4 dgl. 83 II	63,9	63,7
10 Hoechst 75	330	328,5
6¾ dgl. 79	76	76,7
8 Hoechst 83	94,1	94,5
7½ Jap.Syn.Rubber 82	2550	2520
5¾ Jusco 83	3480	3492
Mitsui 82	245	245bG
7¾ Siemens 83	198,5	198,8
6,875 Schering 83	113	114
4 Veba 83	53,1	53,7
6½ Wella F. 73	330bG	331
F 8½ BASF 74	66,9	67
Stumpf 78	80	80

Optionsanleihen

	24. 4.	19. 4.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	117G	117T
7½ dgl. 83 oO	79,4	79,75
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	123G	122G
F 3½ dgl. 78 oO DM	90,5T	91,5
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	134G	134G
4½ dgl. 77 oO $	85,75	84,5G
3¾ Dt. Bk. 83 mO	126,25	126,55
3¾ dgl. 83 oO	84	83,75bG
6¾ Dt. Bk. 83 mO	109,5	110G
6¾ dgl. 83 oO	73,25	74
4 Dresd. Bk. 83 mO	109,5	109,5
4 dgl. oO	84,8	85,1G
7½ Jap. Synth. 82	200T	199T
7½ dgl. 82 oO	101,75G	101,75bG
5¾ Jusco 83 mO	152	151,75
5¾ dgl. 83 oO	94,75G	94,75G
F 6½ Wella F. 73		
4 Veba 84 mO	120,5G	120,5G
4 Veba 84 oO	78,1	78
mO DM	129G	129G
6½ dgl. 73 oO DM	97	97T
F 8½ BASF 74 m O	147	147
8½ BASF 74 oO	100,5	100,75
3¼ Bayer 84 mO	120,5bG	120,75bG
5 Conti 84	64,3	65
5 Conti 84 mO	142,5	142,5
5 Conti 84 oO	80,5	80,6
M 3½ Stumpf 88 mO	172B	172B
M 3½ Stumpf oO	84B	85bG

Währungsanleihen

	24. 4.	19. 4.
6¼ Kopenhagen 72	95,5G	95,5G

Wandelanleihen

	24. 4.	19. 4.
F 5 Bayer 69	102,2	102,1T
H 6 Beiersdorf 82	167G	166
D 9 Girmes 74	380	380
6½ KSB 83	128T	126bG
F 6 Pfaff 84	115,75	115,4

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	24. 4.	19. 4.
F 4¾ AKZO 69	96T	96T
F 5 Asics Corp. 83	109	109,5T
F 3½ All Nippon 78	98,5G	98,5
F 3½ Asahi Opt. 78	122	123
F 4¾ Canon Inc. 77	391	390G
F 3½ Cas. Comp. 78	271,5G	280G
F 5¾ Daiei Inc. 80	140G	142
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	710G	700G
F 5 dgl. 79	475G	470G
F 5¾ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	139	137G
F 3½ Jusco Co. 78	108,75	108,25
F 6 Komatsu 76	154	152T
F 6 Konishiroku Pho. 81	131,25G	131,25G
F 6¾ dgl. 82	125G	125G
F 3½ Korakuen 78	106	108T
F 7½ Kraft Inc. 70	115	115T
F 3½ Marudai F 78	103	103,5G
F 6 Michelin Int. 70	95G	95G
F 5¾ Minolta 77	227,5T	221,75T
F 4 dgl. 79	174G	170G
F 6¼ Mitsub. Ch. 76	235T	226T
F 6,75 Mitsub. H 81	153,5	151
F 6 dgl. 81	113T	113bG
F 6 Nichii Co Ltd 80	132G	128G
F 3¾ Nippon Sh. 78	169G	169G
F 3½ Nissan Mot. 78	96	96,5
F 4 Nisshin Steel 78	218G	215G
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	230T	230T
F 3¾ Omron Tat 79	465T	450T
F 4¾ Orient Fin 79	272	275T
F 3½ Ricoh Comp. 78	234T	234T
F 6¼ Rothm. Int. 72	100	100
F 3¾ Sanden Corp. 78	115T	117G
F 3½ Sanyo Elec. 78	196T	198G
F 6¼ Sekisui 78	138,5G	138,5G
F 3½ Stanley 78	156G	152,5G
F 6 Taiyo Yuden 82	132G	132G
F 5 Texaco Int. 66	96,5	96,4
F 3½ Tok. Elec. 78	450G	460
F 4 Tokyu Land 79	113T	113T
F 3½ Trio Kenw. 78	103T	103G
F 6½ Uny Ltd. 79	240G	245G

Ausländische Aktien in DM

	24. 4.	19. 4.
F L'Air Liquide	175	–
D Akzo	85bG	85bG
F Alcan	83,3	83,5
F Alcoa	86bG	88,5
F Alg.Bk.Nedld.	340	340
F All Nippon Air	4,2G	4,2
M ALPS El.	28,7	28,3
F Amax	66,5	67
F Am. Cyanamid	125G	125
F Ameritech	171	170
D American Expr.	76	74,9
D Am Motors	12,25	12,3
F Am. T & T	41	41
F Amro Bank	61,5	62
F Anglo Am. Corp.	52,4	52
M Anglo Am. Gold	327B	326,5
F Arbed	80,5	78
D Armco	49,1	49,1
F Asahi Chem.	6	5,8
M Atl. Richfield	126,2	127,3
H Atlas Copco	42G	43
M Avon	53	53,6
D Baker Int.	55,5	54,5
F Ball Canada	22,5	–
F Banco de Bilbao	24,8	24,7
F Banco Central	26,9	27
F Banco Hisp. Americ.	19,1	19,1
F Banco de Santander	20,2	20,2
F Banco de Vizcaya	32,1	31,9
F Barlow Rand	30	29
M Baxter Trav. Lab.	45,8	43,7
D Beatrice Foods	80,5G	81G
F Bell Atlantic	176,5	175,5
D Bell Canada	61G	60G
F Bell South	234,5	232
D Bethlehem Steel	70bG	70
F Black & Decker	59,5G	60
F Boeing	100,5	100,5
M Bougainville Copper	6,5bB	6,5B
F Bowater	12T	12
D BP	18,5bG	18,5bG
M Broken Hill	29,5G	27,7exD
F Bull	11,25T	11,25
F Cdn. Pacific	91,5	90
F Canon	15,9	15,4
F Casio Comp.	15,2T	16
F Caterpillar	127	125
D Ch. Manhattan	128,5exD	127bG
F Chrysler	66,5	66
M Citicorp.	90	90
F City Investing	94G	95G
F Coca-Cola	144G	145
D Colgate	61G	60,5G
M Commodore Int.	103,3	100
M Comm. Satellite	65,8	67,7
F Cons. Gold F.	22	22
D Cont. Group	89G	89G
F Control Data	78,5	81
H Courtaulds	5,2G	5,2G
M CRA	14,8	14,65
M CSR	8,9	8,95
F Daiei	8,5G	8,5G
F Dart & Kraft	194G	195
M De Beers Cons.	20,7	20,6
F Deere Comp.	85	86G
F Delta Air Lines	90,5	88
F Diam. Shamrock	55	56
M Digital Equipm.	234	236
M Disney Prod.	158,1	164
H Distillers	8G	8G
M Dome Petroleum	7,75	8
D Dow Chemical	81G	81
D Dresser	58,5	56,8bG
M Driefontein Cons.	102,4	101,3
D DuPont	126	130bB
H Dunlop	1,6G	1,6G
D Eastern Air Lines	16	16,05
F Eastman Kodak	185,5	183
F Eaton	127G	124G
F Elf Aquitaine	81	79,1
F Emhart	85	85
D Ericsson	112G	112G
D Esmark	112G	112G
D Exxon	106bG	105,5
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	6,65	6,7T
D dgl. Vz.	5,15	5,1G
F Firestone	–	–
D Fisons	29G	29G
M Fluor	56,5	57,8B
D Ford	92,2	95
F Fujitsu	15,4	15,4
F General Electric	144,5	143,5
F General Foods	132G	130G
F General Mining	62T	59,8
D General Motors	170B	170G
D Gen. Shopping	331G	333G
D Gevaert	153T	152T
F Goodyear	68,1	68
H Grace	112	112G
F Greyhound	63G	63G
D GKN	7,2G	7,3G
F Gulf	209	204
F Gulf Canada	38	38,5
D Halliburton	111,9	112,2
M Hewlett Packard	93,3	91,7
D Highveld Steel	12,4G	12,2G
D dgl. o.D.	12,4G	12,2G
F Hitachi	1101	1101
M Holiday Inns	104,5	109,5
F Homestake	84,9	84,8
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,45	2,5G
D Hoogovens	42G	42G
D Hughes Tool	52	55
F IBM	292,5	294,5
F ICI	23	22,6T
M Impala Plat. Hold.	43	42,9
M Imperial Oil	81,5	80,5
M Intern. Harvester	20,7	21,4
F Inco	35,5	36
F Int. T & T	97	102
D Istituto Fin. Ind.	8,9G	8,7G
F Italcementi	78G	77G
F Izumiya	12T	12T
F Japan Line	1,65	1,65T
D Jusco	9,8G	9,6G
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,5G
F Kawasaki Steel	2,2G	2,2
M Kloof Gold Min.	141,9	140,8
F Komatsu	6	5,75
D KLM	155	154,8
F Konishiroku Photo	7,6G	7,6G
F Kubota	3,8G	3,8G
D Lafarge	126T	124T
D Litton Ind.	179	179
F Lone Star	70G	71G
D LTV	43,1	44,5bG
M M.I.M. Hold.	17,55	17,3
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	4G	4G
F Marudai Food	7,5G	7,5bG
D Matsushita El.	22,6	22,5bG
M McDonald's	175B	177
M Merril Lynch	63,2	61,5
F McDonnell D.	132,5	134
M Minerals & Res.	27,5	27,4
D Minnesota M.	194G	191G
D Minolta Camera	7,2G	7,15G
F Mitsubishi Chem.	3,4T	3,4T
F Mitsubishi El.	4,95	5,15
F Mitsui Bk.	11,1G	11,1G
F Mitsui & Co.	4,2G	4,2G
F Mitsui Engin.	1,75G	1,75G
F Mitsui O. S. K.	1,8G	1,8
F Mitsumi El.	14	14,05
H Mobil Corp.	82,8	82
F Monsanto	248,5	245,5
F Montedison	0,35	0,35
F Murata	33G	33
M Nat. Semicond.	38,2	36,8B
D Nat. Westminster	24,5G	24G
F NEC Corp.	16,1	16,3
F Nestlé	6260	6181
F Nestlé Tz.	620G	616
D Nikko Sec.	6,2T	6,2T
F Nippon Kokan	1,75	1,8
F Nippon Shinpan	7,7G	7,6G
F Nippon Yusen	2,8G	2,8G
F Nissan Motor	8bG	7,9G
F Nisshin Steel	2,3	2,35
F Nissho-Iwai	3,5G	3,5G
D NL Industries	41	43G
F Norsk Hydro	211,3bG	213,8bG
F Nynex	159	157,5
H Occ. Petroleum	81,5	80
F Océ v. d. Grint	209G	210G
F Olivetti St.	–	7,2
F Olivetti Vz.	6,8	6,7
F Olympus Optical	10,7G	10,7
H v. Ommeren	25,5G	26,2
F Omron Tateisi	25,5G	25,5
F Pacific Telesis	147	146
F Pakhoed	54,1	54,8
F Pakhoed Z.	53,5G	53,5G
M PanAm	16,4	16,8G
D Parker Drilling	30,2	31,5
F Peko Wallsend	12,9	12,95
M Pepsi	106	105
F Pernod-Ricard	235T	235T
F Peugeot	73	73
F Philip Morris	169	173
H Philips	42,8	42,6
D Phoenix Ass	18T	18T
M Pioneer El.	29,2	29,2
F Pirelli	2,55	2,5
M Polaroid	74,5	74,6
M Prime Computer	40,9	41,4
F Procter & G.	129	130
D Ramada Inns	21,6	20,5B
M Ranger Oil	23,5	22,6
F Rank Org.	8,8	8,8
F Ricoh	12,7T	12,7T
F Rio Tinto NA-St.	24,8bG	25,1
F Rio Tinto Zinc	24G	24G
H Robeco	283,5	287,5
F Rockwell	67,5	67,5
H Rolinco	279	280
F Rorento	179G	180G
F Rothmans Int.	4,9G	4,95
D Rowan Cos.	35,8	36,1
H Royal Dutch	137	137,8
M Rustenburg Plat. Hold	32	32B
F Sanko Steamship	2,1T	2,1T
F Sanden Corp.	6,7G	6,9G
M Santos	17B	16,95
F Sanyo Elec.	6,35	6,25
F Sanwa Bk.	12G	12G
M SASOL	11,05	10,9
F Schering Plough	92,5	96G
F Schlumberger	139,3	140,3
F Schw. Alum.	990	990
F Schw. Bankverein PS	333	335,5
F Schw. Bankverein OR	7,75	7,9
M Sears, Roebuck	87	85,3
F Seiyu Stores	88	88
F Sekisui House	6,5G	6,5G
F Selected Risk	45G	45G
F Shell Canada	52,5	52
H Shell T & T	23	23
D Singer	68	70,5
F Sna Bpd	2,6	2,58
D Solvay	189G	189G
D Sony Corp.	42T	42,65G
F Southwestern Bell	150	147,5
D Sperry Corp.	104	104
F Squibb	115G	115
F Standard Oil	130	130
F Stanley Elec.	9,4G	9,4G
F Steyr-Daimler-P	20,3	20,2
F Sumitomo	6,35	6,4
F Sumitomo Heavy	2,5	2,5
D Sumitomo Metal	1,9G	2bB
D Sun	153	145G
M Sunshine Mining	37	37G
F Swissair	1300	1296
F Taisei Kens.	2,5G	2,5G
M Tandy	90,3	91,7
F Taiyo Yuden	14,5G	14,5G
F Tenneco	111	110
D Texaco	107	105
F Texas Instruments	370	365
D Thomson-CSF	98T	98T
D Thorn Emi	24G	25,5G
F Tokyo El.	18,4	18
D Tokyo Pac	368G	370G
F Tokyo Sanyo El.	9,5G	9,4G
D Toray	5,35bG	5,35
D Toshiba	4,85G	4,9
F TRIO Kenwood	6,5G	6,5G
F TRW	171G	173G
D UAL	85	86B
H Unilever	224,5	226,5
F Union Carbide	152,5	155
D Uniroyal	34,5G	33
F United Techn.	170	172
F US Steel	75	75,9
F US West	152,4	153,5
M Vaal Reefs Expl.	354,5	345,3
D Vmf-Stork	98T	98T
D Volvo A	159G	157G
D dgl. Nam B	159G	157G
F Warner Commun.	–	59
F Warner Lambert	–	91G
F Wells Fargo	96G	96
M Western Deep L.	169,2	167,5
M Western Mining	10,3	10,25
M Westinghouse El.	120,8	121,5
F Westf.-Utrecht H.	83,1	83,4
D Xerox Corp.	108,5G	105,1

FINANZANZEIGEN

Aktien nur knapp gehalten

Fehlende Kundenaufträge sorgten für nachösterliche Ruhe

DW.- Der Aktienhandel kam nach der viertägigen Osterpause nur schleppend wieder in Gang. Die Banken klagten allgemein über Ordermangel. Auch Ausländer zeigten sich wenig interessiert. Die Streiksituation in der Bundesrepublik wird von ihnen mit Aufmerksamkeit verfolgt, heute kann bereits von einem internationalen Vertrauensschwund für DM-Papiere die Rede sein. Da sogenannte „Angstverkäufe" bisher ausgeblieben sind, blieben die Kurse widerstandsfähig, wenn sich auch kleinere Einbußen nicht vermeiden ließen.

Autoaktien tendierten uneinheitlich. Zu einem sensationellen Kursanstieg kam es bei Elikraft, die am vergangenen Donnerstag wegen der bevorstehenden Kapitalzusammenlegung bis auf 29,50 DM zurückgenommen worden waren, jetzt aber zu 45 DM umgingen. Sehr fest notierten auch die Commerzbank-Restquoten, wo Oppositionsgruppen versuchen, die Streichung der Börsennotiz für die Altbank zu verhindern. Die bevorstehende Kapitalerhöhung der Deutschen Bank hat sich bislang nicht als Belastung erwiesen. Im Handel „per Erscheinen" wurde ein Porsche-Kurs von 1 115 DM genannt, nach 1 175 DM am vergangenen Donnerstag.

Düsseldorf: Bilfinger ermäßigten sich um 4 DM auf auf 181 DM, Fordwerke gaben um 30 DM auf 1050 DM nach und Keramag sanken um 3 DM auf 174 DM. Conc. Chemie erhöhten sich um 15 DM auf 710 DM, Küppersbusch zogen um 9 DM auf 279 DM an und Leffers befestigten sich um 9 DM.

Frankfurt: Elikraft stiegen ebenfalls bei Doppelplus um 16,70 DM auf 45,00 DM. Es kommt offenbar nicht zu dem befürchteten Kapitalschnitt, ansonsten blieben Stuttgarter Hofbräu 455 DM plus 13 DM, Cassella 479 DM plus 9,20 DM, Veith-Pirelli 178 DM plus 8 DM und Rheinelektra 446 DM minus 9 DM.

Hamburg: Beiersdorf erlitten mit 343 DM minus 7 DM sowie Markt und Kühlhallen mit 330 DM minus 5 DM größere Verluste. Phoenix Gummi gaben auf 136,20 DM minus 2,30 DM nach. Andererseits wurden Reichelt mit 129,50 DM plus 2,50 DM und Triton mit 133,50 DM plus 2 DM gehandelt. Bremer Vulkan gingen zu 64 DM plus 1 DM aus dem Markt.

München: Etienne Aigner erhöhten sich um 2 DM auf 299 DM, Audi NSU befestigten sich um 5 DM auf 275 DM und Deckel AG verbesserten sich um 3 DM auf 133 DM. Agrob St. sanken um 7 DM auf 285 DM, Dywidag verminderten sich um 5 DM auf 187 DM und Wanderer ermäßigten sich um 5 DM auf 270 DM.

Berlin: Engelhardt zogen um 13 DM an. Berliner Kindl konnten sich um 2 DM erholen, Schering ebenfalls um 4 DM und DUB-Schultheiss um 3 DM. Herlitz Vz. bröckelten um 1 DM ab. Rheinmetall wurden um 1 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex : 149,5 (149,7)
WELT-Umsatzindex : 1424 (1695)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

AEG, BASF, Bayer, Bayer. Hypo, Bayer. Vbk., BMW, Commerzb., Conti Gummi, Daimler, Dt. Bank, Dresdner Bk., DUB, GHH, Harpener, Hoechst, Hoesch, Holzmann, Horten, Kali + Salz, Karstadt, Kaufhof, KHD, Klöckner-W., Linde, Lufthansa St., Lufthansa VA, Mannesmann, MAN, Mercedes-H., Metallges., Preussag*, RWE St., RWE VA, Schering, Siemens, Thyssen, Veba, VEW, VW, Wella, Philips**, Royal D.**, Unilever**

Kurswert in 1000 DM

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Geschlossen

Mailand

London

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 24. 4. 84. 569 Optionen = 31 100 (28 450) Aktien, davon 152 Verkaufsoptionen = 9150 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-100/3,9, 7-110/2,6, 10-95/10, 10-120/2,8, 1-100/11,4, 1-120/6, BASF 7-160/11, 10-180/5,6, 1-170/13,5, 1-180/8,4, 1-200/4,5, Bayer 7-160/14, 7-170/6,4, 7-180/4,4, 10-180/7,8, 10-190/4,9, 10-200/3, 1-170/18,4, Bekula 10-95/4,5, 1-100/6,3, BMW 7-430/7,4, Commerzbank 7-190/3,2, 10-1900/6,1, 10-200/3,5, 1-190/8,6, 1-200/7,4, Conti 7-140/2,9, 7-150/2,4, 10-130/11, 10-140/5,5, 1-130/16, Deutsche Babcock St. 10-160/18, 10-170/8,3, Deutsche Bank 7-400/6, 10-400/14, 1-390/33, 1-400/15,5, Dresdner Bank 7-170/12, 7-180/5, 10-180/9, GHH Vz. 10-140/10, Hoechst 7-170/14, 7-180/7,5, 7-190/4, 10-200/4,1, 1-190/9,8, Hoesch 7-110/12, 7-120/4,4, 7-130/7,5, Kaufhof 7-260/3, 10-260/7, Kloeckner 7-65/3, 10-65/5,05, 10-70/4, 1-65/10,4, MAN 7-150/6, 10-160/5,3, Mercedes 7-510/15,4, Metallges. 10-240/22, Mannesmann 7-140/8, 10-140/13, 10-150/7, 1-140/17, 1-150/11, Preussag 10-280/15, RWE Vz. 7-170/2,9, Siemens 7-390/22, 7-392/18,4, 10-42/5, 10-410/15, Thyssen 7-90/2,85, 10-85/7,4, 10-90/4,7, 10-95/2,65, 10-100/2,6, Veba 7-170/5, 7-190/1, 1-180/6,4, VW 7-200/12, 7-220/4, 7-230/2, 10-200/19,8, 10-210/10, 10-220/5,2, 10-230/4, Alcan 10-90/8,9, Chrysler 7-65/6, 7-70/4,2, 7-80/2, 10-70/6,6, Elf 7-65/17, 7-70/12,65, 7-80/4, 10-75/9,6, Philips 7-45/1,5, Royal Dutch 7-130/12,15, 7-140/4,8, Sperry 1-110/10,5, Xerox 10-110/8,5; **Verkaufsoptionen:** AEG 7-90/1,8, 10-90/3,2, 10-95/4,5, 1-85/3, 1-90/4,9, 1-100/10, 1-110/17,4, BASF 7-160/2,1, Bayer 10/170/4,4, 1-160/2, BMW 7-400/12,5, Commerzbank 1-170/3,5, Conti 7-130/3, 1-130/5, Deutsche Bank 10-380/8,8, 1-370/8, 1-380/13, Degussa 1-380/2,1, Dresdner Bank 7-170/2,1, 7-180/6, 10-170/2,5, 1-170/4,1, Hoechst 7-170/1,5, 1-170/6,2, Hoesch 7-110/3,5, Karstadt 1-260/11,6, Kloeckner 7-60/2, 1-60/4,5, Mannesmann 7-140/3, Thyssen 7-85/2,5, 1-80/3, Veba 1-160/2, VW 7-200/5,5, 10-200/7, 1-190/4,3, 1-200/8, Alcan 7-90/7,2, Chrysler 7-65/2, 7-80/13,5, 10-80/2,6, 10-65/4,8, 10-75/9,2, IBM 7-290/5, Litton 7-160/5, 10-160/7,2, 1-160/9,2, Philips 10-40/1,5, 10-45/4,3, 1-40/1,7, 1-45/4,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 24. 4.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10½–10¾	5¼–5½	3⅞–3⅛
3 Monate	10⅞–11⅛	5½–5¾	3⅝–3⅞
6 Monate	11⅛–11⅜	5¾–6	3⅞–4⅛
12 Monate	11⅜–11⅞	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1625,00	2000,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1250,00	1508,70
5 US-Dollar (Liberty)	460,00	649,80
1 £ Sovereign alt	245,00	302,10
1 £ Sovereign Elizabeth II.	258,00	288,42
20 belgische Franken	181,00	235,98
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	234,00	288,44
Krüger Rand, neu	1047,00	1233,48
Maple Leaf	1047,00	1233,48
Platin Noble Man	1105,00	1299,60

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	261,00	334,90
20 schweiz Franken „Vreneli"	202,00	254,22
20 franz. Franken „Napoléon"	194,00	245,10
100 österr. Kronen (Neuprägung)	966,00	1165,08
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,38
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	458,00	562,02
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	107,00	144,78

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

24. 4. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York2)	2,6725	2,6805	2,6411	2,62	2,71
London1)	3,779	3,793	3,757	3,72	3,87
Dublin1)	3,060	3,074	3,012	2,96	3,11
Montreal2)	2,0784	2,0400	2,0844	2,04	2,13
Amsterd.	88,555	88,775	88,56	87,75	89,75
Zürich	120,750	120,950	120,85	119,75	122,50
Brüssel	4,891	4,911	4,833	4,72	4,92
Paris	32,435	32,595	31,915	31,75	33,50
Kopenh.	27,150	27,270	26,80	26,25	28,25
Oslo	34,880	35,000	34,29	34,00	35,75
Stockh.**)	33,800	33,960	33,43	33,00	34,75
Mailand2) **)	1,611	1,621	1,576	1,58	1,68
Wien	14,188	14,228	14,173	14,11	14,33
Madrid**)	1,768	1,778	1,723	1,73	1,86
Lissabon**)	1,970	1,990	1,898	1,65	2,45
Tokio	1,1860	1,1890	–	1,145	1,205
Helsinki	46,890	46,090	46,78	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,08	0,33
Athen*) **)	2,4960	2,5530	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4530	2,4720	–	2,38	2,49
Johannesbg.*)	2,1320	2,1510	–	1,88	2,13

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Das starke Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten im 1. Quartal 1984 sorgte weiterhin für festere Dollarkurse. Unverändert negativ für die D-Mark wirkte sich die ungelöste Situation in der Metallindstrie aus. Nach einem Tagestief von 2,6635 wurde am 24.4. der Dollar bis 2,6785 bezahlt. Interventionen der Notenbank zugunsten der D-Mark waren weder zur amtlichen Notiz von 2,6765 noch im Freiverkehr zu registrieren. Die Kursentwicklung der übrigen amtlich notierten Währungen verlief uneinheitlich. Während die Abschwächungen nur minimal blieben, verbuchte bei den fester gehandelten Währungen das englische Pfund einen Gewinn von 7,5 Promille auf 3,786 und der japanische Yen um 5,5 Promille auf 1,1875. US-Dollar in: Amsterdam 3,0155; Brüssel 54,64; Paris 8,2275; Mailand 1654,75; Wien 18,8540; Zürich 2,2147; Ir. Pfund/DM 3,067; Pfund/Dollar 1,4145; Pfund/DM 3,786.

Ostmarkkurs am 24. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei ruhigem Geschäft nach den Osterfeiertagen kam es 24. April zu Kursnennungen auf Vortagsniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,32/1,22	3,58/3,48	7,15/6,95
Pfund/Dollar	0,27/0,29	0,77/0,80	1,57/1,61
Pfund/DM	1,80/0,40	3,60/2,20	6,40/3,00
FF/DM	27/11	66/50	135/119

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24. 4.: Tagesgeld 5,00 Prozent; Monatsgeld 5,55–5,65 Prozent; Dreimonatsgeld 5,70–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 24. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 24. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,21) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,79. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,40, Rendite 7,65.

Bezahlte Rechnung

cf – In unterhaltenden Serien des US-Fernsehens sind während der letzten acht Jahre mehr als zweitausendmal Geschäftsleute auf den Bildschirm geschickt worden – und jeder dritte von ihnen war ein geldgieriger, intrigierender Schurke –, während nur jeder dreizehnte Fernseh-Arzt und nur jeder neunundzwanzigste Bildschirm-Polizist unmoralisch sich gebärdete. Dies wurde in harter wissenschaftlicher Arbeit an der Universität von Pennsylvanien ermittelt.

Dergleichen Erbsenzählen hat ausnahmsweise einmal Gründe. Seit Amerika auf die Bildschirme des Erdkreises den miesen Raffer J. R. Ewing aus „Dallas" exportiert hat und den nicht minder fragwürdigen Alexis Carrington vom „Denver Clan", gibt es mehr und mehr echten geschäftlichen Ärger. Es breitet sich die Meinung aus, der US-Geschäftsmann sei zumeist amoralisch, gierig und jeder Betrügerei *zugeneigt. Amerikas* Geschäftsleute, korrekt, brav und ehrlich wie sie sind, wollen das nicht mehr haben. Amerikas Fernsehmenschen, auch Geschäftsleute, lassen da ungern mit sich reden. Zwar sei es wahr, daß auf dem Bildschirm das Bild des Geschäftsmannes geschändet werde – „aber so wollen die Zuschauer es haben".

Mr. Wurtzel, hochgestellter Geschäftsmann bei der TV-Vereinigung ABC, sprach bewegend von den überlebensgroßen Charakteren und Situationen, die das Fernsehen nun mal brauche: „Bei jeder dramatischen Form gibt es für alle Berufe nur selten eine Beschreibung des alltäglichen Daseins."

Würde eine Fernsehserie das Alltagsleben des Geschäftsmanns zeigen, die Programme würden wimmeln von Männern, die ihre Rechnungen pünktlich bezahlen und sich auch sonst hochanständigst benehmen. Laut Mr. Wurtzel ist das kein dramatischer Stoff. Er mag ja recht haben, der Geschäftsmann Wurtzel. Schurken wie J. R. sind im Geschäftsleben köstliche Seltenheiten, kein Zweifel. Aber hat man uns nicht seit drei Jahrzehnten eingetrichtert, Fernsehen, das hieße dabeisein? *Wobei also? Am Fließband* einer Fabrik von schlechten Träumen?

Die naive Malerei steckt weltweit in der Krise

Grandma Donnerschlag

Wie es gekommen ist, mußte es kommen. Die naive Malerei ist weltweit in eine Krise geraten. Die Galeristen können für naive Bilder kaum mehr Interessenten gewinnen. Diejenigen Kunstfreunde, welche die Naiven einst gefördert haben, werden jetzt beargwöhnt. Die naiven Maler selber sind enttäuscht.

Als vor dem Ersten Weltkrieg von den „Primitiven" Frankreichs erstmals die Rede war – von Rousseau, Vivin, Bombois, Bauchant und Mademoiselle Séraphine –, stellte sich heraus, daß es durchaus anspruchsvolle Persönlichkeiten waren, die hinter der neuen Richtung standen. Der deutsche Kunsthistoriker und Kunstsammler Wilhelm Uhde in Paris war der Protagonist der „Naivisten", und zu Recht gibt es jetzt im Pariser Musée de l'Art Moderne einen ihm und seinen Entdeckungen gewidmeten Saal. „Wer Märchen und Mythen liebt, muß logischerweise auch naive Kunst lieben", war eine von Uhdes Maximen.

In Berlin waren es in den zwanziger Jahren führende Galeristen wie Flechtheim und Cassirer, welche die Begeisterung für Naive bei einem erlesenen Publikum weckten. Gleichzeitig nahm übrigens das Interesse an Bauernmalerei, Kapitänsbildern, Afrika-Skulpturen und Folklore aller Art zu. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als das große Suchen nach neuen Ausdrucksmöglichkeiten einsetzte, besannen sich Kunstkenner erneut auf die Naiven.

Das Nationalbewußtsein nahm seit den fünfziger Jahren überall zu, speziell in den sozialistischen Ländern. Auch deshalb wurden Jugoslawen, Polen, Tschechoslowaken engagierte Förderer der naiven Malerei. Es wurden die naiven Haitianer neu entdeckt, außerdem die Brasilianer, die Balinesen und Naive anderer Entwicklungsländer. Es war wie eine Epidemie. Nicht zu vergessen, daß jedes Land seine „Grandma Moses" haben wollte. Ärzte, Rechtsanwälte oder Architekten, die eine malende Putzfrau hatten, stilisierten sie zur Grandma Moses von Donnerschlag hoch. Hemmungslos wurden die Handelspreise nach oben gejubelt. Die staatliche jugoslawische Kunstagentur verlangte für ihre „nationalen Meister" bis zu 50 000 Mark pro Gemälde. Die Naiven anderer Länder oder ihre Galeristen zogen mit.

Auf diejenigen, die sich als Sammler und Museumsleute seit Jahrzehnten um die Naiven seriös gekümmert, Wettbewerbe ausgeschrieben, Preise gestiftet, gezielte Themen-Ausstellungen veranstaltet und sich gegen die in vielen Ländern entstandene „Kilometerware" zur Wehr gesetzt hatten, wurde nicht gehört. Es ging darum, die echten Naiven von Qualität vor den Nachäffern zu schützen. Doch das Bemühen im Dienste der Sache wurde verkannt. Und jetzt wollen die Kunstfreunde selbst von den Meistern unter den Naiven kaum mehr etwas wissen.

Naiv ist ein Synonym für natürlich, unbefangen. Naive Dichtung war für Schiller eine poetische Grundform, aus dem Gefühl der Naturzugehörigkeit geboren. Ähnlich verhält es sich mit der naiven Malerei. Die Menschen der Gegenwart fordern Freiheit lautstärker als frühere Generationen. Naiv sein und naiv malen kann Ausdruck von innerer Freiheit sein. Wilhelm Uhde hob das ekstatische Grunderlebnis der Naiven hervor. Das griechische Wort Ekstase bedeute doch „aus sich heraustreten, das Heraustreten des Ichs aus seinen Grenzen bei starker Affektbeteiligung". Goethe stellte in seinen „Noten und Abhandlungen zum besseren Verständnis des west-östlichen Divan" fest, daß die naive Dichtkunst bei jeder Nation die erste sei: „Sie liegt allen folgenden zu Grunde, je frischer, je natürlicher sie hervortritt, desto glücklicher entwickeln sich die nachherigen Epochen."

Dasselbe gilt für die Malerei. Henry Moore: „Die naive Kunst stellt eine Bejahung ohne Umwege dar. Sie ist dem Elementaren am stärksten verhaftet, und ihre Einfachheit kommt aus einem unmittelbaren und starken Gefühl." Es ist an der Zeit, die aufgrund der Geschäftemacherei mit der naiven Kunst entstandenen Vorurteile abzubauen. Die naiven Meister sollten wieder den Rang einnehmen, den sie – jenseits der Krise der Zunft – in der Kunstszene verdienen.

ROLF ITALIAANDER

Genf: „Die Italienerin in Algier" unter Ken Russell

Busen als Badebassin

Die Szene ist bekannt: Isabella, die Italienerin, die für den Harem des türkischen Bey von Algier bestimmt ist, erbebt Bey Mustapha, genannt „Geißel der Frauen", in die Gemeinschaft der „Pappataci", deren Ordensregeln in Schlemmen, Nichtstun, Schlafen und Schweigen bestehen. Trotzdem: Zum Schluß der Genfer Premiere ließ ein Teil der Zuschauer den Regisseur Ken Russell wissen, daß sie keine Pappataci sein wollen; für sie war die angebotene Kost nicht ganz verdaulich.

Sie standen wohl auf dem Standpunkt, daß die vielen Showeffekte, mit denen Russell „Die Italienerin in Algier" zu einer Art amerikanischem Musical des 20. Jahrhunderts machte, zu sehr ablenkten von der geflügelten Anmut und Sanglichkeit der Musik Rossinis. Die Mehrheit allerdings fand Ken Russells Musical, nach der Art eines Busby Berkeley mit seinen lebenden Puppen und grenzenloser Phantasie, höchst amüsant.

Dazu der Filmemacher: „Ich ändere nie etwas an Musik oder Text, doch für den Rest bin ich sicher, daß die Komponisten sehr glücklich wären, zu erleben, daß man ihre Stücke im Sinne der Aktualisierung und mehr Unterhaltung adaptiert."

So wandelte Russell etwa den Schiffbruch der Italienerin in eine Flugzeugnotlandung in Algier um, die Heldin des Stücks, Isabella, ist eine Airhosteß, und die italienischen Sklaven treten als Fußballequipe auf, bevor sie in Charlots verwandelt werden – was alles amüsant wirkt in seiner Inkohärenz. Doch die vielen Gags folgen so unerwartet aufeinander, daß sie wie ein schlecht zusammengefügtes Patchwork wirken. Ken Russell zeigt die Situationen wohl bewußt als plakative satirische Zerrbilder. Doch gewisse Ideen wiederholen sich, haben zu wenig Finesse oder sind auf zu kurz wirkenden Showeffekten aufgebaut.

Das Dekor von Ralph Koltai wirkt gepflegt elegant. Die erste Überraschung erlebt der Zuschauer bereits in der ersten Szene, wo er sich über die zwölf Frauen des Mustafa amüsiert, die sich in einem Schönheitssalon des 21. Jahrhunderts von Eunuchen pflegen lassen. Imposantestes Bühnenbild ist das gigantische Alabaster-Badebassin in Form eines Busens im zweiten Akt.

Ken Russell sagt, daß er an Rossinis Musik nichts geändert habe, aber er tut auch nichts für sie. Das ist Sache des jungen koreanischen Dirgenten Myung-Whun Chung. Unter seiner Leitung bietet das Orchestre de la Suisse romande eine saubere, präzise Leistung. Paolo Montarsolo baut auf die Routine seines Könnens. Er bringt mit seinem Bey das Publikum zum Lachen, so auch John Rawnsleys Taddeo. Gekonnt hilflos, gesanglich überzeugend wirkt Audrey Michaels Elvira. Stefania Toczyska präsentiert eine stimmlich üppige Isabella, Robert Gambill ist der ausgezeichnete Lindoro.

IRENE ZÜCKER

Theaterbrief aus Warschau: Jaruzelskis Junta erkennt sich im nationalsozialistischen Gegenbild

Bert Brecht erschreckt seine Enkel

Da fällt einer auf die Knie, um der Dame des Herzens glühende Liebe zu schwören, und selbige hat nichts Beglückenderes zur Antwort als einen Verweis auf Karl Marx. Das Publikum jubelt, lacht noch minutenlang weiter und genießt die seltene Gelegenheit, all seine Häme dem Ahnherren des sozialistischen Glücks zuteil werden zu lassen. Die Szene stammt aus Slawomir Mrozeks jüngstem Stück „Ein Sommertag", das soeben im Warschauer „Teatr Polski" seine polnische Erstaufführung erlebte. Allein die Tatsache, daß die Warschauer Bühne als einzige des Landes den verhaßten Mrozek, der ja längst im westlichen Exil lebt, spielen darf, wird in der polnischen Hauptstadt als Sensation empfunden.

Es wäre freilich grundfalsch, daraus nun etwa kulturpolitisches Tauwetter *ableiten* zu wollen. Zu schmerzhaft ist den Menschen hier zum Beispiel bewußt, daß der Schriftsteller Marek Nowakowski für sein Buch „Tagebuch eines Ausnahmezustands" seit Wochen in Einzelhaft sitzt. Nicht einmal sein Anwalt darf den angeblichen NATO-Agenten besuchen, geschweige denn seine Frau.

Die Namen Mrozek und Nowakowski umschreiben sehr deutlich die Haltung des Staates zu seinen mißliebigen Intellektuellen: Hart und unnachsichtig im Einzelfall, flexibel und massive Konfrontationen meidend in der generellen Linie. Vor allem an Warschaus Theatern demonstriert die Zensur derzeit eine Politik aus Zuckerbrot und Peitsche. Scheinbare Absurditäten sind *dabei* durchaus eingeschlossen. So darf ausgerechnet einer der Hausautoren des Sozialismus, Großvater Bert Brecht, derzeit in Polen nicht gespielt werden. Entstehende Ähnlichkeiten sind eben nicht rein zufällig. Und Herr Puntila ist jedermann eine allzu vertraute Gestalt.

Aber auch Autoren des großen sozialistischen Bruders Sowjetunion laufen Gefahr, auf dem polnischen Index zu landen. So wurde zum Beispiel eine schon weit fortgeschrittene Produktion des Stückes „Mit allen allein" des sowjetischen Dramatikers Michail Gelman gestoppt. Schon die geringste humorigste Andeutung, daß auch der große Bruder Probleme mit seinem Gesellschaftssystem haben könnte, genügt offenbar, Unsicherheit zu verbreiten und harte Reaktionen zu provozieren.

Eindeutiger ist natürlich das Verhalten der Zensur gegenüber Stücken von Vaclav Havel oder Jerzy Kapuscinski („Der Kaiser"), die sich eindeutig kritisch mit dem Sozialismus beschäftigen. Daß „Die Gespräche mit dem Henker" von Kazimierz Moczarski abgesetzt wurden, liegt auch noch auf dieser Linie. Parallelen zwischen Faschismus und Sozialismus sind ein gefürchteter Punkt, wenn nicht der gefürchtetste.



Zensur mit Zuckerbrot und Peitsche: Szene aus der Warschauer Aufführung von Klaus Manns „Mephisto" mit M. Piecvinska und T. Huk FOTO: LSM

Das mußte zum Beispiel auch der junge hochbegabte Regisseur Michal Ratynski mit der Bühnenfassung von Klaus Manns Schlüsselroman „Mephisto" erfahren. Die bewußt opernhaft gehaltene Inszenierung, die inzwischen sinnigerweise schon 60mal am „Teatr Powszechny" gelaufen ist, bekam trotz einiger deutlich wahrnehmbarer Eingriffe der Zensur in der Presse immer noch „faschistische Tendenzen" vorgehalten. Den Grund begreift man eher aus den Zuschauerreaktionen. Wenn Göring mit vollem Ordensgepränge auftritt, gerät das Publikum schier aus dem Häuschen. Raunen, Gelächter, offener Spott. Und hält er erst seine Rede zur Inthronisation der Gründgens-Figur Höfgen (ein wahrer Mephisto: Tadeusz Huk), schwillt das Gelächter. Das System Jaruzelski erscheint in seinem scheinbaren Gegenbilde. Und für einen Warschauer ist es fast unmöglich, nicht an den neuen linientreuen Chef des Nationaltheaters, Jerzy Krassowski zu denken, für den der weitaus profiliertere Adam Hanuszkiewicz in die Wüste geschickt wurde.

So begnügen sich denn die meisten Warschauer Theaterchefs mit dem, was sie „Qualitätspflege" nennen. Das heißt in erster Linie: Klassisches Repertoire, psychologisches Drama, formales Experiment. Hauptgesprächsthema unter Warschaus Theaterleuten ist entsprechend eine Produktion des „Teatr Wspolczesny", deren Titel – frei übersetzt: „Der Streit zwischen Fastenzeit und Karneval" – so burlesk ist wie das ganze Bühnengeschehen. Autor und Regisseur Janusz Wisniewski stellt nichts auf die Bühne als einen geöffneten, leeren Kühlschrank aus den fünfziger Jahren. Dazu werden dann Sätze skandiert wie dieser: „Ich habe die Äpfel aus meinem Kühlschrank aufgegessen."

Was dazu freilich auf der Bühne geschieht, ist beeindruckend. Eine Mischung aus Orgie und Ritual. Zwei Christus-Figuren, wilde Masken, groteske Gestalten auf dem Kothurn. Momente der Raserei. Momente der Stille. Ein für polnisches Theater durchaus typisches Szenarium: Die Realität wird mit Phantastik und tiefer Religiosität überwunden. Aber der Kühlschrank bleibt leer. Die Presse nahm's mit Wohlgefallen auf.

Ein anders Besipiel für solche Art halber innerer Emigration, gleichfalls in aller Munde: „Die Falle" von Tadeusz Roszewicz im Theater „Studio". Der Autor hat in der eigenen Jugend geforscht und sie in Beziehung zu Kafka gesetzt: Die Ereignisse, die zur Lebensuntüchtigkeit führen, jene Erziehungs- und Erlebnisfallen eben, über die man ein Leben lang nicht hinwegkommt. Jerzy Grzegorzewski hat das sehr subtil, mit psychologischer Genauigkeit, aber auch wieder jenem merkwürdigen Hang zu mystischer Symbolik in Szene gesetzt. Vor allem die polnische Jugend, alkohol- und drogengeschüttelt, fühlt sich hier in ihren Motiven erkannt. Die Zensur ist durch das Vorherrschen des Psychologischen beruhigt.

Keine Probleme hat man dagegen mit westlichen Autoren wie Per Olov Enquist, dessen Andersen-Demontage „Aus dem Leben der Regenwürmer" gerade jetzt zu Ostern die polnische Erstaufführung erlebte. Hausherr Zygmunt Hübner hat das in seinem „Teatr Poeszechny" inszeniert. Die Wände des Biedermeier-Salons sind schräg gestellt, der Raum öffnet sich nach oben (Bühne: B. Hanicka), womit die Welt denn gleich etwas Verstelltes, unten Enges erhält. Und in dieser Verstellung und Enge übt der Dichter Hans Christian Andersen eine Art seelischer Selbstentblößung. Er (Zbigniew Zapasiewicz) und seine angebetete Freundin, die Schauspielerin Hanne Heiberg (Krystyna Janda) sind hier nur noch künstliche Figuren einer surreal verzerrten Umwelt. Keine politische Dimension?

Mit Mrozek, wie gesagt, ist es da anders. Sein Stück „Ein Sommertag" *stellt dialektisch zwei* Selbstmörder gegenüber, der eine, weil er alles erreicht hat und nichts mehr hofft, der andere, weil er ein Versager ist und nichts erreicht. Daß sie einer Frau, einer Art Todesengel, die sich als Hoffnung verkleidet, eine Zeitlang sehnsüchtig folgen, stößt sie nur tiefer in den Abgrund. Und auch wenn Kazimierz Dejmek das am „Teatr Polski" als Groteske inszeniert hat, bleibt Mrozeks Heimatlosigkeit deutlich. Hoffnungslos sind die, welche alles haben, ebenso wie jene, die leer ausgehen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

„Weltstadtsinfonie": Berliner Realisten in München

Das Pflaster als Spiegel

Weltstadtsinfonie – Berliner Realismus 1900–1950": so der Titel der Schau im Münchner Kunstverein. Sie ist der Abschluß einer dreiteiligen Ausstellungsreihe zum Thema „Berliner Kunst im 20. Jahrhundert". Vorausgegangen waren in München die Ausstellungen „Gefühl und Härte" 1982 und „Großstadtdschungel" 1983. In dieser dritten Ausstellung werden 150 Kunstwerke von 37 Künstlern aus der 1975 gegründeten „Berlinischen Galerie" gezeigt.

Gemeinsam ist all den hier versammelten Künstlern der ehrliche Blick auf die Berliner Alltags-Ereignisse. Großstadt-Momente wurden festgehalten zwischen Biergarten und Bordell, zwischen der Flitterwelt der Variétes und den Vorstadtidyllen, zwischen Hinterhof und Luxushotel.

Erstaunt erkennt man, wie das Klima Berlins auf die verschiedensten Künstler gleichermaßen einwirkte, denn es lassen sich genügend Parallelen ziehen zwischen der Literatur eines Alfred Döblin oder Theodor Fontane bis hin zur bildenden Kunst von Käthe Kollwitz und Max Liebermann. Der gemeinsame Nenner ist hier wie dort der Hang zum Realismus; auch der politische Unterton ist auf beiden Seiten unüberhörbar.

Es ist diese eigenartige Mischung aus Skepsis, Neugier und vifer Intuition, die all diese Berliner Künstler auszeichnet. Die Ausstellung beginnt mit „Berliner Straßenszenen" (1889) *von Lesser Ury:* Szenen eines Großstadt-Impressionismus, wo sich im hellen Laternenlicht das nasse Pflaster spiegelt, wo man förmlich vermeint, das Trappeln der Hufe der Pferdedroschken zu hören. Mit Max Liebermann, dem Präsidenten der Berliner Secession, gelingt der Sprung ins 20. Jahrhundert. Hier ist er vertreten mit einem klugen, kritischen Selbstporträt. Auch das Werk von Philipp Franck, „Totengräber beim Weißbier" (1903), zeigt noch etwas von der behäbigen Idylle am Anfang dieses Jahrhunderts.

Doch schon bald *tritt* George Grosz mit seinen hellwachen Karikaturen auf, reitet seine Attacken gegen Militär und Staat. Spitz und scharfzüngig Rudolf Grossmanns Karikaturen, die sozialen Anspruch erheben. Er wird gefolgt von Hannah Höch und Raoul Hausmann, Künstlern, die der Dada-Idee huldigen. Jeanne Mammen entlarvt in ihren satirischen Zeichnungen die kunstseidene Eleganz jener „Revuegirls" (1928/29) und „Rothaarigen Lebedamen".

Der Zeichner Dolbin hält die Berliner Intelligenz jener Jahre fest, bevor sie in alle Winde zerstob: Brecht, Marlene Dietrich, Lion Feuchtwanger und Lette Lenya-Weill. Auch Paul Kleinschmidt ist mit seinen üppigen, feisten, rosa-schimmernden Kokotten vertreten, ebenso wie der Dresdner Maler Conrad Felixmüller, der mit seinen aggressiv-expressionistischen Werken in seiner Heimatstadt nicht reüssieren konnte.

In der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre mündet der Berliner Realismus in die allgemein in Deutschland vorherrschende Stiltendenz: Verismus, neue Sachlichkeit und magischer Realismus. Hier sei Carl Hofer mit seinem Werk „Die Gefangenen", das *1933 entstand, erwähnt, ein Werk, das* das ganze kommende Elend bereits voraussah. Hofer wurde zwar verfemt, doch er überstand die Nazi-Jahre in Berlin, gehörte zu denen, die gleich nach dem Krieg hier wieder einen neuen Anfang wagten. Ein gleiches Schicksal war Werner Heldt beschieden. Er setzte seinen Neuanfang mit kubisch-flächigen Berliner Häuserlandschaften. Mit seinem melancholischen Stilleben von 1951 endet diese Präsentation (bis 27. Mai, Katalog 22 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Jeanne Mammen: „Revuegirls" (1928/29) FOTO: KATALOG

Hymnus Landschaft: Zum Tode von Ansel Adams

Die Schönheit Amerikas

Sein Foto „Moonrise, Hernandez, New Mexico" machte 1981 Schlagzeilen. Nicht der Qualität, sondern des Preises wegen. 71 000 Dollar erzielte damals Ansel Adams' berühmte Landschaftsaufnahme. Die Sensation war allerdings schnell vorüber, die Preise beruhigten sich wieder auf einem vernünftigen Niveau, aber der Fotograf hatte seitdem mit einem Ruhm zu kämpfen, an dem ihm nichts lag, der seiner Arbeit eigentlich nicht entsprach. Denn Ansel Adams huldigte stets der stillen Kunst der Landschaft, der Landschaft seiner Heimat, dem Westen Amerikas. Wenn es eine „internationale Heimatkunst" gibt, dann verkörpern sie diese Aufnahmen.

Ansel Adams näherte sich der Fotografie direkt und auf Umwegen. Mit 13 Jahren nahm ihn sein Vater für ein *Jahr von der Schule. Mit einer einfa*chen Box ausgerüstet, sollte der Junge sich und seine Heimat erkunden. In die Schule ist Adams nicht wieder zurückgekehrt. Er begann ein Klavierstudium, um Konzertpianist zu werden, aber er lernte zugleich auch das Fotografieren von Grund auf. Lange schwankte er zwischen beiden Berufen. Die Wende leitete ein Auftrag des Sierra-Clubs ein, für den der begeisterte Bergsteiger einen Bergführer fotografieren sollte. 1927, Adams war damals 25 Jahre alt, erschien die Mappe „Parmelian Prints of the High Sierra" mit dem bereits damals als außerordentlich empfundenen Foto „Monolith, The Face of Half Dome, Yosemite National Park", einer steilen Felswand, die das Bild diagonal teilt, und deren dunkler Fels einen harten Kontrast zu den mit leichten Schnee bedeckten Flächen bildet. Die Entscheidung brachte dann die Begegnung mit Paul Strand, dem Begründer der „straight photography", der direkten, ehrlichen Fotografie, die auf alles Gekünstelte, auf das Kokettieren mit den Weichzeichner-Effekten der impressionistischen Malerei verzichtete.

Diesem Stil harter Wirklichkeitstreue ist Ansel Adams zeit seines Lebens verbunden geblieben, obwohl er sich einem scheinbar romantischen Thema verschrieben hatte. Der Fotograf stand fest in der amerikanischen *Tradition. Wie die Gedichte* Walt Whitmans, so sind auch seine Fotos eine Huldigung an Amerikas Schönheit und Größe. Sie sind geprägt von naiver Annäherung, reiner Bewunderung, der Ehrfurcht vor dem Gewachsenen und dem Pathos des ererbten sicheren Besitzes. In seinen Bildern erkennt sich ein wesentlicher Teil Amerikas wieder. Und nicht nur Amerika hat ihm das mit vielen Ausstellungen, Ehrungen und Preisen – darunter dem Doktor der Philosophie der Universität von Kalifornien – gedankt.

Aber erst, wenn der Tourist versucht, die Dünen im Tal des Todes, den Sonnenaufgang in der Sierra Nevada, die jungen Bäume bei Aspen, Colorado, so aufzunehmen, wie es Ansel Adams getan hat, erkennt er, welches Können und welche Kunst in den Bildern von Adams steckt. „A photograph is made, not taken" (Eine Fotografie wird geschaffen, nicht geknipst) heißt einer seiner Grundsätze. Hinter dieser scheinbar simplen Feststellung verbirgt sich ein Perfektionist, der sich der Technik und des Handwerklichen sicher ist, um darauf seine Kunst aufzubauen. Sie endet nicht, wenn er auf den Auslöser drückt, denn „das Negativ ist die Partitur, der Abzug ist die Aufführung".

Es sind großartige Aufführungen, die Ansel Adams uns hinterlassen hat. Neues wird nicht mehr hinzukommen. Am Ostersonntag starb der Fotograf, 82 Jahre alt, in Carmel, Kalifornien.

PETER DITTMAR

Der Photograph Ansel Adams (1902–1984) FOTO: AP

JOURNAL

Gesamtverzeichnis aller deutschen Kunstwerke

AP, Essen

Ein Gesamtverzeichnis aller deutschen Kunstwerke soll mit Mitteln des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft in Essen angelegt werden. Die geplante zentrale „Kunst"-Datenbank ist international allenfalls mit der des John-Paul-Getty-Trusts in den USA vergleichbar. Angeregt wurde das Projekt von einem Spender, der dem Stifterverband dafür einen zweckgebundenen Betrag überlassen hat.

Berlin eröffnet Woche des türkischen Buches

dpa, Berlin

Berlins Kultursenator Volker Hassemer hat die Ausstellung „Literaturwelt Türkei – Woche des türkischen Buches" eröffnet. Die Ausstellung soll nach den Worten Hassemers ein Forum bieten, sich mit der türkischen Literatur und ihren Literaten auseinanderzusetzen. Insgesamt wurden 40 türkische Schriftsteller aus der Bundesrepublik und der Türkei eingeladen, mit Lesungen, Diskussionen und Vorträgen sowie in Konzerten und Gesprächen ihr Schaffen vorzustellen. Im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) als Mitveranstalter der Woche erklärte Hassemer, man wolle mit der bisher größten Ausstellung türkischer Verleger im Ausland keine Politik machen. Der VS war zurückgetreten, nachdem Literaten wie Demitas Ceyhun die Ausreise von der türkischen Regierung verweigert wurde.

Festival des jüdischen Films

AFP, Paris

Das dritte internationale Festival der jüdischen (Film-)Kultur beginnt heute im Rivoli Beaubourg in Paris. Bis 8. Mai werden etwa 30 teilweise noch unveröffentlichte Filme gezeigt, die sich besonders mit den Formen des jüdischen Widerstands befassen. Für die jiddische Kultur stehen „Der Purimschpiler" und „Mandeln und Trauben". Dem in diesem Jahr gestorbenen Schriftsteller Manès Sperber wird mit einer Verfilmung seines Hauptwerkes „Wie eine Träne im Ozean" Reverenz erwiesen.

Shakespeare-Tage in Weimar beginnen

dpa, Weimar

Zu den Shakespeare-Tagen 1984, die morgen in Weimar beginnen, werden etwa 1800 Mitglieder und Freunde der Shakespeare-Gesellschaft erwartet. Die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft, die am 23. April 1864, dem 300. Todestag des britischen Dramatikers, in Weimar gegründet wurde, gilt als die älteste heute noch bestehende literarische Gesellschaft der Welt. Während der Shakespeare-Tage sollen mehrere Inszenierungen von Werken des Dichters, seiner Zeitgenossen und von Shakespeare-Adaptionen aufgeführt werden. Außerdem finden wissenschaftliche Kolloquien über Shakespeares Theater statt.

Stevie Wonder auf Deutschland-Tournee

dpa, Berlin

Der amerikanische Soulsänger Stevie Wonder kommt im Sommer zu einer Tournee nach Deutschland. Seit mehr als zwanzig Jahren zählt der schwarze Star zu den Großen der Popmusik, und seine letzte Deutschlandtournee war 1982 ein großer Erfolg. Stevie Wonder wird am 31. 5. in Berlin, am 8. 6. in Mannheim, am 9. 6. in Würzburg, am 10. 6. auf der Loreley, am 27. 7. in München, am 30. 7. in Dortmund *und am 1. 8. in Bad Segeberg* zu hören sein.

Dimitris Sgouros gastiert in Bonn

DW. Bonn

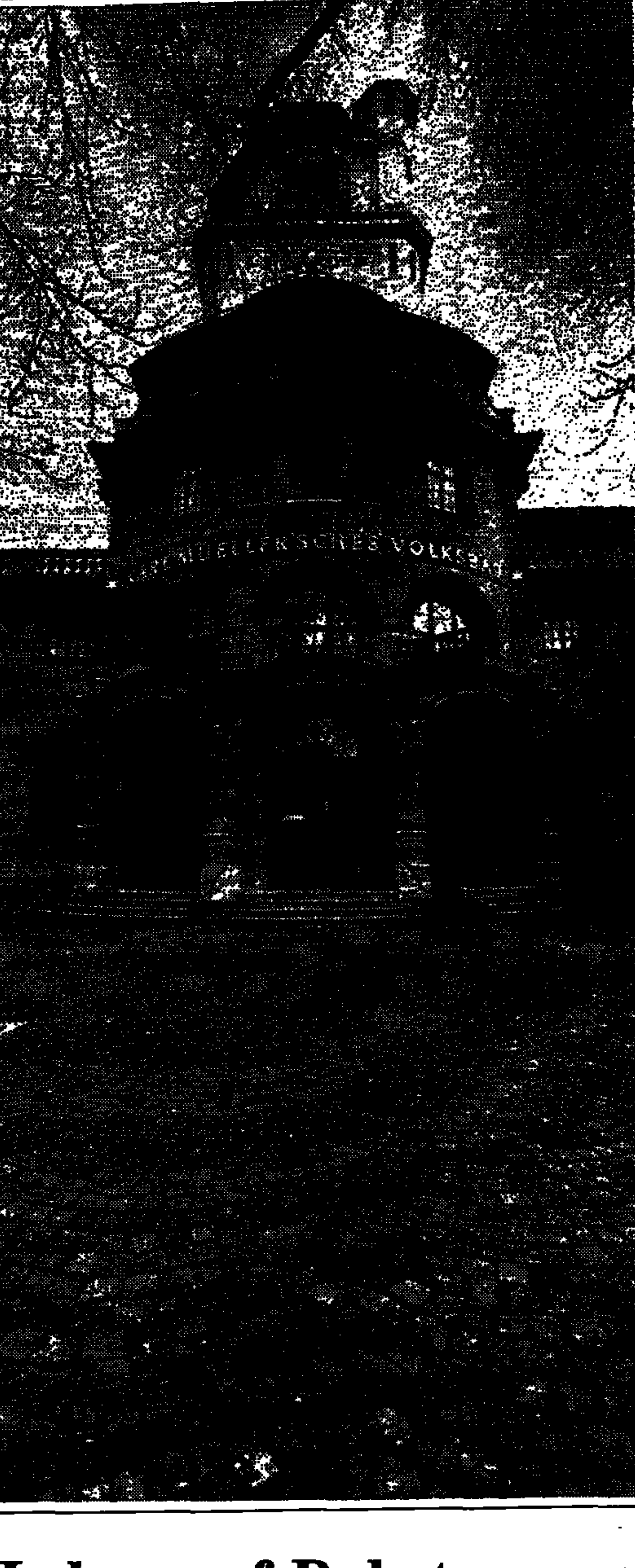
Der vierzehnjährige griechische Pianist Dimitris Sgouros, von vielen als eins der erstaunlichsten musikalischen Wunderkinder bestaunt, gibt heute abend eins seiner raren Konzerte, und zwar in der Bonner Beethovenhalle. Auf seinem Programm: Ferruccio Busonis Bearbeitung von Bachs Chaconne aus der Partita BWV 1004, Beethovens „Appassionata", Chopins f-Moll-Fantasie und Schumanns „Symphonische Etüden" einschließlich der fünf Variationen op. post.

Roland Penrose †

AP, London

Im Alter von 83 Jahren ist der britische Kunsthistoriker, Kunstkritiker und Schriftsteller Sir Roland Penrose gestorben. Penrose, der ein enger Freund und Biograph Pablo Picassos war, galt als der eifrigste Förderer und einer der intimsten Kenner des Surrealismus in Großbritannien. Er lebte von 1922 bis 1934 in Paris und veranstaltete nach der Rückkehr in seine Heimat eine Reihe von Ausstellungen surrealistischer Künstler in Großbritannien.





Viel „Kunst am Bau" gönnten die Münchner um die Jahrhundertwende dem „Müller'schen Volksbad". Bei der Renovierung für sieben Millionen Mark kam bei allen modernen Erfordernissen auch die verschwenderische Architektur nicht zu kurz. Experten halten die Badeanstalt für das schönste Bad Europas. FOTOS: WINFRIED RABANUS

Vergnügen zwischen altem Stuck und Jugendstil

Von R. M. BORNGÄSSER

Ob ma heit no oan trifft, der uns so a Bad stift", meinen eher skeptisch *die zwei alten* Münchnerinnen. Sie granteln vor dem Müller'schen Volksbad in München, das nach fast siebenjähriger „Schönheitskur" für rund acht Millionen Mark wieder in neuem alten Glanz erstrahlt. Seit 40 Jahren gehen die beiden Damen einmal pro Woche in „ihr" Bad. Doch unter sich sind Stammgäste schon lange nicht mehr: Die Welle der Nostalgie läßt immer mehr Münchner ins Becken schwappen oder in diesem einzigen römisch-*irischen Schwitzbad der bayerischen* Landeshauptstadt „eindampfen".

Dieses Jugendstil-Bad, in der Nachbarschaft zum Deutschen Museum, hoch über der Isar thronend, halten Kenner für das „schönste Bad Europas". *Mit Sicherheit ist es ein* Symbol für den alten Münchner Bürgersinn, dem es überhaupt sein Entstehen verdankt, und auch ein Symbol für den Weitblick der damaligen Politiker, die sich noch ohne Fitneßwelle auf ein so gewagtes Unternehmen wie ein Volksschwimmbad einließen.

Das Gemäuer ist nicht nur ein Stück Kunstgeschichte von wissenschaftlichem Wert, sondern vielmehr auch eines der erfreulichsten Kapitel der jüngeren Münchner Geschichte. Der Zivilingenieur Karl Müller, der als leitender Mann auch bei der Trassierung der Bahnlinie München–Starnberg bekannt geworden war, hatte 1894 seinen Häuserbesitz in München der Stadt vermacht, mit der Auflage, aus dem Erlös ein großes, attraktives „Volksbad hauptsächlich für das unbemittelte Volk" zu erbauen. Für 1,7 Millionen Goldmark entstand das Bad, das lange Zeit als das modernste Hallenschwimmbad Euro*pas galt. Sieben Jahre waren* seinerzeit mit der Wahl des Bauplatzes und mit der Ausarbeitung und Realisierung der Pläne vergangen, ehe der gewaltige Komplex, die „größte Badeanstalt der neuen Zeit" stand.

Als Architekt wurde der allseits hochgeschätzte und königliche Professor Karl Hocheder beauftragt. Nach vierjähriger Bauzeit fand 1801 dann das erste sogenannte „Anbaden" statt. Bei der Eröffnung des Volksbades, an der damals auch der hochherzige Stifter Karl Ritter von Müller teilnahm, – er war inzwischen vom Prinzregenten Luitpold geadelt worden – meinte der Münchner Bürgermeister von Brunner stolz, die authentisch-schöne Innenausstattung dieses Volksbades „erinnere an die berühmten Thermen Roms".

Das Konzept des Architekten Hocheders ging davon aus, alle praktischen und technischen Forderungen der Zeit gleichzeitig in einem Kunstwerk ersten Ranges zu vereinigen. Ausschlaggebend war etwa die damals wie heute prächtige Kastanienallee entlang der Isar, deren Bäume nicht nur bis zum Hautportal des Bades führen, sondern in der räumlichen Anordnung und Gestaltung des Baues eine Fortsetzung finden sollten.

Liest man in Annalen nach, so unterstrich der Architekt in seinem Konzept immer wieder, daß die Gesamterscheinung des ganzen Baukomplexes den „Gesamtbildein*druck" mit einbeziehen müßte.* „Der Boden, das Grün, der Himmel und die günstige Wirkung hängt ganz von der gegenseitigen Lage all dieser Dinge und von ihrem Farbenspiel ab" (Hocheder). Die ganze Bauanlage – wie ein Zwillingspaar – besteht aus zwei mit ihren Langseiten aneinandergewachsenen Bauten, deren Zentren jeweils das Männer- und das Frauen-Schwimmbad bilden. Zur Männer- und Frauenschwimmhalle kamen noch Wannen- und Brausebäder, Dampf- und Römisch-Irische Bäder. Und sogar für die „Zamperln", die Münchner Hunde aller Rassen, wurden hier Badegelegenheiten geschaffen.

Erst 1978 wurde das Hundebad dann endgültig geschlossen. Die ganze Anlage wird von einem weithin sichtbaren Turm beherrscht. Das massige Wahrzeichen mit seiner charakteristischen kupfernen Haube ist nicht etwa nur Zierwerk, sondern enthält die Wasserreserven. Der Turm ist bis zur Wetterfahne mit dem goldenen Münchner Kindl 50 Meter hoch. Die äußere Architektur dieses Bades ist bestimmt durch den spezifisch Münchner Barock, mit dem es Architekt Hocheder zu wahrer Meisterschaft brachte.

Das Prächtigste an dem Bauwerk ist jedoch die Innenausstattung in vollendetem Jugendstil. Ornamente ranken und wuchern an Eisengittern, Holzbrüstungen, Banklehnen, Fensterumrandungen und Deckenstuk*katuren. Alles geriet hell und weitläu*fig. Hoch sind die Badehallen, das Licht ergießt sich von oben, spiegelt sich im Wasser wider und bricht sich an den Wölbungen. Das Blau des Wassers wird durch das Blau der Fliesen am Boden und am Becken noch intensiviert – schon vom ersten Tag der Öffnung an gingen die Münchner in hellen Scharen in ihr Bad. Aber die Ansprüche, die man an ein Schwimmbad stellt, wurden mit der Zeit immer höher. Diese brachten auch die Architekten, die mit der Renovierung beauftragt waren, regelmäßig in die Zwickmühle zwischen Denkmalschutz und dem Umbau nach modernen Erfordernissen. Nun ist die große Renovierung abgeschlossen. Schön wie am ersten Tage bietet sich das Müller'sche Volksbad dar: Die weißen Stuckdecken strahlen wieder, die vergoldeten Abluftschächte glänzen über den Schwimmbecken und die goldenen Jugendstillampen leuchten. Überall laden Marmorbänke zum Verweilen, die „Isar-Perle" präsentiert sich in ihrem vollen Glanz.

Katastrophaler Wassermangel in Polen

dpa, Warschau

Polens Bauern blicken in diesem Frühjahr mit wachsender Sorge zum Himmel, der seit drei Jahren ungewöhnlich häufig blau und wolkenlos ist. Zwar hat es über Ostern etwas geregnet, doch reichte die Menge längst nicht aus, um das wachsende Wasserdefizit wettzumachen, das inzwischen auch die Versorgung mehrerer Großstädte und der Industrie in Frage stellt. Wie die Regierungszeitung „Rzeczpospolita" gestern berichtete, sind 30 Prozent der Brunnen auf dem Lande ausgetrocknet. Fast überall im Land ist der Grundwasserspiegel gesunken. Die Bauern müssen das Wasser oft mehr als zehn Kilometer weit herankarren. Besonders prekär ist die Wasserknappheit schon seit Jahren in Schlesien, vor allem im Bezirk Waldenburg und der Gegend um Breslau, wo Wasser in 26 Städten rationiert wird *und die Bedürfnisse* der Industrie nur zu 60 Prozent gedeckt werden. Weit unter Bedarf ist der Vorrat auch im Bezirk Krakau, was katastrophale Folgen für das Lenin-Stahlwerk in Nowa Huta hat. In Warschau sinkt der Wasserspiegel in der Weichsel zusehends. In den oberen Stockwerken fließt es nur noch tröpfchenweise aus den Leitungen.

„Sprayer" stellte sich

AP, Basel

Der als „Sprayer von Zürich" bekannte Harald Naegeli (44) hat sich gestern an der deutsch-schweizerischen Grenze den Behörden der Schweiz gestellt, um in seiner Heimat eine Strafe wegen Sachbeschädigung anzutreten. Er hatte sich in den vergangenen Monaten in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten, bis seine Auslieferung verfügt wurde. Er wurde vom deutschen Kunstprofessor Joseph Beuys begleitet.

Sonderhilfe

AFP, Paris

Die Unicef hat gestern auf der Jahrestagung ihres Verwaltungsrats in Rom eine zusätzliche Nothilfe von zehn Millionen Dollar für die elf afrikanischen Länder beschlossen, in denen die Kindersterblichkeit besonders hoch ist. Damit reagiert das Kinderhilfswerk auf die jüngsten dramatischen Zahlen über die Hungersnot der Kinder in den Entwicklungsländern.

Prozeßbeginn

dpa, New York

Der Mordprozeß gegen Ottis Elwood Toole, *der behauptet, im* Verlauf von acht Jahren mit einem Komplizen 50 Menschen umgebracht zu haben, hat gestern in Jacksonville (US-Bundesstaat Florida) mit der Auswahl der zwölf Geschworenen begonnen. Toole ist zunächst nur des Mordes an einem Menschen angeklagt.

Rekordfang

SAD, Paris

Einen Rekordfang machte die französische Polizei in der Nacht zum Dienstag: In Paris wurden sechs Tonnen Hasch und zusätzlich 50 Kilo Opium beschlagnahmt. Allein das Haschisch hat einen „Handelswert" von mehr als einhundert Millionen Mark. Französische Rauschgiftfahnder hatten schon von der Sendung erfahren, als die Drogen noch in Libanon auf den Abtransport warteten.

Vorfahrts-Urteil

dpa, Karlsruhe

Auch Verkehrsteilnehmer, die mit überhöhter Geschwindigkeit eine Kreuzung überqueren, verlieren dadurch gegenüber dem wartepflichtigen Linksabbieger nicht ihr Vorfahrtsrecht. Nach einem gestern vom VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) veröffentlichten Urteil gehen Schätzungsfehler über die Geschwindigkeit des Entgegenkommenden zu Lasten des Wartepflichtigen (AZ: VI ZR 229/82 vom 14. Februar 1984).

Lotsen-Streik

rtr, Paris

Französische Fluglotsen haben gestern für zwei Stunden alle Starts von Pariser Flughäfen verhindert. Sie demonstrierten damit gegen die geplante Einschränkung ihres Streikrechts. Insgesamt sollen 99 In- und Auslandsflüge betroffen gewesen sein.

Erster Sieg im Kampf gegen AIDS

US-Wissenschaftler entdeckten Erreger-Virus

SAD/DW. Washington/Bonn

Die von amerikanischen Forschern gemeldete Entdeckung des für die erworbene Immun-Schwäche AIDS verantwortlichen Virus ist von der US-Ärzteschaft mit Genugtuung registriert worden. „Die Erkennung des Virus bringt den Kranken allerdings noch keine Hilfe", so Henry Murray, Chefarzt der Abteilung für Infektionskrankheiten an New Yorks bekannter Cornell-Universitätsklinik. Der Arzt teilt jedoch die Hoffnung der amerikanischen Forscher, daß die Entdeckung die Entwicklung eines Impfstoffes ermöglichen wird.

Die amerikanische Gesundheitsministerin Margaret Heckler hatte am Ostermontag in Washington bekanntgegeben, als die „wahrscheinliche Ursache" von AIDS sei eine Variante des Krebs-Virus „Human T-Cell Leukemia" ermittelt worden. Forscher des französischen Pasteur-Instituts vermuten, daß der „HTLV-3" mit dem von ihnen vor einem Jahr entdeckten Virus „LAV" (Lymphadenopathy Associated Virus) identisch ist. Seit 1981 starben in den Vereinigten Staaten 1700 Menschen an der Krankheit. Erkrankt sind in erster Linie Homosexuelle, Rauschgiftsüchtige und Empfänger von Bluttransfusionen.

US-Gesundheitsministerin Heckler stellte erste Erprobungen eines Impfstoffes in etwa zwei Jahren in Aussicht. Ihre Regierung plant im nächsten Finanzjahr 54 Millionen Dollar für die Fortsetzung der Forschungsarbeiten ein. Von weitreichender Bedeutung wird auch ein Bluttest zur AIDS-Diagnose sein, der *binnen sechs Monaten auf den Markt* kommen soll.

Als einen „bedeutenden Schritt voran" wertete auch Professor Meinrad Koch vom Bundesgesundheitsamt in Berlin die Entdeckung des AIDS-Virus durch amerikanische Wissenschaftler. Der WELT sagte Koch, es sei jetzt möglich, diese Virus-Infektion schon sehr frühzeitig festzustellen. Den Meldungen aus den USA mißt Koch einen „sehr hohen Wahrscheinlichkeitsgrad" bei, da die amerikanische Gesundheitsbehörde nicht eben leichtfertig mit solchen Meldungen umgehe. Im übrigen komme die Meldung nicht überraschend, da sich bereits in den vergangenen drei Monaten abgezeichnet habe, daß ein Retro-Virus als möglicher Erreger *von AIDS in Frage komme.*

LEUTE HEUTE

Reich belohnt

Für lange Treue ist das Zimmermädchen **Grazia Fresu** jetzt reich belohnt worden. Ihre in Genua verstorbene Chefin Ermenegilda Brughera hat ihr rund 15 Millionen Mark hinterlassen. Das Mädchen, so heißt es im Testament, habe ihr zuliebe sogar aufs Heiraten verzichtet. Ihre Enkel dagegen hätten sie nie besucht. Die wollen jetzt gegen das Testament klagen.

Kreisky operiert

Der frühere österreichische Bundeskanzler **Bruno Kreisky** befindet sich nach einer Nierenimplantation in guter Verfassung. Der Chirurg Professor **Pichlmayer**, der Kreisky am Sonntag in Hannover operiert hatte, erklärte gestern, die Operation sei „planmäßig und gut verlaufen".

Mutterfreuden

Gut einen Monat nach ihrer Freilassung aus 30tägiger Gefangenschaft bei südsudanesischen Rebellen hat die Hamburgerin **Ursula Morson** ein gesundes Mädchen zur Welt gebracht. Ihr Mann und drei Kollegen befinden sich nach wie vor in den Händen der Rebellen. Ursula Morson war wegen befürchteter Komplikationen bei der Geburt von den Rebellen freigelassen worden.

Ein rasantes Leben auf Raketen war der Sicherheit gewidmet

Der Testpilot Bernhard Hohmann starb im Alter von 67 Jahren in den USA

A. BÄRWOLF, Hamburg

Der frühere deutsche Testpilot Bernhard Hohmann, der mehr bemannte Raketen geflogen hat als jeder andere Mensch, ist im Alter von *67 Jahren in Amerika gestorben.* Während des letzten Krieges erprobte Hohmann die Messerschmitt Me-163, das erste Raketenflugzeug der Welt, das reif für den Fronteinsatz war. 1943 führte Hohmann Hitler die Rakete, die 1000 Kilometer in der Stunde erreichen und in dreiviertel Minuten auf 14 000 Meter Höhe steigen konnte, als „Wunderwaffe" vor. In den Vereinigten Staaten konzentrierte sich Hohmann vor allem darauf, die Interkontinentalraketen Atlas und Ti*tan für bemannte Raumflüge zu* verändern.

Im November 1943 hatte Hitler die verantwortlichen Ingenieure der deutschen Flugzeugindustrie nach Insterburg in Ostpreußen bestellt. Er wollte sich persönlich über den Entwicklungsstand der neuesten Waffen informieren. Der Star der Flugvorführung war die Me-163-Raketenmustermaschine V-22, in der der Pilot auf einem nach seinen Maßen und seinem Gewicht gebauten Federsitz saß. Die fast rumpflose bemannte Rakete mit dem Deltaflügel war mit Hydrazinhydrat und Wasserstoffsuperoxid betankt. Der hochkonzentrierte Treibstoff war so feuergefährlich, daß schon ein Tropfen Gras, Holz oder Öl *in Brand setzen konnte. Der Versuch*spilot trug eine Fliegerkombination aus schwer entflammbarem Kunststoff.

Nach dem Kriege arbeitete „Ben" Hohmann, der 1916 in Philippsthal geboren wurde, von 1946 bis 1957 auf dem Flugerprobungs-Kommando der US-Luftwaffe in Dayton, Ohio. Hier war er mit neuen Konzeptionen zur Reichweitensteigerung von Flugzeugen beschäftigt. Die Lösung der Koppelprobleme bei der Luftbetankung gehörte zu seinen Hauptaufgaben. *Ende der 50er Jahre beauftragte die* amerikanische Luftwaffe Hohmann, die Astronauten-Flugsicherheit auf den Großraketen Atlas und Titan systematisch zu planen. Das Hauptproblem der Pilotensicherheit hatte sich kaum geändert, ganz gleich, ob die Raketen geflügelt wie die Me-163 von der Startbahn abhoben oder ungeflügelt wie Atlas und Titan senkrecht starteten.

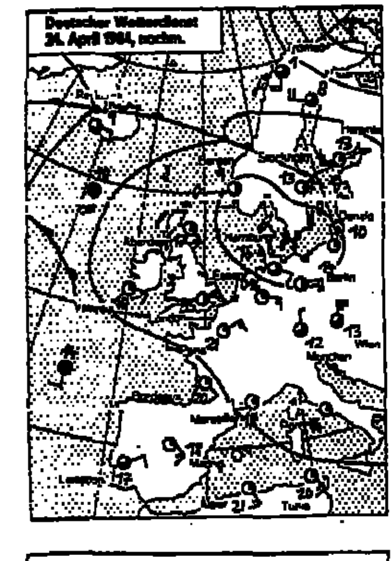


Spezialist für bemannte Raketen: „Ben" Hohmann. FOTO: DIE WELT

Als Direktor der Mercury-Atlas-Programms der Aerospace Corpora*tion in Los Angeles, die für die Air* Force die militärischen Raketen für die bemannte Raumfahrt veränderte, ließ Hohmann seinen Fingerabdruck in der amerikanischen Raumfahrt zurück. Er zählte zu den Pionieren, die den Testpiloten in den Kreislauf der Maschine einbauten (Man in the Loop). Er arbeitete besonders eng mit John Glenn zusammen, bevor der Oberst als erster Amerikaner auf der Spitze einer Atlas-Rakete in eine Kreisbahn um die Erde geschossen wurde.

WETTER: Sonnig und warm

Wetterlage: Ein Hoch über der Nordsee bestimmt das Wetter in Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Sonnig und trocken, Erwärmung am Nachmittag auf 19 bis 22 Grad. Nachts klar und Abkühlung auf 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Wolkiger, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	14°	Kairo	26°
Bonn	18°	Kopenh.	13°
Dresden	7°	Las Palmas	19°
Essen	16°	London	15°
Frankfurt	16°	Madrid	18°
Hamburg	15°	Mailand	19°
List/Sylt	11°	Mallorca	21°
München	12°	Moskau	10°
Stuttgart	16°	Nizza	16°
Algier	21°	Oslo	12°
Amsterdam	16°	Paris	21°
Athen	16°	Prag	12°
Barcelona	17°	Rom	16°
Brüssel	17°	Stockholm	13°
Budapest	11°	Tel Aviv	19°
Bukarest	13°	Tunis	26°
Helsinki	13°	Wien	13°
Istanbul	11°	Zürich	16°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 6.04 Uhr, **Untergang:** 20.36 Uhr, **Mondaufgang:** 5.05 Uhr, **Untergang:** 15.22 Uhr.

* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Eine nackte Nixe sorgt für Unruhe bei den Disneys

K.-H. KUKOWSKI, Los Angeles

In Hollywood wucherten seit geraumer Zeit wilde Spekulationen, nach denen die „Walt Disney Corporation", die seit 1980 ein Drittel ihres Umsatzes einbüßte, den Besitzer wechseln würde. Seit zwei Großaktionäre *sich mit einem höheren* Anteil eingekauft haben, stieg der Kurswert der 34,7 Millionen Disney-Aktien von 52 auf zeitweise 66 Dollar.

Die Geschäftsleitung dementierte alle Gerüchte. Und inzwischen gewinnt auch die Theorie jener Wall-Street-Experten an Boden, die den Kursanstieg einer unbekleideten, hübschen Meerjungfrau zuschreiben, die zur Zeit Riesengewinne an den Kinokassen macht. Mit anderen Wor*ten: Man glaubt an der Börse,* daß die Disney-Filmproduktion nach langer Flaute wieder vor einem Boom steht.

42,2 Millionen Dollar erbrachte „Splash", die romantische Filmkomödie um eine verliebte Wassernixe in nur sechs Wochen. Disneys erster Filmerfolg seit 14 Jahren. Und für Disney-Präsident Ronald Miller (50), Schwiegersohn des legendären, 1966 verstorbenen Firmengründers Walt, erst der Anfang einer Reihe ähnlicher Filme, bei denen sich sein Schwiegervater, der stets auf saubere Unterhaltung bedacht war, im Grabe umdrehen würde. Doch die Zeiten haben sich geändert.

Als Disney starb, kamen noch 55 Prozent der Einnahmen aus der Filmproduktion. 1983 waren es nur noch 13 Prozent, und die Ausgaben überstiegen die Einnahmen um 33,4 Millionen Dollar. Der Gewinn des letzten Geschäftsjahres kam mit 197 Millionen Dollar aus den Vergnügungsparks von Los Angeles, Tokio und dem brandneuen Epcot Center in Florida plus 56,9 Millionen Dollar durch den Verkauf der urheberrechtlich geschützten Figuren Mickeymaus und Donald Duck.

Fehlanzeige also im Filmgeschäft. Nur die klassischen Streifen „Schneewittchen" und „Bambi" machten Jahr für Jahr zu Weihnachten Gewinne. Erst unter Ronald Miller, der 1982 Top-Manager bei Disney wurde, änderte sich diese Filmlinie. Miller setzt radikal auf den Geschmack von heute. Aber er ist nicht der unumstrittene Herrscher im Familien-Clan. Schon die Gründungsbrüder Walt und Roy Disney, die 60 beziehungsweise 40 Prozent der Aktien hielten, waren sich nicht *grün. Nach ihrem Tod hat sich der* Familienzwist noch vertieft. Walt Disneys Linie – seine Tochter Diane, ihr Mann Ronald und die sieben Kinder der beiden – besitzt heute 15 Prozent, die aber nicht mehr als Stimmblock angesehen werden können, seit die Eheleute sich getrennt haben. Roy Disney jun. besaß demgegenüber zwar nur 2,16 Prozent, hat seinen Anteil mittlerweile aber auf 4,1 Prozent erhöht. Daraus entstand die Spekulation, daß er dem Mann seiner Kusine das Heft aus der Hand nehmen wolle. Indessen hat sich Roy nur sein eigenes Imperium aufgebaut, seit er 1977 seinen Posten als Disney-Vizepräsident niederlegte.

Außer ihm und dem Schallplattenkonzern RCA, geriet sogar Coca-Cola in Verdacht, hinter dem „Run" auf die Disney-Aktien zu stehen, obwohl die Getränkefirma bereits die Filmgesellschaft „Columbia" besitzt. Im Gegensatz zu den bisher gehandelten Aspiranten, die nie ein Wort zu den Gerüchten verloren haben, bekannte der New Yorker Finanzmann Saul Steinberg lauthals, sein Aktienpaket auf 8,3 Prozent erhöht zu haben. Steinberg, ein erfolgreicher Aktien-Abenteurer, dürfte es freilich weniger *auf eine echte Übernahme als auf* einen Bluff abgesehen haben, bei dem er auf einen guten Schnitt hofft. Ähnliches gelang ja vor kurzem dem australischen Verleger Rupert Murdoch, als er zum Schein die Filmgesellschaft Warner Brothers aufkaufen wollte und am Scheitern der Übernahmeverhandlungen durch den Verkauf seiner Aktien immerhin 40 Millionen Dollar verdient haben soll.

Das Disney-Rätsel ist um so schwerer zu lösen, als alle Disney-Nachkommen Publicity-scheu sind. Fest steht nur, daß Miller einen Verkauf nicht will. Erst vor kurzem drückte er durch, daß alle dem Vorstand zuwiderlaufenden Beschlüsse nur mit einer 80prozentigen Aktienmehrheit gefaßt werden können. Außerdem erwirkte er bei den Banken eine Erhöhung der Kreditlinie um das Dreifache auf sage und schreibe 1,3 Milliarden Dollar. Geld, mit dem Disney sich mühelos die Interessenten vom Hals halten, beziehungsweise einen alten Wunsch erfüllen kann: in Europa ein drittes Disney-Land zu errichten. (SAD)

ZU GUTER LETZT

Das englische Provinzblatt „County Border News" gibt Hausfrauen diesen Rat: „Seien Sie nicht scheu beim Bettenkauf. Ziehen Sie die Schuhe aus und springen Sie ruhig in so viele Betten wie sie wollen."